

Inhaltsverzeichnis

1. Wolfram Weimer	
2. Friedrich Merz	
3. BlackRock	
4. Europäisches Institut für Klima und Energie	
5. Katherina Reiche	
6. Stiftung Familienunternehmen	

Wolfram Weimer

Wolfram Weimer (*11. November 1964 in Gelnhausen) ist seit 6. Mai 2025 [Staatsminister für Kultur und Medien](#). Nach mehrjähriger Tätigkeit in leitenden Funktionen bei diversen Zeitungen und Zeitschriften hat er 2012 gemeinsam mit seiner Frau Christiane Götz-Weimer die [Weimer Media Group GmbH](#) gegründet. LobbyControl sieht beim Medienunternehmer Weimer einen Interessenkonflikt, weil dieser als Kulturstaatsminister auch für die öffentlich-rechtliche Konkurrenz zuständig ist.^[1] An dieser Einschätzung änderte auch das temporäre Ausscheiden von Weimer als Geschäftsführer der Weimer Media Group nichts. Weimer blieb 50 %-Gesellschafter; seine Ehefrau wurde alleinige Geschäftsführerin. Nach anhaltender Kritik an seiner Doppelrolle als Unternehmer und Staatsminister gab Weimer am 20. November 2025 bekannt, sich für die Zeit seines öffentlichen Amtes von seinen Firmenanteilen zu trennen und diese an einen Treuhänder zu übertragen.^[2]

Weimer ist nach eigenen Angaben nicht Mitglied der CDU, gilt aber als CDU-nah und persönlicher Freund des Bundeskanzlers [Friedrich Merz](#) (CDU).^[3] Dieser ist Stammgast bei dem von der Weimer Group veranstalteten "Ludwig-Erhard-Gipfel", beim ersten Gipfel noch als Vertreter von [BlackRock](#).^{[4][5]} Beim Ludwig-Erhard-Gipfel bietet die Weimer Media Group nach Medienberichten Unternehmen den Zugang zu Regierungsmitgliedern gegen bis zu 80.000 Euro pro Event. an.^[6] Laut Weimer sind Minister „nicht käuflich“.^[7]

Inhaltsverzeichnis

1 Staatsminister für Kultur und Medien	2
2 Interessenkonflikt und Vorwurf der Urheberrechtsverletzung	3
3 Weimer Media Group GmbH	3
4 Weimer Neureuth GmbH und das Bundesministergesetz	4
5 Politische Positionierung	4
6 Veröffentlichung von Artikeln des Klimaleugner-Instituts EIKE im Magazin „The European“	5
7 Ludwig-Erhard-Gipfel	6
8 Frankfurt Finance & Future Summit	6
9 Zugang zu Regierungsmitgliedern gegen Entgelt	7
10 Lobby-Kampagne zum Bürokratieabbau mit der Stiftung Familienunternehmen	8
11 Petition „Wolfram Weimer darf nicht Staatsminister für Kultur und Medien werden!“	8
12 Karriere	8
13 Einzelnachweise	8

Staatsminister für Kultur und Medien

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ist für die Kultur- und Medienpolitik des Bundes zuständig.^[8] Als Staatsminister ist Weimer direkt dem Bundeskanzler zugeordnet und nimmt an den Sitzungen des Bundeskabinetts teil. Zugleich ist er Leiter einer obersten Bundesbehörde mit rund 470 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin und Bonn. Er ist u.a. zuständig dafür, die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Kultur- und den Medienbereich über die Bundesgesetzgebung kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern, und die kultur- und medienpolitischen Interessen Deutschlands in verschiedenen internationalen Gremien zu vertreten.

Interessenkonflikt und Vorwurf der Urheberrechtsverletzung

Als Medienunternehmer gibt es für Weimer einen Interessenkonflikt, weil er als Kulturstaatssekretär auch für die öffentlich-rechtliche Konkurrenz zuständig ist.^[9] Für einen Wettbewerb zwischen Verlegern und den Öffentlich-Rechtlichen spricht, dass die privaten Zeitungsverleger unter dem Dach des Bundesverbands der Digitalpublisher und privaten Zeitungsverleger (BDZV) seit Jahren gegen die in ihren Augen stetig wachsenden Text-Angebote vor allem einiger ARD-Anstalten kämpfen.^{[10][11]} Laut Frankfurter Rundschau spielt Weimer auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) eine wichtige Rolle, weil sein Haus für den Etat für den deutschen Auslandssender Deutsche Welle zuständig ist.^[12] Weimer werde auch generell Position zum ÖRR mit ARD, ZDF und Deutschlandradio, der derzeit unter massivem Druck steht, beziehen müssen.

Weimer steht dem ÖRR kritisch gegenüber und hat diesen sogar infrage gestellt.^[13] Am 27. Februar 2020 veröffentlichte die AfD-Politikerin Alice Weidel in „The European“, der bei der Weimer Media Group erscheint, einen Artikel mit dem Titel „Abo System statt Zwangsgebühren Warum auch nicht für ARD und ZDF?“. ^[14] Darin schlägt sie vor, die Pflichtgebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender durch ein Abonnementsystem zu ersetzen. (Zwischen 2017 und 2020 hat Weidel als Gastautorin des "The European" fast einhundert Artikel verfasst.^[15])

Laut t-online soll „The European“ in den vergangenen Jahren Dutzende Texte und Reden von Weidel teilweise oder vollständig kopiert und auf den eigenen Seiten veröffentlicht haben.^[16] Dabei sei der Anschein erweckt worden, Weidel sei Autorin des Blatts. Weidel prüfe rechtliche Schritte wegen der Verletzung ihres Urheberrechts.

Der zu erwartende Interessenkonflikt zwischen Weimer in seinen Rollen als Medienunternehmer und Kulturstaatssekretär besteht auch nach seinem Ausscheiden als Geschäftsführer bei der Weimer Media Group weiter. Als Mit-Gesellschafter der Gruppe und seiner Ehefrau als deren Geschäftsführerin hat er weiterhin erhebliche eigene Interessen in der Medienbranche. Nach Auffassung von Finanzprofessor Volker Brühl, Geschäftsführer vom Center for Financial Studies an der Goethe-Universität Frankfurt, liegen mögliche Interessenkonflikte zwischen seiner Rolle als Minister und seinen unternehmerischen Tätigkeiten vor allem bei den Netzwerkevents auf der Hand.^[17] Die Süddeutsche Zeitung illustriert dies wie folgt: „Unter Weimers „Medienpartnern“ ... sind die FAZ, Focus online, RTL und ntv genannt. Das führt zu Situationen wie dieser: Während Christiane Goetz-Weimer mit Unterstützung von RTL am Mittwoch ihren Finance Summit eröffnet, spricht ihr Ehemann bei den Münchner Medientagen und appelliert dort in einer Rede an den neuen Eigner des RTL-Konkurrenten Pro Sieben Sat 1, Pier Silvio Berlusconi, dessen Bekenntnis zum Standort München einzuhalten. Das mögen Feinheiten sein. Aber schon der Verdacht eines Interessenkonflikts ist gefährlich für jemanden in Weimers Position. Viel Fantasie braucht es nicht, um sich vorzustellen, dass sich Firmen durch die Unterstützung von Aktivitäten der Weimer Media Group politische Vorteile vom Kulturstaatsminister erhoffen“. ^[18]

Weimer Media Group GmbH

An der 2012 gegründeten Weimer Media Group GmbH mit Sitz in Tegernsee (Gegenstand: Herstellung und Vertrieb von Medien, elektronisch und print) sind Weimer und seine Ehefrau Christiane Götz-Weimer mit je 50 % beteiligt. Beide waren seit der Gründung Geschäftsführer des Unternehmens und Herausgeber der Weimer-Medien.

Nach eigenen Angaben erscheinen bei der Verlagsgruppe das Debattenmagazin The European, der WirtschaftsKurier, Markt und Mittelstand, die BÖRSE am Sonntag, Business Punk und AnlagePunk sowie das Satiremagazin Pardon.^[19] Sie produziert Bücher sowie Unternehmermagazine (CH.GOETZ-VERLAG) und ist als Online-Publisher aktiv. Die Gruppe ist außerdem Gastgeber von Konferenzen wie dem Ludwig-Erhard-Gipfel, dem Frankfurt Finance Festival, der IPO Night, der Marken Gala oder dem Mittelstandspreis der Medien.

In einer Recherche der Süddeutschen Zeitung mit der Überschrift „Die potemkinsche Mediengruppe“ heißt es: „So kann man den Eindruck erhalten, die Weimer Media Group sei weniger ein Medienunternehmen als eine Agentur, die mit Einfluss und Kontakten handelt. Die Publikationen können helfen, diesen Eindruck hinter einer respektablen Fassade zu verbergen“.^[20]

Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Staatsminister ausgeschieden.^[21] Seitdem ist seine Ehefrau alleinige Geschäftsführerin; Weimer blieb Mit-Gesellschafter. Nach Kritik an dieser Konstellation hat Weimer seine Anteile an der Weimer Group an deren General Manager Peter Michael Kersting als Treuhänder übertragen.^[22] Diese Änderung ist beim Amtsgericht München am 30.12.2025 eingetragen worden. Timo Lange von LobbyControl kommentierte: „Dass dieser Treuhänder nun ausgerechnet ein leitender Mitarbeiter der WMG ist, verstärkt den Eindruck der Augenwischerei“.^[23]

Weimer Neureuth GmbH und das Bundesministergesetz

Weimer ist alleiniger Geschäftsführer der [Weimer Neureuth GmbH](#) mit Sitz in Tegernsee. Deren Unternehmensgegenstand ist von besonderer Bedeutung, weil Kulturstaatssekretär Weimer als Mitglied der Bundesregierung nach § 5 des Bundesministergesetzes während seiner Amtszeit „kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben darf“. Die Verwaltung eigenen Vermögens ist davon ausgenommen.^[24]

Die frühere Bezeichnung der Weimer Neurath GmbH lautete: Weimer Redaktion Gesellschaft, mit Sitz in Potsdam. Deren Unternehmensgegenstand war die verantwortliche und leitende redaktionelle Arbeit für Publikationsorgane sowie für Hörfunk- und Fernsehsendungen. Laut Tagesspiegel ist die Änderung des Firmennamens und die Verlegung ihres Sitzes am 13. Januar im Handelsregister eingetragen worden.^[25] Am 16. Januar sei von der Gesellschafterversammlung auch die Änderung des Unternehmensgegenstandes auf Halten und Verwalten eigenen Vermögens beschlossen worden. Weimers Anwalt erläuterte, die Gesellschaft habe - außer der Sitzadresse - überhaupt keinen Bezug zur Weimer Media Group GmbH und/oder deren Geschäft.^[26] Der einzige Zweck der Weimer Neureuth GmbH sei die private passive Geldanlage /Altersversorgung im Kontext einer von Dr. Weimer selbstgenutzten Immobilie.^[27] Die Gesellschaft übe keinerlei gewerbliche oder geschäftliche Tätigkeit aus. Tatsächlich habe es ein „Versehen“ des Notars bei der Satzung und deren Anmeldung gegeben, dies sei inzwischen korrigiert.

Politische Positionierung

Weimers politische Positionen sind seinem 2018 erschienen Buch „Das Konservative Manifest“ zu entnehmen. Zu diesem wird in der Süddeutschen Zeitung angemerkt: „Wo Wolfram Weimer politisch steht, darüber hat er nie einen Zweifel gelassen. Im Buch „Das konservative Manifest“ hielt er 2018 Familie und Christentum hoch, seine Sorge galt der „Fortdauer des eigenen Bluts“ sowie der „biologischen Selbstaufgabe“ Europas“.^[28] Jürgen Kaube, Mitherausgeber der FAZ, kritisiert Weimer wie folgt: "In seinem Manifest des Konservatismus von 2018 beklagt er sich über die 'amoralische Renaissance' - er meint die Epoche von

Sandro Botticelli, Albrecht Dürer, Tizian und Shakespeare - , diagnostiziert eine gegenwärtige Wiederkehr der Religion, verlegt den Ursprung des Dezimalsystems ins antike Rom, bezichtigt den deutschen Idealismus eines relativistischen Wahrheitsbegriffs, macht sich demographische Sorgen um die 'Fortdauer des eigenen Bluts' und die 'biologische Selbstaufgabe' Europas, trauert der Kolonialepoche mit der bedauernden Formulierung nach, Europa habe 'keine Expansionskraft' mehr, und behauptet, unsere Mythen, Metaphern und Architektur [...] rekurrten 'immer auf die jüdisch-christliche Religion', was immer das für eine Religion sein soll. Wir kennen nur Judentum und Christentum sowie sehr viele antike Mythen."^[29]

Eine besondere politische Gefahr geht nach Weimers Auffassung von den sogenannten "Ökologen" aus, deren Aktivitäten er in „The European“ wie folgt beschreibt:

„Das ökologistische Milieu bringt laufend neue Lobbyisten der Gewissheitsindustrie hervor, von selbst ernannten Verbraucherschützern über Klimaretter bis zu Sozialstaatsmanagern, die Geld und Geschäft mit der kollektiven Infantilisierung so verfolgen, dass sie ihre Nachfrage immer selbst erzeugen. Ihre Absicht, das Land in einen gigantischen Kindergarten zu verwandeln, folgt einer ganz eigenen Logik, denn dann haben sie als Kindergärtner des höheren Gemeinwohls ihr Auskommen [...] Tatsächlich erinnert ihre Weltuntergangsrhetorik an radikalreligiöse Bewegungen der Vergangenheit. Und so formuliert der Ökologismus Gebote, die para-religiös daher kommen. Etwa: Du sollst dich immer fürchten! Das schlimmste Szenario ist stets das wahrscheinlichste. Du sollst ein schlechtes Gewissen haben! Wer arbeitet, sich bewegt und lebt, schadet der Umwelt. Du sollst die Freiheit verabscheuen! Der Planet kann nur durch zentrale Planung staatlicher Großbürokratien gerettet werden.“^[30]

Veröffentlichung von Artikeln des Klimaleugner-Instituts EIKE im Magazin „The European“

Das [Europäisches Institut für Klima und Energie](#) (EIKE), das mit der AfD vernetzt ist, gilt als Speerspitze der europäischen Klimafaktenleugner-Bewegung. In Weimers Magazin „The European“ werden „Texte veröffentlicht, die auf der Webseite von 'Eike - Europäisches Institut für Klima & Energie' veröffentlicht wurden.“^[31] Beispiele für solche Artikel sind:

- [Ohne Kernkraft- und Kohlekraftwerke geht gar nichts](#), Originalquelle: 22.11.2021, Rüdiger Stobbe
- [Satellitendaten wecken Zweifel am menschengemachten Klimawandel](#), Originalquelle: 03.11.2021, Axel Reichmuth
- [Ozonloch bleibt: Es liegt an der Erderwärmung](#), Originalquelle: 07.07.2021, Axel Reichmuth
- [Düstere Extremwetterprognosen der Bundesregierung sind reine Pankikmache](#), Originalquelle: 24.06.2021, Ein Gastbeitrag von EIKE

EIKE-Präsident Holger Thuß ist Autor von "The European"^[32], EIKE-Vizepräsident Michael Limburg ist Interviewpartner des Magazins^[33]

European-Verleger Wolfram Weimer äußerte sich 2018 zum Thema "Klimaleugner" wie folgt:

"Mit dem Begriff 'Klimaleugner' werden von Rot-grünen seit Jahren Personen stigmatisiert, die es wagen, die Theorie vom rein menschengemachten Klimawandel in ihrem Absolutheitsanspruch zu bezweifeln. Das Wort 'Klimaleugner' soll jede offene Debatte töten, denn es weckt gezielt die Assoziation zum 'Holocaustleugner' "

Quelle: ^[34]

Ludwig-Erhard-Gipfel

Auf dem vom Ehepaar Weimer (seit Mai 2025 von Frau Weimer) und der [Weimer Media Group](#) seit 2014 einmal im Jahr veranstalteten „Ludwig-Erhard-Gipfel“ vernetzen sich Top-Manager und Politiker. Die Veranstaltungsreihe wird von Frau Weimer wie folgt beschrieben: „Im Sinne unseres Namensgebers Ludwig Erhard, der den Tegernsee zu seiner Wahlheimat machte, wollen wir auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und zusammen mit unseren Partnern die brennenden Themen dieser Zeit diskutieren. Seien Sie dabei, wenn sich die Elite aus Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft auf dem großen Get-Together der Multiplikatoren versammelt. Impulsvorträge, Panels und Interviews bewerten die Entwicklungen unserer Zeit, beleuchten aktuelle Trends und wagen wegweisende Prognosen für die kommenden Jahre.“^[35] Im Münchner Merkur erläutert sie die Entstehungsgeschichte: „Wir bekamen von CEO’s und Politikern immer wieder gespiegelt, dass es ungeheuer schwierig sei, miteinander in Kontakt zu kommen. Dann haben wir gedacht: Das kann ja eigentlich nicht sein, dass Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft nicht einfach zum Hörer greifen, sondern offenbar eine Art Vermittler brauchen. Zunächst haben wir das gerne im kleinen Kreis gemacht. Daraus hat sich dann aber sehr schnell mehr entwickelt und so ist dann der Ludwig-Erhard-Gipfel entstanden.“^[36] Stammgast ist seit vielen Jahren [Friedrich Merz](#), beim ersten Gipfel noch als Vertreter von [BlackRock](#).^{[37][38]} Laut Frau Weimer ist der „Ludwig-Erhard-Gipfel“ quasi die Keimzelle der neuen Bundesregierung: „Hier, abseits des kalten politischen Berlins, sind sich Lars Klingbeil und [Friedrich Merz](#) auf andere Weise begegnet.“^[39]

Auf dem Ludwig-Erhard-Gipfel wird zugleich der Freiheitspreis der Medien verliehen. Gestiftet haben ihn Christiane Goetz-Weimer und Wolfram Weimer. Seit 2025 ist alleinige Stifterin Christiane Goetz-Weimer. Der Preis wird an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verliehen, die sich in besonderer Weise für die freie Meinungsäußerung, den politischen Dialog und die Demokratie einsetzen.^[40]

Co-Veranstalter des Ludwig-Erhard-Gipfels 2025 waren: Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro (bayme), Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (vbm), Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw).^[41] Government Participants waren: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und Bayerisches Staatsministerium für Digitales.^[42] Als Medienpartner wurden ntv/RTL, CNBC, FOCUS Online, Ippen Digital, Antenne Bayern und Table Media genannt.^[43] Der erste Abend endete mit einem Staatsempfang der Bayerischen Staatsregierung (auf gesonderte Einladung). Der Government-Partner bayerisches Digitalministerium zahlte für die „Messebeteiligung, Panelbeteiligung sowie ein Mediapaket“ 30 000 Euro an die Weimer Media Group.^[44]

Frankfurt Finance & Future Summit

Der als „Denk-Plattform für Macher“ bezeichnete [Frankfurt Finance & Future Summit](#) wird von der Weimer Group jährlich in Frankfurt veranstaltet. Der [Frankfurt Finance & Future Summit 2025](#) empfängt laut Veranstalter die Finanzelite Europas. Erwartet wird Christine Lagarde (Präsidentin der Europäischen Zentralbank), die CEOs der größten Finanzinstitute und Akteure der KI-Krypto-Szene. Es wird darauf hingewiesen, dass der Summit eine herausragende Plattform zum Netzwerken bietet.^[45] Schirmherr ist Boris Rhein (CDU), Hessischer Ministerpräsident. Zu den Medienpartnern gehören Focus Online, FAZ, ntv und RTL.^[46] Ein Sprecher der hessischen Staatskanzlei bestätigte auf Anfrage der Süddeutschen Zeitung einen Bericht, wonach das Land den Summit über die landeseigene Fördergesellschaft Hessen Trade & Invest (HTAI) mit 30 000 Euro unterstützt hat.^[47]

Zugang zu Regierungsmitgliedern gegen Entgelt

Nach Recherchen von Apollo News und auf Grundlage von Unterlagen, die der Berliner Zeitung vorliegen, bietet die Weimer Media Group Unternehmen den Zugang zu Regierungsmitgliedern gegen bis zu 80.000 Euro pro Event an.^[48] Konkret benannt wird der Ludwig-Erhard-Gipfel, der als Möglichkeit beschrieben werde, „Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger“ zu gewinnen und in „entspannter Atmosphäre“ Kontakte zu Regierungsmitgliedern zu knüpfen. Schirmherr des Gipfels ist der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Die bayerische Staatsregierung förderte den Gipfel über diverse Regierungsinstitutionen mit insgesamt 700.000 Euro.^[49] Christiane Goetz-Weimer sollte ursprünglich von Landtagspräsidentin Aigner (CSU) den Bayerischen Verfassungsorden bekommen, unter anderem für „ihre Rolle als Initiatorin und Organisatorin des Ludwig-Erhard-Gipfels“.^[50] Inzwischen hat sie auf den Orden verzichtet.^[51]

Für den Ludwig-Erhard-Gipfel im April 2026 werden laut Berliner Zeitung vier Mitglieder der Bundesregierung als Teilnehmer angekündigt: Wirtschaftsministerin [Katherina Reiche](#) (CDU), Landwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU), Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) und Kanzleramtsminister Thorsten Frei (CDU). Das teuerste Sponsoring-Paket enthalte u.a. eine „Besprechungs-Lounge für vertrauliche Gespräche“. Als Redner werden folgende Mitglieder des bayerischen Kabinetts angekündigt: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) und Staatsminister Florian Herrmann (CSU).^[52]

Die Weimer Group erklärte, die Darstellung, dass „Teilnehmende ... sich den Kontakt zu Bundesministern erkaufen“ können, für falsch.^[53] Ob und wie Gäste und Speaker miteinander ins Gespräch gehen, liege in deren Ermessen.

Timo Lange von LobbyControl kommentierte: „Bundeskanzler Friedrich Merz muss jetzt als Regierungschef Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass die unverantwortliche Vermischung von politischem Amt und privaten Geschäftsinteressen in seinem Kabinett beendet wird. In einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Frage der Grünen betonte die Bundesregierung kürzlich, wie wichtig es sei, dass die höchsten Staatsämter von privatgeschäftlichen Bindungen freigehalten und Interessenkollisionen vermieden werden“. Dieser Grundsatz wird alleine schon durch Wolfram Weimers Beteiligung an einem Medienunternehmen verletzt und weist auf die mangelhaften Integritätsregeln hin [...] Die Bundesregierung sollte dringend verbindliche Regeln für die Offenlegung von Unternehmensbeteiligungen ihrer Mitglieder einführen. Bisher müssen Ministerinnen und Minister keinerlei Informationen zu ihrem Aktienbesitz oder sonstigen Vermögen preisgeben. Es ist völlig paradox, dass für einfache Bundestagsabgeordnete also strengere Regeln gelten als für die höchsten Staatsämter.“^[54]

Nach anhaltender Kritik an seiner Doppelrolle als Unternehmer und Staatsminister gab Weimer am 20. November 2025 bekannt, sich für die Zeit seines öffentlichen Amtes von seinen Firmenanteilen zu trennen und diese an einen Treuhänder zu übertragen.^[55] „politik & kommunikation“ kommentierte: „Auf Gewinne verzichtet Weimer dabei übrigens (im Gegensatz zur eigenen Darstellung) nicht, diese werden lediglich bei Rückübertragung der Shares durch den Treuhänder zeitverzögert ausgeschüttet.“^[56]

Lobby-Kampagne zum Bürokratieabbau mit der Stiftung Familienunternehmen

Im März 2025 startete die Lobbyorganisation [Stiftung Familienunternehmen](#) gemeinsam mit den Weimer-Medien „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.^{[57][58]} Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ [Dr. Gisela Meister-Scheufelen](#) Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können.

Petition „Wolfram Weimer darf nicht Staatsminister für Kultur und Medien werden!“

In der Petition wurde die Bundesregierung aufgefordert, die geplante Ernennung von Weimer zum neuen Kulturstaatssekretär zu stoppen.^[59] Die Begründung lautete: „Wolfram Weimer ist nicht geeignet für dieses zentrale Amt der Kulturpolitik. Er ist ein konservativer Publizist und Verleger, der bislang kaum als Kulturmensch in Erscheinung getreten ist. Weimer war Gründer und Chefredakteur des politisch konservativen Magazins Cicero, später Chefredakteur der Welt und des Focus - Medien, die eine klare wirtschaftsliberale und rechtskonservative Linie vertreten. Seine Verlagsprojekte (u. a. Wirtschaftskurier, The European) stehen für wirtschaftsnahe, konservative Perspektiven, nicht für eine offene, diverse und kritische Kulturlandschaft.“^[60]

Karriere

- 6. Mai 2025 Ernennung zum Staatsminister für Kultur und Medien
- 2012-2025 Gründer, Verleger und Geschäftsführer der Weimer Media Group
- 2011-2012 Chefredakteur von Focus
- 2003-2010 Gründer und Chefredakteur von Cicero
- 1998-2002 Vize-Chefredakteur von DIE WELT, Chefredakteur von DIE WELT und schließlich Doppel-Chefredakteur von DIE WELT und Berliner Morgenpost
- 1994-1998 Korrespondent der FAZ in Madrid
- 1990-1994 Redakteur in der Zentrale der FAZ
- 1991 Promotion
- 1984-1989 Studium der Geschichte, Politikwissenschaften und Germanistik in Frankfurt und in Washington DC

Quelle: ^[61]

Einzelnachweise

1. ↑ [Medienunternehmer und Kulturstaatssekretär?](#), tagesschau.de vom 29.04.2025, abgerufen am 27.05.2025

2. ↑ [Nur noch Staatsminister - Weimer legt Firmenanteile auf Eis](#), sueddeutsche.de vom 20.11.2025, abgerufen am 20.11.2025
3. ↑ [Diese Medien-Baustelle warten auf Weimer](#), fr.de vom 28.04.2025, abgerufen am 27.05.2025
4. ↑ [„Wäre ein Kanzler mit Tegernsee-Bezug“: Organisatorin über Ludwig-Erhard-Gipfel 2025](#), merkur.de vom 04.02.2025, abgerufen am 28.05.2025
5. ↑ [Die Tegernsee-Connection](#), sueddeutsche.de vom 28.04.2025, abgerufen am 28.05.2025
6. ↑ [Wolfram Weimers Medienunternehmen verkauft Abendessen mit Ministern für 80.000 Euro](#), berliner-zeitung.de vom 17.11.2025, abgerufen am 17.11.2025
7. ↑ [Kulturstaatsminister Weimer wehrt sich gegen Vorwürfe: „Die Rechten setzen gezielte Diffamierung als Waffe ein“](#), berliner-zeitung.de vom 18.11.2025, abgerufen am 17.11.2025
8. ↑ [Staatsminister und sein Amt](#), kulturstaatsminister.de, abgerufen am 26.05.2025
9. ↑ [Medienunternehmer und Kulturstaatssekretär?](#), tagesschau.de vom 29.04.2025, abgerufen am 27.05.2025
10. ↑ [ARD und ZDF: Textangebote im Netz sollen eingeschränkt werden](#), ndr.de vom 11.10.2024, abgerufen am 27.05.2025
11. ↑ [EU-Beschwerde: Verleger erhöhen Druck auf Öffentlich-Rechtliche](#), kress.de vom 07.05.2024, abgerufen am 27.05.2025
12. ↑ [Diese Medien-Baustelle warten auf Weimer](#), fr.de vom 28.04.2025, abgerufen am 27.05.2025
13. ↑ [Unions-Regierungspersonal](#), lobbyconrol.de vom 28.04.2025, abgerufen am 27.05.2025
14. ↑ [Abo-System statt Zwangsgebühren](#), theeuropean.de vom 27.02.2020, abgerufen am 27.05.2025
15. ↑ [Autoren Exposé](#), theeuropean.de, abgerufen am 27.05.2025
16. ↑ [Staatsminister in Berdängnis -Weidel schaltet Anwälte ein](#), t-online.de vom 18.10.2025, abgerufen am 18.10.2025
17. ↑ [Der doppelte Weimer](#), sueddeutsche.de vom 23.10.2025, abgerufen am 23.10.2025, abgerufen am 25.10.2025
18. ↑ [Der doppelte Weimer](#), sueddeutsche.de vom 23.10.2025, abgerufen am 23.10.2025, abgerufen am 25.10.2025
19. ↑ [Weimer Media Group](#), weimermedia.de, abgerufen am 26.05.2025
20. ↑ [Die potemkinsche Mediengruppe](#), sueddeutsche zeitung.de vom 28.11.2025, abgerufen am 03.12.2025
21. ↑ [Gründer und Verleger](#), weimer.media.de, abgerufen am 26.05.2025
22. ↑ [Wolfram Weimer setzt engen Vertrauten als Treuhänder ein](#), handelsblatt.com vom 15.01.2026, abgerufen am 19.01.2026
23. ↑ [Wolfram Weimer setzt engen Vertrauten als Treuhänder ein](#), handelsblatt.com vom 15.01.2026, abgerufen am 19.01.2026
24. ↑ [Soll nur der Vermögensverwaltung dienen](#), tagesspiegel.de vom 21.01.2026, abgerufen am 02.02.2026
25. ↑ [Soll nur der Vermögensverwaltung dienen](#), tagesspiegel.de vom 21.01.2026, abgerufen am 02.02.2026
26. ↑ [Verwirrung um Weimers „Neureuth GmbH](#), merkur.de vom 20.01.2026, abgerufen am 02.02.2026
27. ↑ [Verwirrung um Weimers „Neureuth GmbH](#), merkur.de vom 20.01.2026, abgerufen am 02.02.2026
28. ↑ [Die Tegernsee-Connection](#), sueddeutsche.de vom 28.04.2025, abgerufen am 28.05.2025
29. ↑ [Personalie Weimer Sorgen um die „Fortdauer des eigenen Bluts?“](#), faz.de vom 27.04.2025, abgerufen am 28.05.2025
30. ↑ [Darum ist das totale Tempolimit reine Ideologie](#), theeuropean.de vom 27.05.2022, abgerufen am 30.05.2025
31. ↑ [Klima](#), archivierte Fassung von theeuropean.de, abgerufen am 27.05.2025

32. ↑ [Holger Thuss](#), theuropean.de, abgerufen am 14.10.2022
33. ↑ [Interview mit Michael Limburg](#), theuropean.de vom 10.03.2019, abgerufen am 29.04.2023
34. ↑ [Das „Speech Mainstreaming“ der Linken](#), theuropean.de vom 22.07.2018, abgerufen am 10.10.2022
35. ↑ [Unser Ziel](#), ludwig-erhard-gipfel.de, abgerufen am 28.05.2025
36. ↑ [Gipfeltreffen am Tegernsee: „Sind quasi die Keimzelle der neuen Bundesregierung“](#), merkur.de vom 24.04.2025, abgerufen am 28.05.2025
37. ↑ [„Wäre ein Kanzler mit Tegernsee-Bezug“: Organisatorin über Ludwig-Erhard-Gipfel 2025](#), merkur.de vom 04.02.2025, abgerufen am 28.05.2025
38. ↑ [Die Tegernsee-Connection](#), sueddeutsche.de vom 28.04.2025, abgerufen am 28.05.2025
39. ↑ [Gipfeltreffen am Tegernsee: „Sind quasi die Keimzelle der neuen Bundesregierung“](#), merkur.de vom 24.04.2025, abgerufen am 28.05.2025
40. ↑ [Unsere Preisträger](#), ludwig-erhard-gipfel.de, abgerufen am 28.05.2025
41. ↑ [Programm](#), ludwig-erhard-gipfel.de, abgerufen am 28.05.2025
42. ↑ [Unsere Partner](#), ludwig-erhard-gipfel.de, abgerufen am 28.05.2025
43. ↑ [Unsere Partner](#), ludwig-erhard-gipfel.de, abgerufen am 28.05.2025
44. ↑ [Der doppelte Weimer](#), sueddeutsche.de vom 23.10.2025, abgerufen am 23.10.2025, abgerufen am 25.10.2025
45. ↑ [Networkingm](#) frankfurtfinanceand futuresummit.com, abgerufen am 25.10.2025
46. ↑ [Unsere Partner 2025](#), frankfurtfianceandfuturesummit.com, abgerufen am 25.10.2025
47. ↑ [Der doppelte Weimer](#), sueddeutsche.de vom 23.10.2025, abgerufen am 23.10.2025, abgerufen am 25.10.2025
48. ↑ [Wolfram Weimers Medienunternehmen verkauft Abendessen mit Ministern für 80.000 Euro](#), berliner-zeitung.de vom 17.11.2025, abgerufen am 17.11.2025
49. ↑ [Bayern zahlte 700 000 Euro für Weimer-Gipfel am Tegernsee](#), sueddeutsche.de vom 19.11.2025, abgerufen am 21.11.2025
50. ↑ [Bayern zahlte 700 000 Euro für Weimer-Gipfel am Tegernsee](#), sueddeutsche.de vom 19.11.2025, abgerufen am 21.11.2025
51. ↑ [Weimer gibt Firmenanteil ab](#), sueddeutsche.de vom 20.11.2025, abgerufen am 21.11.2025
52. ↑ [Verkauft die Weimer Media Group „politische Einflussnahme“? Jetzt äußert sich das Medienunternehmen](#), berliner-zeitung.de vom 17.11.2025, abgerufen am 17.11.2025
53. ↑ [80 000 Euro für das „Montblanc“-Paket](#), sueddeutsche.de vom 18.11.2025, abgerufen am 18.11.2025
54. ↑ [LobbyControl zum Fall Weimer: „Ein unhaltbarer Zustand](#), lobbycontrol.de vom 18.11.2025, abgerufen am 19.11.2025
55. ↑ [Nur noch Staatsminister - Weimer legt Firmenanteile auf Eis](#), sueddeutsche.de vom 20.11.2025, abgerufen am 20.11.2025
56. ↑ [Weimerer Verhältnisse](#), politik-kommunikation.de vom 22.11.2025, abgerufen am 22.11.2025
57. ↑ [Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
58. ↑ [Das kann weg!](#), business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
59. ↑ [Weimer Nein Danke](#), inn.it/weimer-nein-danke, abgerufen am 28.05.2025
60. ↑ [Weimer Nein Danke](#), inn.it/weimer-nein-danke, abgerufen am 28.05.2025
61. ↑ [Lebenslauf](#), kulturstaatsminister.de, abgerufen am 26.05.2025

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), seit dem 6. Mai 2025 der zehnte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, seit 2022 ist er Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Wirtschaftsanwalt und langjähriger Top-Lobbyist, war in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. ^[1]

So war Merz bis Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT).^[3] Die MIT begrüßte 2022 die Wahl von Merz zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[4] Armin Peter, zuletzt Stellv. Pressesprecher des Wirtschaftsrats und Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz, ist seit Februar 2022 Stellv. Sprecher der CDU und pers. Pressesprecher von Merz.^{[5][6]}

Merz ist weiterhin Mitglied der folgenden Organisationen: Gründerkreis der Sektion New York des Wirtschaftsrats der CDU^[7], Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)^[8], Netzwerk [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), das Lobbyisten und Spitzenpolitiker zusammenbringt.

Merz war bis Ende 2021 als Senior Counsel für die Kanzlei [Mayer Brown LLP](#) tätig; zuvor war er neun Jahre Partner.^[9] Während seiner Tätigkeit bei MayerBrown hat er Mandanten im Gesellschaftsrecht, bei M&A-Transaktionen, im Bereich Compliance und im Bank- und Finanzrecht beraten. 2010 und 2011 hat er nach Recherchen von CORRECTIV die BASF mehrfach als Anwalt vertreten.^[10] Bei BASF Antwerpen sei er fast ein Jahrzehnt Verwaltungsrat gewesen und habe dort den Unternehmensbereich „Farben & Pigmente der BASF-Gruppe“ geleitet.

Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[11] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte.^[12] Für die [Stiftung Marktwirtschaft](#) war er als Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" aktiv.^[13]

Im Zusammenhang mit seiner Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU beendete Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020.^{[14][15]} Auf dem CDU-Parteitag 2021 unterlag er in einer digital durchgeführten Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet. Auf dem Parteitag am 22. Januar 2022 wurde er mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten zum Vorsitzenden der CDU gewählt.^[16] Am 23. September 2024 wurde Merz offiziell Kanzlerkandidat zur nächsten Bundestagswahl von CDU und CSU.^[17]

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	12
2 Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	14
2.1 2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic	14
2.2 2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten	14
2.3 2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU	14
2.4 2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz	15
2.5 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	15
2.6 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	15
2.7 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	15
2.8 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	15

2.9 2010: Position zum Atomausstieg	16
2.10 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	16
2.11 2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG	16
3 Berater:innen von Merz	17
3.1 Michael Eilfort	17
4 Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt	17
5 Weiterführende Informationen	17
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
7 Einzelnachweise	18

Karriere

Partei

- 23.09.2024 Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Union
- 22.1.2022 Wahl zum Parteivorsitzenden mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten;
- 17.12.2021 Friedrich Merz wird mit 62,2% im ersten Mitgliederentscheid der Partei zum CDU-Vorsitzenden gewählt.
- 2021 Dritte Kandidatur zum Parteivorsitzenden: Merz tritt gegen Norbert Röttgen und Helge Braun an^[18]
- 2021 Armin Laschet holt Friedrich Merz in das Wahlkampfteam der CDU für die Bundestagswahl.^[19]
- 2021 erneute erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Armin Laschet)
- 2018 erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Annegret Kramp-Karrenbauer)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommission "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002–2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (trat 12/2004 von diesem Amt zurück)
- 2000–2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998–2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1996-1998 CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 9/2021 erneut Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2017-1/2020 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^{[20][21]}
- 1994–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989–1994 Mitglied des EU-Parlaments

Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. z.B. für: **KPMG**, Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeleiderer AG, Piper Verlag GmbH

Beruf

- 2014-Ende 2021 Senior Counsel bei **Mayer Brown LLP**. Merz hat während seiner Tätigkeit bei Mayer Brown Mandanten im Gesellschaftsrecht, bei M&A-Transaktionen, im Bereich Compliance und im Bank- und Finanzrecht beraten^[22]
- 2005-2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002–2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner

- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986–1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt
- 1985–1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (aktuell)

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied^[23]

(Stand: 01/2025)

(Neben-)Beruflich (aufgegeben)

- 2016-03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2013-2020 Mitglied des Vorstands von [United Europe](#)^[24] (beim Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg ist Merz immer noch als Vorstandsmitglied eingetragen - Stand: 28.01.2025)
- 2009-2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- 2004-2013 Mitglied des Politischen Beirats der Kommission "Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)^[25]

(Neben-)Beruflich (Stand: 2009))

Laut veröffentlichungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz 2009 die folgenden weiteren Funktionen:

- AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats)
- [BASF](#) Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats)
- [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats)
- DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Intererhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats)
- WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats)
- Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender)
- Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats).^[26]

Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Mit seiner Rückkehr in die Politik gab Merz die folgenden Positionen in der Wirtschaft auf: Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (2022), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (2021), Vorstand des Aufsichtsrats der WEPA Industrieholding SE (2021), Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH (2020), Mitglied des Verwaltungsrats der Stadler Rail AG (2020), Mitglied des Aufsichtsrats von HSCB Trinkhaus & Burkhardt (2019).

Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

2024: Keine Abgrenzung zur rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic

2024 nahm Merz' Kampagnenchefin Christine Carboni als Rednerin an der "Berlin Campaign Conference" der rechtskonservativen Kampagnenagentur "The Republic" teil. Diese Agentur stellt sich nach eigenen Angaben "dem politischen Linksdrift in Deutschland" entgegen und bietet "dem bürgerfeindlichen Klima die Stirn".^[27] Die US-amerikanische [Heritage Foundation](#) war ebenfalls zu der Konferenz eingeladen und stand auf der Liste der Speaker. Zuvor hatte die Heritage Foundation in den USA und weltweit Schlagzeilen gemacht mit dem antidemokratischen "Project 2025".^[28]

Nach der Gründung von "The Republic" hatten sich Unionspolitiker distanziert und Kritik geübt, während Friedrich Merz ein Unterstützer war.^[29]

Im Jahr 2022 hatte Merz nach lautstarker Kritik seine Teilnahme an einer ähnlichen Konferenz abgesagt.^[30]

2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten

Im März 2021 kündigt Merz an, keinen "beruflichen Tätigkeiten außerhalb der Politik" nachgehen zu wollen, sollte er erneut in den Bundestag einziehen.^[31] Das bezog er sich aber ausdrücklich nur auf bezahlte Nebentätigkeiten, seine ehrenamtliche Funktion als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats würde er beibehalten.^[32] Ende des Jahres 2021 beendete Merz dennoch seine Tätigkeit als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats.

2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU

Im März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine Studie zum [Wirtschaftsrat der CDU](#), in der auch Friedrich Merz kritisiert wird.^[33]

Friedrich Merz war nach der Studie einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im [Wirtschaftsrat der CDU](#) – ein unternehmerischer Lobbyverband, der als besonders starker und einflussreicher Klimaschutzbremsler auffällt. Im Wirtschaftsrat war Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Mit Merz' kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbandes für den CDU-Parteivorsitz. Merz nutzte seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrates für den parteiinternen Wahlkampf zum CDU-Parteivorsitz.

Positionen zur Klimapolitik: Im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte sich Merz auch zum Thema Umwelt und Klima. Er kritisiert die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen^[34], bezeichnet Greta Thunberg als „krank“^[35] und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerszene“^[36].

2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz

Merz war seit 2016 Aufsichtsratschef bei Blackrock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, der an allen Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX erhebliche Anteile hat. Das Unternehmen teilte mit, Merz solle nicht nur Aufsichtsrat sein, sondern eine "weiter gefasste Beraterrolle einnehmen, in der er die Beziehungen mit wesentlichen Kunden, Regulierern und Regulierungsbehörden in Deutschland für Blackrock fördern wird". Das impliziert einen klaren Lobbyauftrag. Wenige Wochen nachdem Annegret Kamp-Karrenbauer im Frühjahr 2020 auf die Kanzlerkandidatur verzichtete und ihren Rücktritt als Parteivorsitzende bekannt gab, kündigte Merz seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz an. Im März 2020 legte er seinen Posten im Aufsichtsrat von Blackrock nieder, um sich weiter politisch einzubringen.

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Von 2006-2020 saß Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[37] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[38]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz war seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#).^[39] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses [HSCB Trinkaus & Burkhardt](#), gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[40] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[41] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[42] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[43] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[44][45]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den [EADS-Manager Thomas Enders](#) als Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ab.^[46] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[47]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[48] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#) geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Financen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[49] 2019 gab Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[50]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzernen [E.ON](#), [RWE](#), [Vattenfall](#) und [EnBW](#) initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[51]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[52], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[53]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[54]

2006: Interessenkonflikt als Bundestagsmitglied und Anwalt der Ruhrkohle AG

Im Frühjahr 2006 trat Merz auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auf. Gleichzeitig war er Mitglied des Bundestages und der CDU-Landesgruppe NRW. ([LobbyControl berichtete](#)).^[55]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[56]

Berater:innen von Merz

Michael Eilfort

Eilfort ist seit 2004 Co-Vorstand der [Stiftung Marktwirtschaft](#), dessen „Politischem Beirat“ der Kommission „Steuergesetzbuch“ Merz angehörte. Als Merz im Jahr 2000 den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag übernahm, wurde Eilfort sein Büroleiter, erst in dessen Funktion als Vorsitzender der Fraktion bis 2002, danach bis 2004 für den Stellvertretenden Unionsfraktionsvorsitzenden mit dem Arbeitsbereich "Wirtschaft, Arbeit, Mittelstand, Finanzen und Haushalt".^[57] Merz war Gründungsmitglied des inzwischen aufgelösten Fördervereins der Lobbyorganisation [INSM](#)^[58]; Eilfort betätigte sich bis 2006 als Botschafter der [INSM](#).^[59] Die INSM wird als v.i.S.d.P. des Aktionsbündnisses [Wirtschaftswarntag](#) genannt, an dem am 29.01.2025 deutschlandweit mehr als 140 Verbände und über 200 Unternehmen ihre Forderungen präsentierten. CDU-Parteichef Friedrich Merz hatte sich angekündigt, sagte aber kurzfristig ab, um sich auf seine Rede im Bundestag vorzubereiten.^[60]

Merz war bis mindestens 2022 in der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT) aktiv (als Präsidiumsmitglied bzw. Mitglied)^{[61][62][63]} Eilfort hat als Mitglied der Grundsatzprogrammkommission des MIT-Bundesvorstands das 2017 beschlossene Grundsatzprogramm mit erarbeitet.^[64]

Die Ehefrau von Eilfort, Barbara Götze, leitet das Büro von Merz im Konrad-Adenauer-Haus.^[65]

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt

Staatssekretär:innen im Bundeskanzleramt sind (seit 05/2025):

- [Wolfram Weimer](#) (parteilos, CDU-nah), Staatssekretär für Kultur und Medien
- [Michael Meister](#) (CDU), Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit
- Christiane Schenderlein (MdB/CDU), Staatsministerin für Sport und Ehrenamt

Weiterführende Informationen

- [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), CORRECTIV, 28.01.2025
- [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakten](#), Lobbycontrol, 22.11.2024

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Friedrich Merz: Kanzlerkandidat mit Lobbykontakten](#) lobbycontrol.de vom 22.11.2024
2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [15. Bundesmittelstandtag](#), mit-bund.de vom 11.12.2021, abgerufen am 23.12.2021
4. ↑ [Glückwunsch!](#) mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
5. ↑ [Armin Peter](#), linkedin.com, abgerufen am 05.04.2022
6. ↑ [Peter ist Pressesprecher des CDU-Vorsitzenden Merz](#), politik-kommunikation vom 28.02.2022, abgerufen am 05.04.2022
7. ↑ [Sektionsvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.09.2024
8. ↑ [Mitglieder](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 29.09.2024
9. ↑ [Mayer Brown gratuliert Friedrich Merz zur Wahl zum CDU-Vorsitzenden](#), mayerbrown.com vom 26.01.2022, abgerufen am 29.09.2024
10. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
11. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
12. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020
13. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
14. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
15. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
16. ↑ [Friedrich Merz: Da ist er wieder](#), zdf am 22.1.2022, abgerufen am 22.1.2022
17. ↑ [Merz als Kanzlerkandidat nominiert](#), cdu.de vom 23.09.2024, abgerufen am 28.09.2024
18. ↑ [Merz und Röttgen für CDU-Vorsitz nominiert](#), abgerufen am 16.11.2021
19. ↑ [Laschet holt Merz in sein Wahlkampfteam](#) Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2021, abgerufen am 29.04.2021
20. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
21. ↑ [Land hat seit fast einem Jahr keinen Brexit Beauftragten mehr](#). bild.de vom 04.12.2020, abgerufen am 28.09.2024
22. ↑ [MAYER BROWN GRATULIERT FRIEDRICH MERZ ZUR WAHL ZUM CDU-VORSITZENDEN](#), mayerbrown.com vom 26.01.2022, abgerufen am 28.02.2026
23. ↑ [Mitglieder Politik](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 28.09.2024
24. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz](#), correctiv.org vom 28.01.2025, abgerufen am 28.01.2025
25. ↑ [Die Arbeit der Kommission „Steuergesetzbuch“](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 29.01.2025
26. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
27. ↑ [Über uns](#) therepublic.de, abgerufen am 26.11.2024
28. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#) deutschlandfunk.de vom 17.07.2024, abgerufen am 26.11.2024
29. ↑ [Unionspolitiker gehen auf Distanz zu neuer konservativer Agentur – Merz wünscht Erfolg](#), handelsblatt.com vom 22.10.2021, abgerufen am 26.11.2024
30. ↑ [Treffen mit Waffenlobbyisten und Trump-Anhänger: Merz sagt Teilnahme an Rechtsaußen-Veranstaltung ab](#) tagesspiegel.de vom 22.08.2022, abgerufen am 26.11.2024

31. ↑ [Merz will bei Einzug in den Bundestag keine Nebentätigkeiten ausüben](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland, abgerufen am 07.07.2021
32. ↑ [Armin Peter](#), twitter.com
33. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU – Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser](#) LobbyControl im März 2021, abgerufen am 08.04.2021
34. ↑ ["Hört auch mal zu zwischendurch"](#) Der Spiegel, 06.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
35. ↑ [„Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“](#) Handelsblatt, 25.09.2019, abgerufen am 08.04.2021
36. ↑ ["#MerzMail 16"](#) vom 23.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
37. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
38. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
39. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
40. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
41. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
42. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
43. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
44. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
45. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.2017, abgerufen am 09.11.2018
46. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020
47. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
48. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
49. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
50. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
51. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
52. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
53. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
54. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
55. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
56. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
57. ↑ [Prof. Dr. Michael Eilfort](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 30.01.2025
58. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), lobbycontrol.de vom 02.06.2005, abgerufen am 30.01.2025
59. ↑ [Aus der Lobbywelt Kleines Update zur INSM](#), lobbycontrol.de vom 21.12.2006, abgerufen am 30.01.2025
60. ↑ [„Wirtschaftswarntag“ in Berlin: wenig Teilnehmer, laute Buhrufe](#), capital.de vom 30.01.2025, abgerufen am 30.01.2025
61. ↑ [Glückwunsch!](#), mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
62. ↑ [15. Bundesmittelstandtag](#), mit-bund.de, abgerufen am 30.01.2025
63. ↑ [Friedrich Merz im MIT-Präsidium](#), mit-rlp.de vom 05.02.2021, abgerufen am 29.01.2025
64. ↑ [Grundatzprogramm der MIT](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2025

65. ↑ [Der Mann der Großkonzerne: Das Lobby-Netzwerk von Friedrich Merz, correctiv.org vom 28.01.2025](#), abgerufen am 28.01.2025

BlackRock

Die Firma **BlackRock** ist der größte Vermögensverwalter und gleichzeitig das einflussreichste Finanzunternehmen der Welt. BlackRock ist bei vielen großen Aktiengesellschaften als Großaktionär vertreten, darunter [Bayer](#), [BASF](#), [Allianz](#) und E.ON.^[1]

Damit geht ein hoher direkter und indirekter Lobbyeinfluss einher: Allein 2022 gab das Unternehmen nach eigenen Angaben circa 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit aus.^[2] Mitunter bestehen starke Verflechtungen in die Politik, so war etwa der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG.^[3]

BlackRock gilt gemeinhin als Schattenbank, da sie nicht den Reglementierungen traditioneller Banken unterliegt und auch eine statistische Erfassung der Transaktionen weitgehend ausbleibt. Als „too big too fail“-Privatunternehmen kann es in Krisenzeiten auf die Unterstützung von Staaten vertrauen. Darüber hinaus bemängeln Kritiker:innen die undurchsichtige Eigentümerstrukturen und zweifelhafte Investitionsmodelle (etwa in fossile Energien).

BlackRock, Inc.

Branche	Finanzen
Hauptsitz	New York, In Deutschland:
	1. Bockenheimer Landstrasse 2-4, OpernTurm Complex, 60306 Frankfurt/M
	2. Lenbachplatz 1, 80333 München
Lobbybüro	
Deutschland	
Lobbybüro	35 Square de Meeus, Brussels
EU	1000
Webadresse	blackrock.com
e	

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftstätigkeit	21
2 Wettbewerbsminderung durch Minderheitsbeteiligungen von Vermögensverwaltern an Anbietern einer Branche	21
3 Organisationsstruktur und Personal	22
3.1 Aktionäre von BlackRock	22
3.2 BlackRock als Aktionär	22
3.3 Wichtige Personen	22
4 Lobbystrategien und Einfluss	22
4.1 EU-Lobbying	22
4.2 Lobbyaktivitäten in Deutschland	23
4.3 Lobbyausgaben in den USA	23
5 Mitgliedschaften	23
6 Fallbeispiele und Kritik	24
6.1 Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Betreibergesellschaft des Panama-Kanals	24
6.2 BlackRock als fossiler Finanzdienstleister	25
6.3 Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa	25
6.4 Beratung des EU-Finanzsektors	26
6.5 Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“	26

6.6 Benoit Coeure Skandal	26
7 Weitere Informationen	26
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	27
9 Einzelnachweise	27

Geschäftstätigkeit

Geschäftsfelder des Vermögensverwalters BlackRock sind: Altersvorsorge, Zukunftsinvestitionen, Pensionsfonds, Versicherungen, Finanzierung von staatlichen Infrastrukturprojekten.^[4] Angeboten werden u. a. offene und geschlossene Investmentfonds, iShares und börsengehandelte Fonds, separate Konten, kollektive Investmentfonds und andere gepoolte Investmentvehikel.^[5] Außerdem betätigt sich BlackRock in den Bereichen Beratung, Risikomanagement und Risikoanalyse, auch mit dem Risiko-Analyse-System Aladdin. Zu den Kunden gehören Privatanleger, professionelle Anleger (Beispiele: Regierung, Zentralbank, regulierte Börse, beaufsichtigtes Finanzinstitut, regulierter Pensionsfonds, Großunternehmen) und semiprofessionelle Anleger (Beispiele: Einzelperson mit einem Nettovermögen von mindestens 500.000 USD, ein Unternehmen, eine Treuhandgesellschaft oder Stiftung, die einzig zum Zweck der Verwaltung eines Investmentportfolios einer Einzelperson gegründet wurde und die Kriterien für professionelle Anleger erfüllt).^[6] Ende 2023 beschäftigte der Konzern ca. 19.800 Personen in über 30 Ländern^[7] und verwaltete 2024 ein Vermögen in Höhe von 10,5 Billionen USD.^[8]

In Europa verwaltet BlackRock mit iShares 43 % des gesamten ETF-Vermögens.^[9] Ein ETF zielt darauf ab, die Wertentwicklung eines Index wie beispielsweise des DAX, dem deutschen Leitindex, nachzubilden und die gleiche Rendite, (abzüglich Gebühren) wie dieser Index zu erzielen.^[10]

Wettbewerbsminderung durch Minderheitsbeteiligungen von Vermögensverwaltern an Anbietern einer Branche

Die Monopolkommission kam in ihrem Gutachten aus dem Jahr 2016 zu dem Ergebnis, „dass indirekte Horizontalverflechtungen zwischen Unternehmen desselben Marktes über institutionelle Investoren ein wettbewerbsverzerrendes Potenzial bilden. Durch Minderheitsbeteiligungen institutioneller Anleger an mehreren Anbietern einer Branche könne das Interesse an der Gesamtmarktrendite im Vordergrund stehen, was die Anreize zu wettbewerblichem Verhalten abschwächt.“^[11] Derartige Eigentümerstrukturen werden auch als „Common Ownership“ bezeichnet. Laut José Aznar, Visiting Professor of Economics, wird „Common Ownership“ besonders sichtbar bei der wachsenden Macht der „Big Three“ der Vermögensverwaltung: BlackRock, Vanguard und State Street.^[12] Eine Studie von vier Wissenschaftlern der University of Groningen und der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, die 2025 im Global Strategy Journal veröffentlicht wurde, kommt zu folgendem Ergebnis: "Wenn Investoren Anteile an zwei konkurrierenden Unternehmen halten, kann dies die Wettbewerbsintensität dieser Konkurrenten verringern. [...] Der Effekt schwächt sich ab, wenn der Wettbewerb innerhalb gemeinsamer Märkte abnimmt und die Distanz zwischen den beteiligten Konkurrenten und ihrem gemeinsamen Investor zunimmt. Für Manager global operierender Unternehmen unterstreicht dies die Notwendigkeit, nicht nur die Strategien der Wettbewerber, sondern auch deren Eigentümerstruktur zu berücksichtigen. Überlappende Eigentümerstrukturen können die Wettbewerbsdynamik auf globalen Märkten erheblich beeinflussen, indem sie die strategischen Ansätze der Wettbewerber prägen." (Übersetzung: Google Übersetzer).^[13]

Organisationsstruktur und Personal

Die BlackRock Inc., New York, ist die Konzernmutter aller BlackRock-Gesellschaften. Die BlackRock Asset Management Deutschland AG mit Sitz in München ist eine Kapitalverwaltungsgesellschaft, die iShares ETFs in Deutschland anbietet, wobei ETF für "Exchange Traded Fund" steht.^[14] Die Muttergesellschaft von BlackRock Deutschland ist die BlackRock (Netherlands) B.V., Amsterdam.

Aktionäre von BlackRock

Ca. 84 % der Aktien von BlackRock sind im Besitz von Institutionen (Stand: 03/2025).^[15] Zu den Top institutionellen Anlegern gehören: Vanguard Group Inc (8,62 %), Black Rock Inc. (6,47 %), State Street Corporation (4,06 %), Temasek Holdings (Private) Limited (3,28 %), Bank of America Corporation (3,22 %), Morgan Stanley (3,08 %). Der langjährige Großaktionär PNC Financial Services Group hat 2020 seine Anteile veräußert.^[16]

Vanguard Group Inc. und State Street Corporation sind als bedeutende Vermögensverwalter wichtige Konkurrenten des Marktführers BlackRock.

BlackRock als Aktionär

Nach einer Studie der Research-Abteilung von statista (Stand: 02/2024) ist BlackRock an 32 der 40 im Dax gelisteten Unternehmen beteiligt, an mehr als zwanzig sogar mit über 5 %.^[17] Die höchsten Beteiligungen hält BlackRock an Qiagen (11,4 %), MTU Aero Engines (11,33 %) und Commerzbank (8,96 %).

BlackRock ist u.a. an den folgenden US-Konzernen beteiligt (Stand: 11/03/2025):

- Microsoft (5,9 %)^[18]
- Apple (5,7 %)^[19]
- Amazon (4,9 %)^[20]

Wichtige Personen

- Gründer, Chairman und CEO: Laurence „Larry“ Fink ^[21]
- Amin Nasser, Chef des weltweit größten Ölkonzerns Saudi Aramco, ist Mitglied des Verwaltungsrats von BlackRock^[22]
- Friedrich Merz, Bundesvorsitzender der CDU, war von März 2016 bis März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der *BlackRock Asset Management Deutschland AG* ^{[23][24]}

Lobbystrategien und Einfluss

EU-Lobbying

Laut [EU-Transparenzregister](#) lagen die Ausgaben BlackRocks für EU-Lobbying für das Jahr 2024 zwischen 900 Tsd. und 999 Tsd. Euro; Ende 2024 wurden 11 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 1,9) beschäftigt.

Rechtlich verantwortlich für die Brüsseler Repräsentanz ist Stephen Cohen, Leiter der BlackRock-Region Europa, Mittlerer Osten und Afrika (EMEA).

Mit 40 dokumentierten Treffen mit der EU-Kommission (zwischen 12/2014 und 06/2023) ist BlackRock ist eines der Unternehmen mit den meisten Kontakten mit EU-Vertretungen. Die Gespräche drehten sich dabei vor allem um Finanzfragen. 2022 trafen sich Lobbyist:innen innerhalb von 3 Monaten zwei Mal mit dem Generaldirektor Gerassimos Thomas, der für die Besteuerung und Zollunionen zuständig ist und tauschten sich mit ihm zur Besteuerung von Banken und Finanzunternehmen aus.^[25]

2016 fanden allein 5 von 9 Treffen mit einem Teammitglied des Finanzkommissars oder Dombrovskis selbst statt, ein weiterer wichtiger Ansprechpartner war hier Jan Ceyskens, der speziell für die Verhältnisse zur EZB und anderen Banken verantwortlich ist.^[26] 2015 berichtete die Financial Times, BlackRock sei das Unternehmen mit den meisten Treffen (5) mit dem Team des Finanzkommissars gewesen.^[27] Die Public-Affairs-Agentur Fleishman-Hillard gibt zudem an, Zahlungen von BlackRock zu erhalten. Die Repräsentationskosten von Fleishman-Hillard lagen laut EU-Transparenzregister im Jahr 2022 zwischen 200 Tsd. und 299 Tsd. Euro.

Von 2017-2021 war der britische Ex-Finanz- und Wirtschaftsminister George Osborne ein wichtiger Berater von BlackRock, der für diesen Job jährlich 750.000 Euro erhielt. In dieser Zeit war Osborne auch Chefredakteur der größten Londoner Tageszeitung, des London Evening Standard.^[28]

Lobbyaktivitäten in Deutschland

Im deutschen Lobbyregister gibt BlackRock Asset Management Deutschland AG an, im Jahr 2023 zwischen 650.001 bis 660.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben, direkt an der Interessenvertretung sind 7 Personen beteiligt, wobei die ehem. EU-BlackRock-Lobbyistin Joanna Cound Cheflobbyistin ist.^[29]

Der CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) war von 2016 bis Ende März 2020 Aufsichtsratsvorsitzender und Berater der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Mit Merz hatte BlackRock einen extrem weit vernetzten früheren CDU-Spitzenpolitiker in seinen Reihen, der lange Zeit Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) war.^[30]

Nachfolger von Merz als Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland wurde der selbständige Vermögensberater Michael Rüdiger, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Börse, zuvor Vorstandsvorsitzender der DekaBank Deutsche Girozentrale und Gremienmitglied mehrerer Banken und banknaher Organisationen.^[31]

Lobbyausgaben in den USA

Für das Jahr 2022 gab BlackRock in den USA an 3,5 Millionen US-Dollar für Lobbyaktivitäten auszugeben, diese stiegen gegenüber 2021 um 1,5 Mio. US-Dollar. BlackRock Inc. beschäftigt laut US-Transparenzregister 23 Lobbyist:innen, wobei alleine 21 Personen zuvor im US-Kongress oder bei Kongressabgeordneten gearbeitet haben.^[32]

Mitgliedschaften

BlackRock ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorgung](#) (ABA)

- Assogestioni
- Association Francaise de la Gestion financiere (AFG)
- Alternative Investment Management Association (AIMA)
- The Association for Financial Markets in Europe (Afme)
- Association of Luxembourg Funds Industry (ALFI)
- [Bruegel](#)
- [Bundesverband Alternative Investments](#) (BAI)
- [Bundesverband Investment und Asset Management](#) (BVI)
- The Dutch Fund and Asset Management Association (Dufas)
- [Deutsches Aktien Institut](#) (DAI)
- Eumedion
- [Eurofi](#)
- [European Capital Markets Insitute](#) (ECMI)
- European Corporate Governance Institute (ECGI)
- European Fund and Asset Management Association (EFAMA)
- [European Parliamentary Financial Services Forum](#)
- Forum VuV - Verband unabhängiger Vermögensverwalter
- Green and Sustainable Finance Cluster Germany e.V.
- ICI Global
- Institutional Money Market Funds Association (IMMFA)
- International Swaps and Derivatives Association (ISDA)
- The Investment Association (IA)
- Irish Funds
- The International Capital Markets Association (ICMA)
- Pensions Europe

Quelle: EU-Transparenzregister, deutsches Lobbyregister und Webseiten der Organisationen (Stand: 07 /2023)

Im Januar 2025 hat BlackRock die Net Zero Asset Manager Initiative (NZAM) verlassen. Die Mitgliedschaft habe „Verwirrung hinsichtlich der Praktiken von BlackRock gestiftet und uns rechtlichen Anfragen verschiedener Beamter ausgesetzt“.^[33] Die NZAM-Mitglieder verpflichteten sich, einen Beitrag zu leisten, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, indem sie das Ziel von Netto-Treibhausgasemissionen von null bis 2050 oder früher verfolgen.^[34] Kurz danach setzte die Initiative ihre Aktivitäten aus.^[35]

Fallbeispiele und Kritik

Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Betreibergesellschaft des Panama-Kanals

Auf Druck aus den USA soll ein Konsortium um BlackRock 2025 einen 80-prozentigen Anteil an der Panama Ports Company vom chinesischen Unternehmen CK Hutchison erwerben.^[36] Dadurch erlangt das Konsortium die Kontrolle über 43 Häfen in 23 Ländern, zu denen neben Panama Mexiko, die Niederlande, Ägypten und Australien gehören.^[37]

BlackRock als fossiler Finanzdienstleister

Im Juli 2023 wurde der CEO des saudi-arabischen Erdöl-Konzerns Aramco, Amin Nasser in den Verwaltungsrat BlackRocks berufen. Larry Fink begründete die Entscheidung mit einem Fokus auf Investitionen im Nahen Osten. Gleichzeitig reagiere er damit auf Kritik der Republikaner in den USA. Die neue 'nachhaltige' Ausrichtung BlackRocks werde dort zunehmend negativ wahrgenommen, sodass einige Pensionsfonds in republikanisch geführten Bundesstaaten ihr Geld von BlackRock abzogen. Durch die Entscheidung wolle man Ausgeglichenheit signalisieren. ^[38]

Auch 2023 investierte BlackRock weiterhin in Konzerne wie **ExxonMobile**, **BP** und Aramco, die ihre Abbaukontingente in Öl, Gas und Kohle noch ausweiten wollen. ^[39] Die NGO Urgewald bezeichnet die Strategie BlackRocks daher als Greenwashing. ^[40]

2022 versicherte BlackRock auf Anfrage, auch weiterhin in fossile Energien zu investieren, eine Beendigung von Investitionen in Öl, Gas und Kohle sei nicht notwendig für die Vorhaben gegen den Klimawandel. ^[41]

2020 wurde BlackRock zudem offizieller Berater für Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Sustainable Finance-Strategie der Europäischen Union und erhielt so direkten Zugang zur EU-Gesetzgebung. ^[42] Die Bürgerbewegung Finanzwende hält diesen Schritt für hochproblematisch, weil BlackRock ein Geschäftsinteresse daran habe, die Sustainable Finance-Strategie zu verwässern.

2020 verfasste BlackRock-CEO Larry Fink einen **Brief an alle CEOs** der Firmen, in die BlackRock investiert - 'Climate Risk is Investment Risk' (dt. Klimarisiko ist ein Investitionsrisiko) hies es darin. Man wolle Nachhaltigkeit als Investitionsstandard festlegen. ^[43]

2019 deckten Recherchen noch auf, das BlackRock gegen Klimabeschlüsse einiger Energiekonzerne stimmte. Und auch mit dem Brief Finks ändert sich nicht viel. Zwar wolle man sich bis 2025 von Investitionen in Kohleunternehmen verabschieden, jedoch gilt der Beschluss nur für Investitionen in Kohleabbau, nicht in die Kohleverbrennung. So bleibt der deutsche Kohlekonzern RWE trotz massiven Kohleabbaus weiter Kunde BlackRocks, denn er verbrennt seine eigene Kohle direkt im konzerneigenen Kraftwerk. Außerdem konnte BlackRock durch die Regelung weiter größter Investor in Kohlekraftwerkentwickler bleiben, finanziert Öl- und Gaskonzerne. Portfolios der Anlagefonds bezeichnen sich zwar als nachhaltig, listen jedoch RWE.

Aktivitäten zur Privatisierung der Pensionen in Europa

Paulo Pena und Harald Schumann berichten in „Der Freitag“ ausführlich über die erfolgreichen Bemühungen von BlackRock, ein europaweites privates Altersvorsorgeprodukt („Pan-European Personal Pension“, abgekürzt „PEPP“) einzuführen, das keine gesetzliche Garantie auf das angesparte Kapital enthält. ^[44] Die in Deutschland übliche Garantie soll entfallen. Vorgesehen sei lediglich ein „Qualitätssiegel“, mit dem die Finanzkonzerne in allen EU-Staaten gleichzeitig ihre Fonds als Altersvorsorge vermarkten können. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auf die Lobbyaktivitäten des ehemaligen britischen Finanzministers George Osborne bei der EU-Kommission, der schon als Minister enge Kontakte zu BlackRock unterhielt und seit Februar 2017 offiziell als Lobbyist für den Konzern tätig ist.

Beratung des EU-Finanzsektors

Die Beratungsfirma BlackRock Solutions, Tochter der BlackRock Vermögensverwaltung wurde 2011 von der irischen Zentralbank beauftragt, Verlustrisiken zu prognostizieren und einen Stress-Test durchzuführen, kurz zuvor wurde das Bankensystem Irlands mit 85 Milliarden Euro gerettet. Hierfür erhielt das Unternehmen 30 Millionen Euro, für einen ähnlichen Job für die Bank Griechenlands erhielt die Firma 12,3 Millionen Euro. Auch für die zypriotische Bank arbeitete BlackRock Solutions an einer Evaluierung zu den

Rekapitalisierungsbedürfnissen des zypriotischen Bankensektors.^[45] Bedeutsam für die Investment-Strategien BlackRocks war auch der Auftrag für die EZB, ihre Beratung für eins der größten anvisierten „quantitative Lockerung“-Programme zur Verfügung zu stellen, und das als größter Vermögensverwalter der Welt.^[46] Neben den lukrativen Aufträgen schien für BlackRock vor allem die dadurch gewonnenen Informationen von großem Wert, die so in Kalkulationen und Planungen zu Anlagestrategien eingingen. Martin Hellwig, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission und Leiter des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter, hält es für grundsätzlich falsch, dass einem privaten Unternehmen eine hoheitliche Aufgabe anvertraut wird.^[47]

Lobbying gegen die Einstufung als „systemically important financial institutions“

In den USA gibt es zur Regulierung des Schatten-Banken-Sektors bereits das Vorhaben, große Vermögensverwalter wie BlackRock als "systemrelevant für das Finanzsystem" einzustufen. Die Konzerne wären dann mit einer Art Gefahrenaufkleber versehen und besonderer Aufsicht unterworfen. BlackRock hat intensiv Lobbyismus betrieben, um einen solchen Gesetzentwurf zu stoppen. Neben den eigenen Lobbyisten beauftragte BlackRock zu diesem Zwecke auch die Lobbyagentur „Rich Feuer Anderson“, die dafür im Jahr 2016 320.000 Dollar erhielt.^[48] Mit Erfolg: Das Vorhaben wurde bislang nicht durchgesetzt. BlackRock rechtfertigte sich gegenüber der ZEIT, „um eine Systemkrise zu verhindern, sei ein Regulierungsansatz, der sich auf einzelne Anlageprodukte beziehe, besser geeignet als die Regulierung einzelner Unternehmen“..^[49]

Benoit Coeure Skandal

Der Franzose Benoit Coeure, seit 2011 Mitglied des Direktoriums der EZB, sprach im Mai 2015 auf einer Versammlung von Bänkern, Hedge Fond Managern und Vermögensverwaltern und gab dabei Insiderinformationen zu möglichen Anleihekäufen der EZB preis. Da die Veranstaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand, hatten die anwesenden Manager erhebliche Vorteile und nutzten diese auch in ihren Investmentplanungen, wodurch der Wert des Euros sank und am Tag der medialen Publikation der Ereignisse noch einmal stark fiel.^[50] Für Coeure selbst gab es keine Konsequenzen, er behielt seinen Job bei der EZB, die selbst behauptete, dass ein Verfahrensfehler zur Veröffentlichung dieser Informationen geführt habe. In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass es bereits mehrere Treffen mit Vertretern großer Banken wie BNP Paribas, UBS, Goldman Sachs und auch BlackRock in Räumlichkeiten der EZB gab, kurz bevor wichtige Entscheidungen in der EZB gefällt wurden.^[51]

Weitere Informationen

- [Deutsche Bank, Blackrock und Co: Machtkonzentration in der Finanzwirtschaft](#) Podcast von LobbyControl vom 27.06.2023, soundcloud.com

- [Die Marktmacht von Black Rock - Finanzwende 08.06.2021](#)
- [BlackRocks Abstimmungsverhalten in der Rolle als Aktionär](#)
- [BlackRock goes green?- Facing Finance 05/2020](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Beteiligungen des Vermögensverwalters BlackRock am Aktienkapital von im Dax gelisteten Unternehmen](#), [statista.com](#), abgerufen am 11.03.2025
2. ↑ [Client Profile: Black Rock Inc](#), [opensecrets.org](#), abgerufen am 28.07.23
3. ↑ [Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock](#), [FAZ.net](#) vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
4. ↑ [About us](#), [blackrock.com](#), abgerufen am 09.03.2025
5. ↑ [BlackRock, Inc.](#), [marketscreener.com](#) vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
6. ↑ [Professionelle Anleger](#), [blackrock.com](#), abgerufen am 10.03.2025
7. ↑ [2024 Proxy Statement](#), [s24q4cnd.com](#), abgerufen am 09.03.2025
8. ↑ [BlackRock wird immer größer: Konzern verwaltet jetzt 10,5 Billionen Euro](#), [businessinsider.com](#) vom 12.10.2024, abgerufen am 10.03.2025
9. ↑ [ETFs: Niemand stiehlt iShares die Krone](#), [morningstar.de](#) vom 27.11.2024, abgerufen am 10.03.2025
10. ↑ [Jahresbilanz zum 31.Dezember 2023](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 09.03.2025
11. ↑ [Gefährden institutionelle Anleger den Wettbewerb?](#), [Wirtschaftsdienst 12/2016](#), [wirtschaftsdienst.eu](#), abgerufen am 12.03.2025
12. ↑ [Common ownership: implications for competitions and marktes](#), [iese.edu](#) vom 15.09.2022, abgerufen am 12.03.2025
13. ↑ [Common ownership and competitive dissimilarity: A global perspective on competition and institutional ownershi](#), [uni-goettingen.de](#), abgerufen am 12.03.2025
14. ↑ [Jahresbilanz zum 31.Dezember 2023](#), [lobbyregister.de](#), abgerufen am 09.03.2025
15. ↑ [BlackRock, Inc.](#), [finance.yahoo.com](#) vom 10.03.2025, abgerufen am 10.03.2025
16. ↑ [BlackRock verliert Großaktionär PNC](#), [handelsblatt.de](#) vom 12.05.2020, abgerufen am 10.03.2025
17. ↑ [Beteiligungen des Vermögensverwalters BlackRock am Aktienkapital von im Dax gelisteten Unternehmen](#), [statista.com](#), abgerufen am 11.03.2025
18. ↑ [Microsoft](#), [marketscreener](#) vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
19. ↑ [Apple Inc.](#), [marketscreener](#) vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
20. ↑ [Amazon](#), [marketscreener](#) vom 11.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
21. ↑ [BlackRock: Leadership](#), [BlackRock.com](#) vom 17.04.2020, abgerufen am 17.04.2020
22. ↑ [BlackRock auf Kuschelkurs mit Big Oil](#), [manager-magazin.de](#) vom 18.07.2023
23. ↑ [Ehemaliger CDU-Spitzenmann Merz geht zu Blackrock](#), [FAZ.net](#) vom 17.03.2016, abgerufen am 17.04.2020
24. ↑ [Persönliche Erklärung](#), [friedrich-merz.de](#) vom 05.02.2020, abgerufen am 17.04.2020
25. ↑ [EU-Transparenzregister: Meetings of BlackRock](#), [ec.europa.eu](#) vom 30.07.2023, zugegriffen am 3.07.23
26. ↑ [Dombrovskis Team](#), [EU- Website](#), zuletzt abgerufen am 29.04.2020

27. ↑ [BlackRock steps up lobbying of the European Commission](#), Financial Times.com vom 22.11.2015, abgerufen am 29.04.2020
28. ↑ [Journalisten als Polit-Cheerleader](#), Taz.de vom 30.03.2017, abgerufen am 17.04.2020
29. ↑ [Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de vom 1.6.2023, abgerufen am 28.07.23
30. ↑ [Friedrich Merz wird Kontrollchef](#), N-tv.de vom 18.01.2016, abgerufen am 17.04.2020
31. ↑ [Michael Rüdiger wird neuer BlackRock-Aufsichtsrats-Vorsitzender](#), manager-magazin.de vom 03.06.2020, zugegriffen am 29.07.23
32. ↑ [Client Profile: Black Rock Inc](#), opensecrets.org, abgerufen am 28.07.23
33. ↑ [BlackRock steigt aus Klimabündnis aus](#), fundresearch.de vom 10.01.2025
34. ↑ [BlackRock steigt aus Klimabündnis aus](#), fundresearch.de vom 10.01.2025
35. ↑ [Net-Zero-Asset-Managers-Initiative setzt Aktivitäten aus](#), portfolio-institutionell.de vom 15.01.2025, abgerufen am 09.03.2025
36. ↑ [US-Firma übernimmt Kontrolle über Häfen](#), tagesschau.de vom 04.03.2025, abgerufen am 10.03.2025
37. ↑ [BlackRock strikes deal to bring ports on both sides of Panama Canal under American control](#), apnews.com vom 04.03.2025, abgerufen am 11.03.2025
38. ↑ [Blackrock beruft Aramco-CEO in Verwaltungsrat](#), handelsblatt.de vom 18.07.2023, zugegriffen am 28.07.23
39. ↑ [BlackRock goes green?](#), facing-finance.org vom Mai 2020, zugegriffen am 28.07.23
40. ↑ [BlackRock und die Nachhaltigkeit](#), ndr-info.de vom 05.07.2023, zugegriffen am 28.07.23
41. ↑ [Blackrock and Vanguard tell UK inquiry they will not quit fossil fuel investments](#), ft.com vom 18.10.2022, zugegriffen am 28.07.23
42. ↑ [Den Bock zum Gärtner](#), finanzwende.de vom 21.04.2020, abgerufen am 29.04.2020
43. ↑ [Blackrocks dürftige Klimabilanz](#), table.media vom 17.01.2023, zugegriffen am 28.07.23
44. ↑ [Achtung, Rentenfresser](#), freitag.de Ausgabe 26/2018, abgerufen am 17.04.2020
45. ↑ [Troika consultancies: A multi-million euro business beyond scrutiny](#), EUobserver.com vom 16.12.2013, abgerufen am 17.04.2020
46. ↑ [BlackRock spreads its Tentacles in Brussels](#), Wolfstreet.com vom 28.11.2015, abgerufen am 17.04.2020
47. ↑ [BlackRock prüft Banken, an denen es selbst Anteile besitzt](#), tagesspiegel.de vom 23.05.2018, abgerufen am 17.04.2020
48. ↑ [Specific Issue Reports by BlackRock](#), abgerufen auf Opensecrets.org am 17.04.2020
49. ↑ [Der 4-Billionen-Dollar-Mann](#), Zeit.de vom 27.08.2015, abgerufen am 17.04.2020
50. ↑ [Benoît Cœuré speech highlights central bank links to financiers](#), Financial Times.com vom 21.05.2015, abgerufen am 17.04.2020
51. ↑ [ECB officials met bankers before key decisions](#), Financial Times.com vom 02.11.2015, abgerufen am 17.04.2020

Europäisches Institut für Klima und Energie

**Europäisches Institut für Klima und
Energie (EIKE)**

Rechtsfor

Das **Europäische Institut für Klima und Energie** (EIKE) ist ein Verein, dessen Haupttätigkeitsfeld es ist, den menschengemachten Klimawandel zu leugnen. EIKE gilt als die deutschsprachige Speerspitze der Lobby, die den menschengemachten Klimawandel leugnet.^{[1][2]}

Im "Grundsatzpapier Klima" vertritt EIKE die Verschwörungserzählung, dass die Klimawissenschaft "politisch und ideologisch instrumentalisiert" worden sei mit dem Ziel, "nationalen Regierungen die propagandistische Grundlage für einschneidende Änderungen ihrer Energie- und Fiskalpolitik zu liefern".

Der Name "Europäisches Institut für Klima und Energie" suggeriert Wissenschaftlichkeit. Die wenigen Publikationen, die EIKE auf seiner Website benennt, stammen allerdings nicht von Klimawissenschaftler:innen oder Meteorolog:innen.

Die publizierenden Mitarbeiter:innen haben keinen wissenschaftlichen Hintergrund in der Klimaforschung und stammen höchstens aus anderen naturwissenschaftlichen Disziplinen.

EIKE ist sowohl im deutschsprachigen Raum in AfD, CDU und FDP sowie in rechtslibertären Organisationen und der [Bundesinitiative Vernunftkraft](#) vernetzt, als auch international im einflussreichen [Heartland Institute](#) und [CFACT](#).

Als Alternative zu den UN-Klimakonferenzen veranstaltet der Verein EIKE 'Internationale Klima- und Energiekonferenzen', die parallel zum UN-Klimagipfel stattfinden und Klimafaktenleugner zusammenbringt. Dort sprach in der Vergangenheit u.a. Steffen Henrich, inzwischen Referent für Umweltpolitik bei der FDP und Fritz Vahrenholt, bekanntestes Vertreter der Szene in Deutschland.

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

m

Tätigkeit Lobbyarbeit zur Leugnung des menschengemachten Klimawandels

sbereich menschengemachten Klimawandels

Gründun Februar 2007

gsdatum

Hauptsitz Wiesenstr. 110, 07743 Jena

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadre eike-klima-energie.eu

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	30
2 Positionen	31
3 Bewertung der Aktivitäten im Rahmen der Gemeinnützigkeits-Prüfung	31
4 Verflechtungen mit der AfD, Klimaleugner-Organisationen, Denkfabriken und Foren	32
5 Verbindungen im Einzelnen	32
5.1 Alternative für Deutschland (AfD)	32
5.2 Institut für Unternehmerische Freiheit	32
5.3 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	33
5.4 Vernunftkraft	33
5.5 Forum Wissenschaft und Politik	34
5.6 Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT)	34
5.7 Heartland Institute	35
6 Verbindungen zu weiteren Parteien und parteinahen Organisationen	35
6.1 Landesverband Thüringen des Wirtschaftsrat der CDU	35
6.2 WerteUnion in Bayern	35
6.3 Berliner Kreis der CDU	36

7 Verbindungen zu Lobbyorganisationen	36
7.1 Kerntechnische Gesellschaft	36
8 Verbindungen zu Medien	36
8.1 Rechtslibertäres Magazin "eigentümlich frei"	36
8.2 Debattenmagazin "The European"	37
9 Vergleichbare europäische Klimaleugner-Organisationen	37
10 Climate Reality Forum	37
11 Organisationsstruktur und Personal	38
11.1 Leitung	38
11.2 Fachbeirat	38
12 Finanzen	39
13 Weiterführende Informationen	40
14 Einzelnachweise	40

Aktivitäten

Das 2007 als gemeinnütziger Verein gegründete Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) mit Sitz in Jena bietet eine Plattform für Diskussionen und Publikationen und organisiert Symposien und Kongresse.

Die wichtigste Veranstaltungsreihe sind die **Internationalen Klima- und Energiekonferenzen**, die parallel zu den UN-Klimakonferenzen veranstaltet werden und bei denen sich Klimafakten-Leugner aus aller Welt treffen. Laut Janine Patz vom „Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ in Jena bieten EIKE und ihre Konferenzen antidemokratischen und offen demokratiefeindlichen Akteurinnen eine Brücke.^[3] Die strategische Lobbyarbeit sei nicht nur demokratiegefährdend, sondern leider auch sehr erfolgreich bezüglich der Verschleppung, Ausbremsung und Verhinderung von Klimaschutzmaßnahmen.

Bei den Klimakonferenzen 2009 und 2010 waren die folgenden Organisationen Mitveranstalter: Die FDP-nahe Friedrich-Naumann Stiftung (zuständiger Referent beim Liberalen Institut der Stiftung war damals Steffen Hentrich^[4], aktuell Referent für Umweltpolitik der FDP-Bundestagsfraktion), CFACT Europe (von EIKE-Präsident Thuss gegründet und inzwischen aufgelöst) und das [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (zeitweise Bezeichnung: Berlin Manhattan Institut).^{[5][6]} In den letzten Jahren veranstaltete EIKE die Internationalen Konferenzen gemeinsam mit dem CFACT mit Sitz in den USA und dem [Heartland Institute](#).^[7]^{[8][9]}

Auf den Internationalen Klima- und Energiekonferenzen halten viele Gremienmitglieder von EIKE sowie ähnlich ausgerichteter Organisationen Vorträge. Zu den weiteren deutschen Referenten der Konferenzen gehörten:

- [Lutz Peters](#) (3. Konferenz 2010), Vorstandsvorsitzender des [Deutschen Arbeitgeberverbands](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und Gastgeber der Expertengespräche der Stiftung Marktwirtschaft auf Gut Kaden^[10], Autor des 2023 erschienenen Buchs „Energiewende gescheitert. Und nun?“ mit einem Vorwort des Klimafakten-Leugnens Fritz Vahrenholt.^[11]

- [Fritz Vahrenholt](#) (14. Konferenz 2021), Klimafaktenleugner^{[12][13]}, Kuratoriumsmitglied der Global Warming Policy Foundation^{[14][15]}, Mitglied des Aufsichtsrats der Aurubis AG und der ENCAVIS AG sowie Vorsitzender des Investitionskomitees der Innogy Venture Capital GmbH^[16], Gastautor der [Achse des Guten](#) und von [Tichys Einblick](#). Vahrenholt behauptet bei „Bild“: Der Komplett-Ausstieg aus Kohle, Gas und Atom bedeute für die Wirtschaftsmacht Deutschland den Todesstoß.^[17] Beim Neujahrsempfang des Landesverbands Sachsen des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bei der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der AfD trat Vahrenholt als Referent auf.^{[18][19][20]}
- [Markus C. Kerber](#) (15. Konferenz 2022), Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik, Kläger beim Bundesverfassungsgericht gegen die Wertpapierkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB)^[21], Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)^[22], Gastautor der [Achse des Guten](#) und von [Tichys Einblick](#)^[23]
- [Günter Ederer](#) (15. Konferenz 2022, 14. Konferenz 2021), Klimafaktenleugner^[24], Wirtschaftspublizist, Filmproduzent, Autor der [Achse des Guten](#)

Die Partner vom [Heartland Institute](#) veranstalten wie EIKE jährlich eine alternative Klimakonferenz unter der Bezeichnung [International Conference on Climate Change](#).^[25]

Positionen

EIKE leugnet den menschengemachten Klimawandel und lehnt jegliche Klimapolitik ab.^[26] Nach Angaben des Bundesumweltamtes verbreitet EIKE Thesen, die dem wissenschaftlichen Konsens widersprechen.^[27] Nach Auffassung von Gabor Paal, einem Journalisten des SWR, hält kein Beweis und kaum eine Behauptung der Klimaskeptiker von EIKE einer Nachprüfung stand.^[28] Zum großen Teil stützten sie sich auf Rest-Unsicherheiten in der Forschung, die es tatsächlich gibt oder arbeiteten mit Diffamierungen einzelner Wissenschaftler. Laut EIKE-Pressesprecher Hans-Joachim Lüdecke brauchen wir ohnehin keine Klimaforscher, schließlich gebe es keine wissenschaftlichen Beweise dafür dass CO2 die Atmosphäre aufheize.^[29]

Im seinem "Grundsatzpapier Klima" vertritt EIKE die Verschwörungserzählung, dass die Klimawissenschaft "politisch und ideologisch instrumentalisiert" worden sei mit dem Ziel, "nationalen Regierungen die propagandistische Grundlage für einschneidende Änderungen ihrer Energie- und Fiskalpolitik zu liefern". Dabei würden "IPCC, Regierungen, Parteien, Klimainstitute, ideologische NGOs, aber auch profitierende Industrien wie Windrad-, Photovoltaik-, Dämmstoffindustrie sowie Energiemonopolisten, Versicherungen, Banken und Medienmonopole Hand in Hand [arbeiten] – zum Schaden der Armen in der dritten Welt, unserer Volkswirtschaft und jedes einzelnen deutschen Verbrauchers."^[30]

In den Erläuterungen auf der eigenen Webseite zum Fachbeirat ist von einer engen Verbindung zwischen EIKE und "führenden Wissenschaftlern" die Rede. Zu den Mitgliedern der EIKE-Gremien (Leitung und Fachbeirat) gehört jedoch kein einziger Meteorologe oder Klimatologe, der aktuell an einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung oder Universität tätig ist (Stand: 10/2019).

Bewertung der Aktivitäten im Rahmen der Gemeinnützigkeits-Prüfung

Im Februar 2022 hat das Finanzamt Jena EIKE die Gemeinnützigkeit entzogen.^[31] Der Bescheid beruht auf einem [Gutachten](#) von [Sönke Zaehle](#), Professor am Max-Planck-Institut für Biogeochemie in Jena und Mitautor des 6ten Sachstandberichts des Weltklimarats IPCC, zur Aktivität von EIKE im Jahr 2018. Das Gutachten kommt zu folgendem Ergebnis:

„Zusammengenommen lässt sich aus dem vorliegenden Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018 insbesondere mit Hinblick auf die Problematik der vom EIKE aufgeführten Publikationen, die keinen Zusammenhang mit dem EIKE e.V. kenntlich machen; den fachlichen Mängeln dieser Publikationen; den oben ausgeführten fachlichen Mängeln der Grundsatzpapiere des Eike e.V.; und der einseitigen Auswahl von Sprechern auf der durchgeführten Tagung nicht belegen, dass EIKE e.V. eigenständige Forschung durchführt oder unterstützt, und in seiner Darstellung und Kommunikation von Fragen zum Thema Klimawandel und Energie den eingangs aufgeführten Leitsätzen der guten wissenschaftlichen Praxis der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in angemessener Weise Folge leistet“.

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat stichprobenartig Publikationen von EIKE bewertet und ebenfalls bedeutende Mängel konstatiert.^[32]

Verflechtungen mit der AfD, Klimaleugner-Organisationen, Denkfabriken und Foren

Über ihre Repräsentanz im Bundesfachausschuss Energie der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) hat EIKE erheblichen Einfluss auf deren Umwelt- und Energiepolitik. Mitglieder im Bundesfachausschuss sind Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE, Horst-Joachim Lüdecke, EIKE-Pressesprecher, sowie Autoren von EIKE. Vizepräsident Limburg hat sogar am Programm der AfD mitgewirkt und arbeitet auf einer Viertelstelle beim AfD-Bundestagsabgeordneten Karsten Hilde, dem klimapolitischen Sprecher der Fraktion.^[33]

Kooperationspartner von EIKE ist das neoliberale [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), dessen Vorstandsmitglied und Geschäftsführer Wolfgang Müller Generalsekretär von EIKE ist. Enge Beziehungen gibt es auch zum [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT), einem wichtigen Koordinator der internationalen Klimaleugner. EIKE-Präsident Holger Thuß hat dessen inzwischen aufgelösten Ableger CFACT Europe mitgegründet und war dessen Geschäftsführer. Weiterhin arbeitet EIKE mit der Klimaleugner-Lobbyvereinigung [Heartland Institute](#) zusammen.

Verbindungen im Einzelnen

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der AfD wirken bei EIKE mit:

- Michael Limburg, Mitglied der AfD und Stellv. Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Vizepräsident von EIKE^[34]
- Horst-Joachim Lüdecke, Mitglied der AfD und Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Pressesprecher von EIKE^[35]
- Klaus-Peter Krause, Mitglied der AfD, Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie und Stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE

Institut für Unternehmerische Freiheit

EIKE arbeitet eng mit dem [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (IUF) zusammen, das in Klima- und Energiefragen ähnliche Positionen vertritt.^[36] Mit diesem neoliberalen Netzwerk organisiert EIKE seit 2009 regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen, so die 7. Internationale Klima- und Energiekonferenz vom 10. April 2014^[37] und die 9. Internationale Klima- und Energiekonferenz vom 11. Dezember 2015.^[38]

Wolfgang Müller, Generalsekretär von EIKE, ist gleichzeitig Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (IUF). Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des IUF sind u.a. [Thomas Straubhaar](#), ehem. Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut](#) (HWWI), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) sowie [Tom G. Palmer](#) Vizepräsident des [Atlas Network](#), Direktor der Cato-Universität und Senior Fellow am [Cato Institute](#) sowie Mitglied der [Mont Pelerin Society](#).^[39]

Senior Fellow des IUF ist Steffen Hentrich, Referent für Umweltpolitik der [FDP-Bundestagsfraktion](#), der am 16.06.2009 einen Vortrag bei der 1. Berliner Klimakonferenz von EIKE hielt und wiederholt bei EIKE gepostet hat.^{[40][41]} Bis 2013 war er Blogger der Internet- und Blogzeitung [Die Freie Welt](#), die ein Teil des Vereinsnetzwerks [Zivile Koalition](#) der [AfD](#)-Politiker Beatrix und Sven von Storch ist.^[42] Hentrich ist (Mit-) Herausgeber des 2011 erschienen Buches „Realitätscheck für den Klimaschutz“. Die Hälfte des Buches hat der bekannte Klimawandelleugner [Ross McKittrick](#) verfasst. Hentrich bezweifelt eine relevante globale Erderwärmung. So schrieb er am 15. Juli 2021 auf Twitter: "...mich überzeugt der Artikel nicht. Es wird global wärmer, dadurch ändert sich das Wetter. Soweit, so gut. Aber um wieviel wärmer muss es werden, dass dieser Effekt wirkt? Global ist es in den letzten Jahren kaum wärmer geworden“.^[43]

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der Hayek-Gesellschaft wirken bei EIKE mit:

- Holger Thuß, Mitglied der Hayek-Gesellschaft, ist Präsident von EIKE
- Michael Limburg, Mitglied der Hayek-Gesellschaft, ist Vizepräsident von EIKE
- Wolfgang Müller, Mitglied der Hayek-Gesellschaft, ist Generalsekretär von EIKE

Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE sowie Mitglied der [AfD](#) und der Hayek-Gesellschaft, tritt bei regelmäßig bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft auf. Am 30. Oktober 2019 hielt er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[44] Limburg war der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler waren nicht geladen. Die Moderation übernahm [Carlos Gebauer](#), Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[45] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“^[46], am 23. Juni 2022 zum Thema "Der Green Deal der EU und das Weltklima - Wie Brandenburg mit der EU das Klima rettet“.^[47]

Vernunftkraft

EIKE macht Stimmung gegen die Windkraft als bedeutendster erneuerbarer Energiequelle, die im Wettbewerb mit fossilen Energieträgern und der Kernkraft steht.^[48] In diesem Zusammenhang wirbt EIKE für das windkraftkritische Netzwerk Vernunftkraft.^[49]

Vorsitzender von Vernunftkraft ist Nikolai Ziegler, der seit 2010 als Referent im Bundeswirtschaftsministerium (Referat „VI C 1 Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik“ in der Abteilung Digital- und Innovationspolitik) tätig ist.^[50] In einem Beitrag des WDR-Politmagazins Monitor diskreditierte er die Energiewende, verdammt den Windenergieausbau und relativierte den menschengemachten Klimawandel. Christina Fröhlich, Kassenwartin von Vernunftkraft, war [AfD](#)-Kandidatin bei der Kommunalwahl 2019 für die Gemeinde Zossen^{[51][52]}

Vernunftkraft gibt u.a. Anleitungen zu Leserbriefen und Buchempfehlungen heraus - u.a. AfD-Lektüre aus dem TvR-Verlag.^{[53][54]} Es handelt sich um das Buch „Strom ist nicht gleich Strom - Warum die Energiewende nicht gelingen kann“ von Michael Limburg (EIKE-Vizepräsident und AfD-Mitglied) und Fred F. Mueller, herausgegeben von EIKE.^[55] Fred F. Müller veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE und ist Autor der AfD-nahen Internetzeitung [freiewelt.de](#). Auch bei Autoren weiterer empfohlener Bücher handelt es sich um bekannte Klimaleugner. Der am 27. Februar 2016 veröffentlichte „Johannisberger Appell für eine vernünftige Energiepolitik“ (Impressum: Vernunftkraft) ist neben dem Vernunftkraft-Vorsitzenden Nikolai Ziegler von EIKE-Pressesprecher Horst-Joachim Lüdecke (AfD-Mitglied) und Helmut Alt, Mitglied des Fachbeirats von EIKE, unterzeichnet worden.^[56]

EIKE ist - wie Vernunftkraft - Mitglied der Europäischen Plattform gegen Windkraftanlagen.^[57]

Forum Wissenschaft und Politik

Das [FPW Forum Wissenschaft & Politik Der Metropolregion Rhein-Neckar](#) organisiert Vorträge, die von der IHK Ludwigshafen durch Bereitstellung von Räumlichkeiten und Getränken unterstützt werden. Zu den Referenten zu Energie- und Umweltfragen gehören die EIKE-Aktivisten Horst-Joachim Lüdecke, Helmut Alt und Michael Limburg.^[58] Ein weiterer Referent ist Björn Peters, Autor von EIKE^[59], Gründungsmitglied der [Nuclear Pride Coalition](#), CFO beim Kernkraft-Unternehmen [Dual Fluid](#), Bundesvorstandsmitglied und Ressortleiter Energiepolitik beim wirtschaftsliberalen Deutschen Arbeitgeberverband (DAV) und Inhaber der Unternehmens- und Politikberatung [Peters Coll](#). Peters ist von der AfD als Experte zu Anhörungen eingeladen worden^[60] und hält Vorträge bei der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag.^[61] Auf der Webseite des DVA forderte er, das Pariser Klimaschutzabkommen zu kündigen und dann neu zu verhandeln.^[62] Peters kommentiert und referiert regelmäßig bei der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#).^[63]

Im Übrigen halten beim Forum auch prominente ehemalige CDU-Politiker Vorträge wie [Roland Koch](#), Vorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), und [Günther Oettinger](#), Lobbyist und Ex-EU-Kommissar.

Committee for a Constructive Tomorrow (CFACT)

Das 2004 von EIKE-Präsident [Holger Thuß](#) gegründete und inzwischen aufgelöste CFACT Europe gehörte zum CFACT-Netzwerk, das von [CFACT](#) mit Sitz in Washington D.C. initiiert worden ist.^[64] Das von Chrysler, [Exxonmobil](#) und Chevron finanzierte US-amerikanische CFACT^{[65][66]} gilt als wichtiger Koordinator der internationalen Klimaleugnerszene. CFACT Europe war auch als Organisation Gründungsmitglied von EIKE.^[67] Laut "Monitor" war CFACT Europe unter derselben Adresse in Jena eingetragen wie EIKE.^[68] Artikel von CFACT werden bei EIKE veröffentlicht.^[69] EIKE-Präsident [Holger Thuß](#) war einer der beiden Geschäftsführer von CFACT Europe. [Wolfgang Müller](#), Generalsekretär von EIKE, ist für das CFACT Climate Change Programme verantwortlich. Das CFACT (bzw. früher dessen Ableger CFACT Europe) ist regelmäßig Mitveranstalter und Mitsponsor der von EIKE organisierten "Internationalen Klimakonferenzen".^{[70][71]} EIKE, das [Heartland Institute](#) und CFACT veranstalteten am 3. Dezember 2019 eine Konferenz unter dem Thema „Rebutting the United Nations’ Climate Delusion“.^[72]

Laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Jena (VR 230922) ist CFACT Europe am 21. Januar 2022 wegen unzulässiger Eintragung gemäß § 395 FamFG von Amts wegen gelöscht worden.

Heartland Institute

Holger Thuß, Präsident von EIKE, ist politischer Berater des [Heartland Institute](#).^[73] Heartland beteiligt sich seit Jahren an den von EIKE organisierten Internationalen Klima- und Energiekonferenzen über die Entsendung von Referenten. Beispiele sind die 12. und die 13. Klima- und Energiekonferenz jeweils mit James Taylor von Heartland als Referenten. Repräsentanten von EIKE waren ihrerseits Redner auf Konferenzen von Heartland. Am 03.12.2019 veranstalteten Heartland, EIKE und das [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT) in Madrid eine Konferenz zum Thema „Rebutting the United Nations’ Climate Delusion“.^[74] Eine entsprechende Konferenz gab es am 04.12.2018 in Kattowice mit Heartland und EIKE als Veranstaltern.^[75] Laut Heartland-Webseite arbeiten EIKE und Heartland seit mehr als einer Dekade zusammen und bringen Wissenschaftler aus der ganzen Welt zu einer zweitägigen Konferenz nach Europa, was einen enormen Niederschlag in den Medien findet.^[76]

Verbindungen zu weiteren Parteien und parteinahen Organisationen

Landesverband Thüringen des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Die Thüringer Landesfachkommissionen „Energiepolitik“ sowie „Wirtschaft und Innovation“ des [Wirtschaftsrat der CDU](#) haben Referenten von EIKE eingeladen, um Mitglieder und Gäste am 29. April 2019 auf der Wirtschaftsrat-Fachkommissionsrunde zum Thema „Klima- und Energiepolitik“ zu informieren. Als Referent wird EIKE-Pressesprecher und AfD-Mitglied Horst-Joachim Lüdecke namentlich erwähnt. Auf der Webseite des Wirtschaftsrats wird als Fazit genannt, dass die Beeinflussung von Klima und Wetter durch die Menschheit bei Betrachtung größerer Zeiträume geringer sei als häufig öffentlich dargestellt. Greta und die Schülerproteste hätten weder in der überzeugenden Präsentation nachprüfbarer wissenschaftlicher Fakten von Hans-Joachim Lüdecke, noch in der Diskussion im Anschluss eine bedeutende Rolle gespielt. Die Fakten des Vortrags stammten aus recherchierbaren Quellen weltweit. Und so fänden sich darunter offizielle Regierungsseiten ebenso wie Publikationen und Forschungseinrichtungen. Die im EIKE engagierten Wissenschaftler sammelten diese und bereiteten sie für die Öffentlichkeit auf, wie EIKE-Präsident Holger Thuß eingangs vorstellt habe. Unerwähnt bleibt, dass es sich bei Prof. Lüdecke nicht um einen renommierten Klimatologen, sondern um einen Physiker für Strömungsmechanik und pensionierten Professor für Physik, Informatik und Operations Research der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) handelt. Auch wird nicht darauf hingewiesen, dass die von EIKE vertretenen Positionen dem wissenschaftlichen Konsens widersprechen.

Quelle: ^[77]

WerteUnion in Bayern

Die „WerteUnion in Bayern - Konservativer Aufbruch“ tritt für eine Erneuerung der CSU auf christlich-konservativer und marktwirtschaftlicher Basis ein. Ihr Klima-Manifest 2020 wird wie folgt zusammengefasst: „Die Sonne steuert unser Klima, nicht das CO₂“^[78]. In dem Manifest wird der menschengemachte Klimawandel geleugnet und die Berichte des Weltklimarats (IPCC) als „willkürliche Selektion von Ergebnissen, die der Untermauerung der Klimapanik dienen“, bezeichnet. Angela Merkel habe eine Richtung eingeschlagen, die sich als Deindustrialisierungsprogramm für westliche Staaten herausstellen werde. Das Manifest ist verfasst von Bohdan Kalwarowskyi (Steuerberater, davor Leiter Steuern der Thüga AG)^[79], Christian Steidl (Dipl.-Chemiker), Thomas Jahn (Rechtsanwalt, Kreisvorsitzender der Mittelstands-Union) und

Felix Schönherr (Freelance Sales & Marketing-Experte). In der Pressemeldung vom 30. Dezember 2019 zum Manifest, über die bei EIKE ausführlich berichtet worden ist^[80], wird auch auf EIKE-Vizepräsident und AfD-Mitglied Michael Limburg verwiesen: „Sehr informativ ist auch ein Video des Gesprächs zwischen Dipl. Ing. Michael Limburg vom EIKE Institut für Klima & Energie mit Prof. Karl-Herrmann Steinberg, dem letzten Umweltminister der DDR“. ^[81] In dem Manifest werden exakt die Positionen von EIKE und der AfD zum Klimawandel und zur Klimapolitik wiedergegeben.

Berliner Kreis der CDU

Philipp Lengsfeld, CDU MdB bis 2017, Experte für Klima und Energie des Berliner Kreises der CDU^[82], kooptiertes Mitglied des Bundesvorstands der WerteUnion und Mitgründer des [re:look climate-Institut](#), würdigte 2016 auf der 10. Internationalen Klima- und Energiekonferenz das Engagement von EIKE als „Dienst an Wissenschaft und Demokratie“. ^[83]

Verbindungen zu Lobbyorganisationen

Kerntechnische Gesellschaft

Die 28. Tagung der Fachgruppe „Nutzen der Kerntechnik“ der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG) fand gemeinsam mit dem [Astroturfing](#)-Verein „Bürger für Technik e.V.“ vom 3. - 5. Oktober 2014 in Karlsruhe statt.^[84] Die drei Vorstandsmitglieder des Vereins (Ludwig Lindner, Lutz Niemann und Eckehard Göring) sind gleichzeitig Vorstandsmitglieder der genannten Fachgruppe der KTG. An der Tagung nahmen auch Mitglieder von naeb (Nationale Anti-EEG-Bewegung) und EIKE teil. Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE, sowie Helmut Alt, Mitglied des EIKE-Fachbeirats, traten als Referenten auf. Der RWE-Manager im Ruhestand Helmut Alt ist 2010 zum Ehrenmitglied der KTG ernannt worden und hält weiterhin Vorträge bei dieser Interessenvertretung der Atomwirtschaft.^{[85][86]}

Verbindungen zu Medien

Rechtslibertäres Magazin "eigentümlich frei"

Das Magazin "eigentümlich frei" erscheint im Verlag Lichtschlag Medien und Werbung KG, dessen persönlich haftender Gesellschafter [André F. Lichtschlag](#) Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und der [Property and Freedom Society](#) ist. Zu den 40 Kommanditisten des Verlags gehört lt. Eintrag im Handelsregister auch [Hans-Ulrich Kopp](#), der als rechtsextremer Aktivist gilt.^[87] Im Börseninformationsdienst [Smart Investor](#) (2/2018), dessen Chefredakteur und Geschäftsführer [Ralf Flierl](#) ist, gab es einen ausführlichen Bericht von der vierten „eigentümlich-frei-Konferenz“ in Zinnowitz.^[88] Fazit: „Erneut ist es André Lichtschlag und seinen Mitstreitern gelungen, ein durch und durch inspirierendes Wochenende zu einem aktuellen Großthema – diesmal der Mediendebatte – auf die Beine zu stellen.“ Hervorgehoben wird eine Podiumsdiskussion der Konferenz, an der Holger Thuß, Präsident und Gründer von EIKE, teilgenommen hat. Thuß äußert sich auch regelmäßig in „eigentümlich frei“ zu Klima- Energie- und Umweltfragen.^[89] Weitere Teilnehmer der Diskussionsrunde waren Roland Pimpl, Redakteur bei [HORIZONT](#), Mitgründer von „eigentümlich frei“^[90] und Referent bei Veranstaltungen der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), sowie

Florian Müller. Moderiert wurde die Veranstaltung von [Carlos Gebauer](#), Vorstandsmitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) und Referent bei Veranstaltungen der [Property and Freedom Society](#). Der "Smart Investor" propagiert die Positionen der „Österreichischen Schule“ der Volkswirtschaftslehre, die maßgeblich von [Friedrich August von Hayek](#) und [Ludwig von Mises](#) geprägt worden sind.^[91] Chefredakteur Flierl schreibt u.a. für „eigentümlich frei“ und das rechtsextreme Magazin „Compact“^{[92][93]} und moderierte beim [FORUM FREIHEIT 2021](#)

Debattenmagazin "The European"

Beim Magazin "The European", das im Verlag Weimer Media Group erscheint, werden regelmäßig Gastbeiträge von EIKE oder Beiträge, die bei EIKE veröffentlicht wurden, präsentiert. Beispiele für solche Artikel sind:

- [Ohne Kernkraft- und Kohlekraftwerke geht gar nichts](#), Originalquelle: 22.11.2021, Rüdiger Stobbe
- [Satellitendaten wecken Zweifel am menschengemachten Klimawandel](#), Originalquelle: 03.11.2021, Axel Reichmuth
- [Ozonloch bleibt: Es liegt an der Erderwärmung](#), Originalquelle: 07.07.2021, Axel Reichmuth
- [Düstere Extremwetterprognosen der Bundesregierung sind reine Pankikmache](#), Originalquelle: 24.06.2021, Ein Gastbeitrag von EIKE

EIKE-Präsident Holger Thuß ist Autor von "The European"^[94], EIKE-Vizepräsident Michael Limburg ist Interviewpartner des Magazins^[95]

European-Verleger Wolfram Weimer äußerte sich 2018 zum Thema "Klimaleugner" wie folgt:

"Mit dem Begriff „Klimaleugner“ werden von Rot-grünen seit Jahren Personen stigmatisiert, die es wagen, die Theorie vom rein menschengemachten Klimawandel in ihrem Absolutheitsanspruch zu bezweifeln. Das Wort „Klimaleugner“ soll jede offene Debatte töten, denn es weckt gezielt die Assoziation zum „Holocaustleugner“

Quelle: ^[96]

Kooperationspartner des Magazins sind u.a. die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung.^[97]

Vergleichbare europäische Klimaleugner-Organisationen

In den folgenden weiteren europäischen Ländern gibt es neoliberale Think Tanks, die - wie EIKE - den Klimawandel leugnen: Großbritannien ([Centre for Policy Studies](#), [The Global Warming Policy Foundation](#) und das [Institute of Economic Affairs](#)), Frankreich ([Institut Economique Molinari](#)), Österreich ([Austrian Economics Center](#)), Schweiz ([Liberales Institut Zürich](#)) und Spanien ([Instituto Juan de Mariana](#)).^[98]

Climate Reality Forum

Das [Climate Reality Forum](#) wird jährlich von den Klimaleugner-Organisationen EIKE, [Heartland Institute](#), [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT) und [Climate Intelligence](#) (CLINTEL) veranstaltet.

Organisationsstruktur und Personal

Leitung

- **Holger Thuß** (Präsident), Jenaer CDU-Lokalpolitiker und Verleger (Thuß & van Riesen), ehem. Stellv. Generalsekretär der Mittelstandsunion der Europäischen Volkspartei^[99]
 - Mitgründer und ehem. Geschäftsführer des inzwischen aufgelösten **CFACT Europe**, dem Ableger des US-amerikanischen **Committee for a Constructive Tomorrow** (CFACT)^[100]
 - Politischer Experte des **Heartland Institute**^[101]
 - Mitglied der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**^[102]
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
- **Michael Limburg** (Vizepräsident), Dipl.-Ing. Elektrotechnik
 - Mitglied der **Alternative für Deutschland** (Afd) und ihres Fachbeirats Energiepolitik^{[103][104]}
 - Mitglied der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft**^[105]
 - Mitglied des Politischen Beirats der **International Climate Science Coalition** (ICSC)^[106]
 - Gründungsmitglied des **Climate Exit (Clexit) Committee**^[107]
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei" und der AfD-nahen **freiewelt.net**, Interviewgeber bei „The European“^[108]
- Klaus-Eckart Puls (Pressesprecher), Dipl.-Meteorologe, ehem. Leiter der Wetterämter Essen und Leipzig
- **Horst-Joachim Lüdecke** (Pressesprecher)^[109], Physiker für Strömungsmechanik und pensionierter Professor für Physik, Informatik und Operations Research der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW), ist Mitglied der **Alternative für Deutschland** (Afd) und ihres Fachbeirats Energiepolitik^[110] sowie Referent bei Veranstaltungen des **Heartland Institute**^[111] In einem Gutachten für die AfD erzählte er von der "Großen Transformation", die auf einer ökologischen und alle Menschen der Welt gleichmachenden Theorie des Umbaus der Menschheitsgesellschaft und einer Herrschaft "weiser Experten" in einer Art Weltregierung basiere.^[112] Die „Große Transformation“ habe dem alten Kommunismus nicht viel Neues hinzugefügt, außer das neue Atout „Klimaschutz“.
- **Wolfgang Müller** (Generalsekretär)^[113], M.A. in Business Administration
 - Geschäftsführer des **Institut für Unternehmerische Freiheit**
 - Verantwortlicher für das **CFACT** Climate Change Programme^[114]
 - Beiratsmitglied der polnischen "Freedom and Entrepreneurship Foundation"^[115]
 - Mitglied der **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** und der **Mont Pelerin Society**
 - Autor der libertären Zeitschrift "eigentümlich frei"
 - ehem. Mitarbeiter der **Friedrich-Naumann-Stiftung**
 - Referent bei Veranstaltungen des **Heartland Institute** und des **CFACT**^[116]
 - Autor des **Acton Institute**^[117]

Fachbeirat

Nach eigenen Angaben trägt die enge Verbindung zwischen EIKE und führenden Wissenschaftlern entscheidend dazu bei, dass sich die Bildungsinhalte von EIKE stets an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Der Fachbereich von EIKE setze sich deshalb aus führenden Vertretern relevanter

Fachbeiräte aus aller Welt zusammen.^[118] Die nachstehende Aufstellung zeigt jedoch, dass einige Mitglieder nicht einmal einen akademischen Abschluss im Bereich Naturwissenschaften haben. Die Professoren aus dem Bereich Naturwissenschaften sind alle emeritiert. Unter den Mitgliedern befindet sich kein einziger Meteorologe oder Klimatologe, der zur Zeit an einer wissenschaftlichen Forschungseinrichtung aktiv ist. Einige Mitglieder haben Verbindungen zu wirtschaftsnahen Netzwerken. Mehrere Fachbereichsmitglieder sind auch in den Gremien weiterer Klimaleugner-Organisationen aktiv und werden deshalb von EIKE als "führende Vertreter relevanter Fachbeiräte aus aller Welt" bezeichnet, was den Eindruck von Internationalität und Seriosität vermitteln soll. Die betreffenden Organisationen werden jedoch fast ausnahmslos von der Industrie und/oder libertären Millionären/Milliardären sowie deren Stiftungen finanziert oder machen - wie EIKE - keinerlei Angaben zu ihrer Finanzierung.

Mitglieder des Fachbeirats sind:

- [Richard C. Courtney](#), verweigert nachprüfbar Angaben zu seiner akademischen Ausbildung^[119], Energieberater, Technischer Redakteur bei CoalTrans International (einer Zeitschrift der internationalen Kohleindustrie), Mitglied des „Energy and Environment Editorial Board“ der Zeitschrift "Energy and Environment"^[120] und Beiratsmitglied des [Committee for a Constructive Tomorrow](#) (CFACT).^[121]
- [Friedrich-Karl Ewert](#), em. Professor für Geotechnik an der Universität Paderborn, berät die befreundete Umweltpolitische Sprecherin der CDU, [Marie-Luise Dött](#)^{[122][123]}
- Hans Jelbring, Stockholm University, ehem. Leiter des Department of Physical Geography and Quaternary Geology^[124], „Special Advisor“ des [Independent Committee on Geoethics](#)^[125]
- Hans H.J. Labohm, Ökonom und Publizist (1987-1992 OECD-Vertreter der Niederlande) IPCC Expert Reviewer AR4 (2007), Regionaldirektor Niederlande des [Climate Exit \(Clexit\) Committee](#)^[107]
- Richard Lindzen, Atmosphärenphysiker, bis 2013 Professor für Meteorologie in der Abteilung für Erd-, Atmosphären- und Planetenwissenschaft am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Mitglied des Verwaltungsrats der CO2-Coalition, Politik-Experte des [Heartland Institute](#), Mitglied des Akademischen Beirats der [Global Warming Policy Foundation](#), ehem. Senior Fellow des [Cato Institute](#). 2006 erhielt er als Redner des Seminars „Facts for Face“ finanzielle Zuwendungen von Exxon Mobil.^{[126][127]} Seine Einkünfte als Senior Fellow beim Center for the Study of Science beim [Cato Institute](#) beliefen sich auf 25 Tsd. Dollar.^[128]
- Horst-Joachim Lüdecke (vgl. Leitung)
- Horst Malberg, em. Professor für Meteorologie und Klimatologie an der FU Berlin, ehem. Direktor des Meteorologischen Instituts der FU
- Leszek Marks, Ordinarius, Forschungs- und Lehrbeauftragter, Institut für Klimageologie, Fakultät für Geologie, Universität Warschau
- Nicola Scafetta, Geophysiker und Professor für Ozeanographie und Physik der Atmosphäre an der Universität Neapel Federico II

Quelle: ^[129]

Finanzen

Laut seiner Webseite finanziert sich das Institut über Mitgliedsbeiträge und Spenden. Die Namen der Spender werden nicht bekannt gegeben. James Taylor, Präsident des [Heartland Institute](#), behauptete 2019, EIKE verfüge über ein Budget von 200 Tsd. Euro.^[130] Auf Nachfrage nach dem Budget erklärte EIKE, dass ihr Spendenaufkommen pro Jahr deutlich unter der genannten Summe liege.

Weiterführende Informationen

- [José A. Moreno, Mira Kinn, Marta Narberhaus: A Stronghold of Climate Change Denialism in Germany: Case Study of the Output and Press Representation of the Think Tank EIKE, International Journal of Communication 16 \(2022\), 267-288](#)
- [Der Fall EIKE - So dreist tricksen Klimawandel-Vverharmloser "quarks-science-cops", 5. und 12. November 2021](#)
- [Climate change - that is not real! A comparative analysis of Climate-sceptic think-tanks in the USA and Germany 24. Januar 2021.](#) Die Studie bezieht sich auf Artikel, die bei EIKE, dem Liberalen Institut der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), dem [Cato Institute](#) und der [Heritage Foundation](#) erschienen sind
- [Susanne Götze/Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby - Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München 2020](#)
- [Klimawandelleugner, Klimaskeptiker & die Interessen von Öl-, Gas-, Kohle-, Atom- und Autokonzernen & amerikanischen Milliardären BUND August 2019](#)
- [Kohle, Kohle, Kohle - Recherche der Süddeutschen Zeitung zu gut vernetzten Lobbys und Rechtspopulisten, Dezember 2018](#)
- [Broschüre: Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel, Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013](#)
- [Dealing in Doubt The Climate Denials Machine Vs Climate Science, Greenpeace USA, September 2013](#)
- [Concealing their sources - who funds Europe's climate change deniers, Corporate Europe Observatory December 2010](#)
- [DeSmogBlog Research Datenbank zu Klimaleugner-Organisationen und ihren Akteuren](#)
- [Klimafakten.de](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Andreas Kraft: Klares Ziel: Keine Kompromisse, Frankfurter Rundschau online vom 29. 11.2010, fronline, abgerufen am 30.01.2020](#)
2. ↑ [Cordula Meyer: Lobbyisten: Wie einige US-Wissenschaftler Zweifel am Klimawandel säen, Spiegel online, 4.10.2010](#)
3. ↑ [Aktiv gegen Klimaschutz - Die Klimawandel-Leugner aus Thüringen, mdr.de vom 15.06.2024, abgerufen am 26.06.2024](#)
4. ↑ [1. Berliner Klimakonferenz, eike-klima-energie.de vom 21.06.2009, abgerufen am 27.04.2023](#)
5. ↑ [EIKE-Konferenz-in-Berlin-Das-Treffen-der-Dinosaurier-3387828.html EIKE-Konferenz in Berlin: Das Treffen der Dinosaurier, telepolis.de vom 05.12.2010](#)
6. ↑ [Klimakonferenz, archivierte Fassung von iuf-berlin.org, abgerufen am 27.04.2023](#)
7. ↑ [CFACs experts, Climate Hustle 2 film make a big impact at Heartland Climate Institute, cfact.org vom 18.10.2021, abgerufen am 27.04.2023](#)
8. ↑ [CFACT co-sponsors climate and energy conference with EIKE, cfact.org vom 09.11.2017, abgerufen am 27.04.2023](#)

9. ↑ [Unleash the Beast! Heartland Climate Conferences Return with a Vengeance](#), heartland.org vom 14.07.2021, abgerufen am 27.04.2023
10. ↑ [Tagungsbericht des Expertengesprächs vom 32. Februar 2018](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 17.08.2023
11. ↑ [Falsches und Verdrehtes zum Klima](#), tagesschau.de vom 27.09.2019, abgerufen am 18.08.2021
12. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020
13. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
14. ↑ [Board of Trustees](#), thegwpf.org, abgerufen am 07.07.2023
15. ↑ [Exclusive: Influential UK net-zero sceptics funded by US oil 'dark money'](#), opendemocracy.net vom 04.05.2022, abgerufen am 07.07.2023
16. ↑ [Einladung zur Hauptversammlung 11.04.2022 ENCAVIS AG](#), eqs-news.com, abgerufen am 01.05.2023
17. ↑ [Experte rechnet mit Energiepolitik ab](#), bild.de vom 19.02.2023, abgerufen am 24.05.2023
18. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
19. ↑ [Sorgenfall Energieende: Fallen Kosteneffizienz und Umweltschutz der Energiepolitik zum Opfer? Expertengespräch am 08.02.2019](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 19.08.2023
20. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.202, abgerufen am 18.08.2023
21. ↑ [Banken](#), finanzbusiness.de vom 29.07.2022, abgerufen am 30.04.2023
22. ↑ [Maaßen-Mitgliedschaft spaltet Hayek - Gesellschaft](#), spiegel.de vom 23.12.2020, abgerufen am 30.04.2023
23. ↑ [Frankreich und Italien machen Deutschland dienstbar](#), tichyseinblick.de vom 01.12.2021, abgerufen am 01.05.2023
24. ↑ [Umweltbundesamt - Sie erwärmt sich doch](#), umweltbundesamt.de, abgerufen am 01.05.2023
25. ↑ [14. Internationale Konferenz zum Klimawandel](#), eike-klima-energie.eu vom 18.10.2021, abgerufen am 01.05.2023
26. ↑ [EIKE, Webseite EIKE](#), abgerufen am 23.10.2015
27. ↑ [Und sie erwärmt sich doch Was steckt hinter der Debatte um den Klimawandel](#), Hrsg. Umweltbundesamt, 1. Aufl. 2013, S. 110
28. ↑ [Kommentar von Gabor Paal im SWR2 Journal am Morgen vom 29. 11. 2010, Webseite SWR](#), abgerufen am 22.10.2015
29. ↑ [Jeanne Rubner: Wir brauchen keine Klimaforscher](#), Süddeutsche Zeitung online vom 31.03.2010, Webseite abgerufen am 22.10.2015
30. ↑ [Grundsatzpapier Klima](#) www.eike-klima-energie.eu, abgerufen am 02.08.2023
31. ↑ [Wichtige Mitteilung an unsere Unterstützer](#), eike-klima-energie.eu vom 02.03.2022, abgerufen am 15.10.2022
32. ↑ [Dokumentation Zu ausgewählten klimawandelskeptischen Publikationen 2019](#), bundestag.de, abgerufen am 17.10.2022
33. ↑ [Das Netzwerk der Klimaleugner](#), Tagesspiegel.de vom 26.02.2019, abgerufen am 13.10.2019
34. ↑ [AfD Klimapolitik „Auch hier bitte klare Kante“](#), eike-klima-energie.eu vom 27.01.2014, abgerufen am 06.12.2018
35. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
36. ↑ [Dr. Michael von Prollius](#), iuf-berlin.com vom 05.07.2019, abgerufen am 08.10.2019
37. ↑ [Programm der 7. Internationalen Klima- und Energiekonferenz auf der Webseite des EIKE](#), abgerufen am 30.01.2020
38. ↑ [Programm der 9. Internationalen Klima- und Energiekonferenz auf der Webseite des EIKE](#), abgerufen am 30.01.2020
39. ↑ [Academic Advisors](#), iuf-berlin.com, abgerufen am 14.10.2017

40. ↑ [1. Berliner Klimakonferenz - gegen den Mainstream - erfolgreich abgeschlossen!](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
41. ↑ [Steffen Hentrich](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 26.04.2023
42. ↑ [Steffen Hentrich](#), freiewelt.net, abgerufen am 26.04.2023
43. ↑ [ZDF-Sendung "Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 25. April 2023"](#)
44. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 08.10.2019
45. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 224.04.2010, abgerufen am 08.10.2019
46. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 09.10.2019
47. ↑ [Hayek-Club Berlin](#), hayek.de vom 23.06.2022, abgerufen am 09.08.2022
48. ↑ [Fakten und Quellen zu Windrädern](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 15.10.2019
49. ↑ [Vernunftkraft](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 15.10.2019
50. ↑ [Windkraft-Opponent im eigenen Haus](#), energie- und management.de vom 02.09.2019, kostenpflichtig abgerufen am 13.11.2019
51. ↑ [Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2019](#), afd-tf.de, abgerufen am 20.10.2019
52. ↑ [Eintrag der Bundesinitiative Vernunftkraftwerk e.V. beim Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg](#), Abruf vom 20.10.2019
53. ↑ [Der Geist der Trump-Milliardäre im Ländle Blog der Freitag Community](#), freitag.de vom 26.08.2018, abgerufen am 15.10.2019
54. ↑ [Erfolgreiche Proteste gegen die Windkraft](#), Tagesspiegel.de, abgerufen am 15.10.2019
55. ↑ [Lesen bildet](#), Vernunftkraft.de, abgerufen am 15.10.2019.
56. ↑ [Johannisberges Appell](#), Vernunftkraft.de, abgerufen am 20.10.2019
57. ↑ [European Platform Against Windfarms](#), epaw.org, abgerufen am 01.01.2020
58. ↑ [\[Veranstaltungen\]](#), f-w-p.eu, abgerufen am 06.10.2022
59. ↑ [\[Stromausfall nach Dunkelflaute?](#), eike-klima-energie.eu vom 26.02.2017, abgerufen am 07.10.2022
60. ↑ [Die Renaissance der Atomlobby](#), SPIEGEL 23/1/2020, susannegoetze.de, abgerufen am 06.10.2022
61. ↑ [Naturschutz als Staatsziel und die Kosequenzen für den Gesetzgeber](#), afdbundestag.de, abgerufen am 06.10.2022
62. ↑ [Gekündigte Klimaabkommen](#), deutscherarbeitgeberverband.de vom 05.06.2017, abgerufen am 06.10.2022
63. ↑ [Info-Blog](#), vernunftkraft-hessen.de, abgerufen am 08.10.2022
64. ↑ [CFACT EUROPE](#), cfact.eu, abgerufen am 16.10.2022
65. ↑ [Anita Blasberg und Kerstin Kohlenberg: Die Klimakrieger](#), ZEIT online vom 22. November 2012, Webseite abgerufen am 14. 10. 2015
66. ↑ [Jeanne Rubner: Wir brauchen keine Klimaforscher](#), Süddeutsche Zeitung online vom 31. März 2010, Webseite abgerufen am 22. 10. 2015
67. ↑ [The Solar Cycle, Climate, Carbon and Crop Yields: EIKE Berlin](#),cfact.org vom 19.04.2009, abgerufen am 16.10.2022
68. ↑ [Die Öl-Industrie und das Institut Eike](#), erneuerbareenergien.de, abgerufen am 08.12.2018
69. ↑ [Artikel von Cfact](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 08.12.2018
70. ↑ [2. Internationale Klimakonferenz](#), Webseite EIKE, abgerufen am 23. 10. 2015
71. ↑ [CFACT cosponsors international climate conference, 10. November 2010](#), Webseite CFACT, abgerufen am 24. 10. 2015
72. ↑ [Watch the Program from Start to Finish](#), climaterealityforum.com, abgerufen am 09.01.2020
73. ↑ [About Us Policy Experts](#), heartland.org, abgerufen am 20.01.2020
74. ↑ [Watch the Program from Start to Finish](#), climaterealityforum.com, abgerufen am 09.01.2020
75. ↑ [Presseerklärung vom 15.11.2018](#), abgerufen am 23.01.2020

76. ↑ [With a Vengeance](#), heartland.org vom 14.07.2021, abgerufen am 16.10.2022
77. ↑ [Zur Klimadiskussion breite Faktenbasis heranziehen](#), wirtschaftsrat.de vom 30.04.2019
78. ↑ [Klima-Manifest 2020](#), konservativer-aufbruch.bayern, abgerufen am 08.02.2020
79. ↑ [Profil](#), de.linkedin.com, abgerufen am 08.02.2020
80. ↑ [Pressemeldung Werteunion in Bayern](#), eike-klima-energie.eu vom 02.01.2020, abgerufen am 08.02.2020
81. ↑ [Pressemeldung vom 30. Dezember 2019](#), konservativer-aufbruch.bayern, abgerufen vom 08.02.2020
82. ↑ [Klima und Energie](#), berliner-kreis.info, abgerufen am 19.02.2021
83. ↑ [Philipp Lengsfeld MdB \(CDU\) würdigt Engagement des Europäischen Instituts für Klima und Energie](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 19.02.2021
84. ↑ [Berichte der Fachgruppen Tätigkeitsbericht 2014](#), ktg.org, abgerufen am 04.02.2020
85. ↑ [Ehrenmitglieder der KTG](#), ktg.org, abgerufen am 05.01.2010
86. ↑ [7. Energietechnisches Kolloquium VDI-KTG 21.05.2019](#), ktg.org, abgerufen am 05.02.2020
87. ↑ [Heimatreue Netzwerke im tiefbraunen Sumpf](#), fr.de vom 09.12.2019, abgerufen am 08.08.2022
88. ↑ [Smart Investor 2/2018](#), abgerufen am 06.08.2022
89. ↑ [Autoren](#), ef-magazin.de, abgerufen am 07.08.2022
90. ↑ [Der Marsch zum rechten Rand](#), medienkorrespondenz.de vom 01.10.2019, abgerufen am 07.08.2020
91. ↑ [Netzwerk mit Beiwerk](#), tagesspiegel.de vom 03.11.2020, abgerufen am 06.08.2021
92. ↑ [COMPACT-SPEZIAL 26: WELT WIRTSCHAFT. KRISEN](#), lesejury.de, abgerufen am 07.08.2022
93. ↑ [Gesichert extremistisch](#), tagesschau.de vom 10.12.2021, abgerufen am 09.08.2022
94. ↑ [Holger Thuss](#), theeuropean.de, abgerufen am 14.10.2022
95. ↑ [Interview mit Michael Limburg](#), theeuropean.de vom 10.03.2019, abgerufen am 29.04.2023
96. ↑ [Das „Speech Mainstreaming“ der Linken](#), theeuropean.de vom 22.07.2018, abgerufen am 10.10.2022
97. ↑ [https://www.theeuropean.de Home](https://www.theeuropean.de), theeuropean.de, abgerufen am 29.04.2023
98. ↑ [European climate contrarian Think Tanks share neoliberal ideology and US rhetoric](#), thinktanknetworkresearch.net vom 14.10.2020, abgerufen am 12.04.2020
99. ↑ [Foreword Annual Report 2003 SME Union](#), kloeckler.at, abgerufen am 09.01.2020
100. ↑ [CEFACT Europe President in the Media](#), cfact.org vom 19.08.2010, abgerufen über archive.org am 30.01.2020
101. ↑ [About Us Policy Experts](#), heartland.org, abgerufen am 15.12.208
102. ↑ [Unterzeichner der Erklärung zur Hayek-Gesellschaft vom 24. Juli 2015](#)
103. ↑ [Malte Kreuzfeld: Energieausschuss der AfD, taz.de vom 27. 9. 2013](#), abgerufen am 23. 10. 2015
104. ↑ [Energiepolitisches Manifest, 30.01.2014, Webseite EIKE](#), abgerufen am 24.10.2015
105. ↑ [Unterzeichner der Erklärung zur Hayek-Gesellschaft vom 24. Juli 2015](#)
106. ↑ [ISC Political Advisory Board](#), climatesciendeinternational.org, abgerufen am 10.12.2018
107. ↑ ^{107,0107,1} [Clexit Members](#), clexit.net, abgerufen am 14.12.2018
108. ↑ [Wir können uns auf diese Stromerzeuger überhaupt nicht verlassen](#), theeuropean.de vom 10.03.2019
109. ↑ [Profil](#), horstjoachimluedecke.de, abgerufen am 15.10.2019
110. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
111. ↑ [Press Release vom 15.11.2018](#), Heartland.org, abgerufen am 12.10.2019
112. ↑ [Gutachterliche Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.02.2019](#), bundestag.de, abgerufen am 06.10.2022

113. ↑ [Press Release: Heartland Institute to present latest climate Science in Poland](#), heartland.org vom 15.11.2018, abgerufen am 08.12.2018
114. ↑ [Meet the skeptics at CFACT`s COP16 press conference Monckton, Spencer & Rothbard on Climate Science & Policy December 9, 2010](#), Website cfact, abgerufen über archive.org am 30.01.2020
115. ↑ [Advisory Board](#), fundacjawip.org, abgerufen am 09.12.2018
116. ↑ [Heartland Institute, CFACT announce Energy Panel Speakers for „Day of Examining Data“ at COP-21](#), heartland.org vom 24.11. 2015, abgerufen am 12.10.2017
117. ↑ [Profil](#), acton.org, abgerufen am 27.01.2020
118. ↑ [Fachbeirat](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 11.10.2019
119. ↑ [On the astounding DipPhil Courtney](#), rabett.blogspot.com vom 03.02.2008, abgerufen am 16.10.2019
120. ↑ [Energy and Environment](#), multi-science.co, abgerufen am 11.10.2019
121. ↑ [Profil](#), CFACT.org, abgerufen am 19.02.2021
122. ↑ [Die Gehilfen des Zweifels](#), zeit.de vom 25.11.2010, abgerufen am 14.10.2019
123. ↑ [Unionsfraktion distanziert sich von Sprecherin](#), tagesspiegel.de vom 18.09.2010, abgerufen am 14.10.2019
124. ↑ [Profil](#), researchgate.net, abgerufen am 11.10.2019
125. ↑ [Membership](#), geotech.com, abgerufen am 11.10.2019
126. ↑ [How Oil Giant Exxon Bought Influence Over the Swedish Moderate Party](#), desmog.com vom 26.06.2024, abgerufen am 11.01.2025
127. ↑ [Facts or Faith](#), timbro.se, abgerufen am 11.01.2024
128. ↑ [Richard Lindzen](#), desmog.com, abgerufen am 11.01.2024
129. ↑ [Webseite EIKE - Fachbeirat](#) abgerufen am 02.12.2024
130. ↑ [die Heartland Lobby](#), correctiv.org vom 04.02.2020, abgerufen am 10.10.2022<nowiki>

Katherina Reiche

Katherina Reiche (*16. Juli 1973 in Luckenwalde), seit dem 6. Mai 2025 Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, war davor Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, die - wie ihre Muttergesellschaft [E.ON](#) - auch im Bereich Gas und Gasnetze tätig ist.^[1] Christina Deckwirth von LobbyControl bezeichnet Reiche als Sprachrohr der Konzernlobby.^[2] Sie setzt sich regelmäßig für die Interessen der Gaswirtschaft ein.

Vor ihrem Wechsel in die Wirtschaft war sie CDU-Politikerin sowie Parlamentarische Staatssekretärin (beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur).

Von 2015 bis 2019 betätigte sie sich beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU) als Hauptgeschäftsführerin.

Wie [Friedrich Merz](#), [Carsten Linnemann](#) und [Jens Spahn](#) ist sie Mitglied im wirtschaftsliberalen Netzwerk [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), dem Unternehmer:innen/Manager:innen, Vertreter:innen von Wirtschaftsverbänden und Politiker:innen angehören.

Bis zu ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Wirtschaft und Energie war Reiche außerdem Vorsitzende der Landesfachkommission Energie und Nachhaltigkeit des Landesverbandes NRW des einflussreichen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#), dem auch Westenergie angehört.

Ihre Berater:innen Veronika Grimm, [Justus Haucap](#), Stefan Kolev und Volker Wieland gehören der [Ludwig-Erhard-Stiftung/Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) an und sind eng mit lobbynahen Organisationen vernetzt. Grimm, Haucap und Kolev sind Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Berater:innen	45
1.1 Wirtschaftsliberale Professor:innen	45
1.2 PR-Agenturen	46
1.3 Professionelle Berater:innen	46
2 Pressesprecherin Carboni	47
3 Kein Treffen mit Umweltverbänden	47
4 Auffallende Ähnlichkeiten zwischen einem Reiche-Papier zur Energiewende und Lobbyforderungen	48
5 Einflussnahme von Big Tech auf geplante Novelle des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG)	48
6 Einsatz für die Gaswirtschaft	49
7 Einsatz für „Small Modular Reactors“ (SMR)	50
8 Keine Kommunikation einer Studie zu positiven Effekten erneuerbarer Energien	51
9 Mitwirkung an der Reform des Heizungsgesetzes	51
10 Teilnahme an Konferenzen	52
10.1 CERAWEEK in Houston/Texas	52
10.2 Treffen atomfreundlicher Staaten	52
11 Karriere	52
12 Verbindungen zur Wirtschaft	53
12.1 Wirtschaftsrat	53
12.2 Westenergie AG	53
12.3 Landesverband NRW des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft	53
12.4 Aufgegebene Aufsichtsratsmandate	53
13 Sonstige Verbindungen/Netzwerke	53
14 Lebensgefährte Karl-Theodor zu Guttenberg	54
15 Weiterführende Informationen	54
16 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	54
17 Einzelnachweise	54

Berater:innen

Wirtschaftsliberale Professor:innen

Zur wirtschaftspolitischen Beratung und für eine wissenschaftlich fundierte Unterstützung der Ministerin und des Bundeswirtschaftsministeriums zu Fragen der Marktwirtschaft und Ordnungspolitik hat Reiche einen Beraterkreis einberufen, dem die folgenden Professor:innen angehören: Veronika Grimm, [Justus Haucap](#), Stefan Kolev und Volker Wieland.^[3]

Grimm, Haucap und Kolev sitzen im Wissenschaftlichen Beirat der einflussreichen Lobbyorganisation [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Vizepräsident Merz bis Ende 2021 war.^[4]

Grimm, Haucap und Wieland sind - wie Katherina Reiche, [Friedrich Merz](#) und [Carsten Linnemann](#) - Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), einem Netzwerk, das Lobbyisten, Spitzenpolitiker und wirtschaftsnahe Wissenschaftler zusammenbringt.^[5] Kolev ist Wissenschaftlicher Leiter des "Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft" der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#).

Haucap und Wieland sind weiterhin Mitglieder des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#).^[6]

Kolev ist Mitglied der folgenden weiteren Organisationen: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft \(ASM\)](#), [Mont Pelerin Society \(MPS\)](#), Netzwerk [NOUS](#), [Walter Eucken Institut](#).^[7]

Veronika Grimm ist Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung \(SVR\)](#). Ihre Mitgliedschaft im Aufsichtsrat von Siemens Energy, für die sie eine Jahresvergütung von mindestens 120 Tsd. Euro erhält, ist auf Kritik gestoßen, weil in dieser Konstellation mögliche Interessenkonflikte bestehen.^{[8][9]} LobbyControl kommentierte: „Wer die Bundesregierung in gesamtwirtschaftlichen Fragen berät, sollte nicht von einem Großunternehmen bezahlt werden und in dessen Gremien sitzen.“^[10] Grimm ist weiterhin Mitglied in mehreren weiteren energiepolitischen Beratungsgremien der Bundesregierung, darunter im [Nationalen Wasserstoffrat](#) der Bundesregierung und in der Expertenkommission zum Monitoringprozess „Energie der Zukunft“ beim Wirtschaftsministerium.^[11] Außerdem ist sie Mitglied des Vorstands des [Zentrum Wasserstoff.Bayern \(H2.B\)](#). 2024 hat Grimm beim Verwaltungsgericht Wiesbaden Klage gegen einen neuen Verhaltenskodex des SVR erhoben, der Transparenzvorgaben und die Offenlegung möglicher Interessenkonflikte regeln soll, um dessen Unabhängigkeit zu schützen.^[12] Wolfgang Steiger, Generalsekretär der Lobbyorganisation [Wirtschaftsrat der CDU](#), forderte am 22.02.2024: „Veronika Grimm muss als Verfechterin der Sozialen Marktwirtschaft im Sachverständigenrat unbedingt erhalten bleiben.“^[13] Der Wirtschaftsrat beruft sich auf Studien von Grimm^[14] und lädt sie auf Veranstaltungen als Rednerin ein.^[15] Bei der Gemeinsamen Wirtschaftskonferenz der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion \(MIT\)](#) und der CDU am 23. Januar 2024 war Merz Impulsgeber und Grimm Podiumsgast.^[16]

PR-Agenturen

Es ist nicht unüblich, dass Ministerien sich von externen Unternehmen beraten lassen. So auch Katherina Reiche. Seit Februar 2026 wird ihre und die Öffentlichkeitsarbeit des Wirtschaftsministeriums durch zwei Kommunikationsagenturen unterstützt.^{[17][18]}

Bei den beiden PR-Agenturen, die für bis zu 12 Millionen Euro von Katherina Reiche beschäftigt werden^[19], handelt es sich um FGS Global und Scholz & Friends. Letztere ist eine bekannte Medienagentur, die auch den damaligen Wirtschaftsminister Robert Habeck in der 20. Legislaturperiode beraten hat. Scholz & Friends war auch maßgeblich an der „[Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)“ für die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie beteiligt.

Die Kommunikationsberatung FGS Global – eine Lobbyagentur^[20] – gehört seit Sommer 2024 der Beteiligungsgesellschaft KKR^[21] und so einem der größten Investoren in fossile Brennstoffe im Private-Equity-Bereich^[22]. Bevor KKR für 775 Millionen Dollar zum Hauptanteilseigner bei FGS Global wurde, war der Vermögensverwalter größter Anteilseigner beim Axel-Springer-Verlag, der zu der Zeit eine Kampagne gegen Wärmepumpen und Grünen-Minister Habeck führte.

Professionelle Berater:innen

Am 31.03.2026 hat das Ministerium eine „Rahmenvereinbarung Strategische Top-Management-Beratung für die Behördenleitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE)“ veröffentlicht.^[23] Gegenstand des Auftrags ist die strategische Beratung der Hausleitung zur organisations- und steuerungsbezogenen Weiterentwicklung ministerieller Strukturen und Entscheidungsprozesse. Davon sind insbesondere folgende Aspekte des operativen Verwaltungshandelns betroffen: Organisationsgestaltung und -entwicklung, Prozesssteuerung und -management, Ressourcenallokation und Effizienzgewinne, Wirtschaftspolitische Vorhabenplanung und -umsetzung (national, europäisch, international).

Laut Spiegel gehen die Aufgaben dabei über klassische Beratungs-Leistungen hinaus^[24]. Die beauftragten Berater*innen sollen demnach, entgegen der Behauptung des BMWE, auch Tätigkeiten übernehmen, die zu den Kernkompetenzen des Wirtschaftsministeriums gehören. Dass ganze Arbeitspakete übertragen an Externe würden, sei fragwürdig, so ein BMWE-Mitarbeiter.

LobbyControl hat hierzu in einer Pressemitteilung vom 03.04.2026 wie folgt Stellung genommen: „Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche möchte Kernbereiche des Wirtschaftsministeriums an externe Berater auslagern. Dieser Vorstoß ist absolut inakzeptabel. Externe Berater arbeiten für eine Vielzahl von Kunden und sind häufig selbst als Lobbyisten tätig. Außerdem sind sie nicht ebenso rechenschaftspflichtig und weisungsgebunden wie Ministerialbeamte und -beamtinnen. Das ist ein Ausverkauf demokratischer Politik an Unternehmen und kommt einer Arbeitsverweigerung von Frau Reiche gleich. Mit ihrem Handeln beschädigt sie das Amt der Wirtschaftsministerin. Wenn sie die interne Expertise in ihrem Ministerium nicht für ausreichend hält, muss sie diese Expertise durch gute Personalpolitik herstellen. Allerdings stellt sich die Frage, ob es wirklich an Expertise im Ministerium mangelt oder es vielmehr um internen Widerstand gegen Reiches Kurs geht, der vor allem die Interessen der fossilen Lobby und der Konzerne RWE und Eon zu bedienen scheint.“

Die Kosten für den Auftrag sollen sich auf mindestens zwei Mio. Euro belaufen.^[25] Im Koalitionsvertrag hatten sich die Regierungsparteien dazu verpflichtet, Ausgaben für externe Beratung zu reduzieren^[24].

Pressesprecherin Carboni

Christine Carboni, zuvor Geschäftsführerin des [Wirtschaftsrats](#) der CDU, ist seit Mai 2026 Pressesprecherin von Reiche.^[26] Davor war sie im Team Merz bei der vergangenen Bundestagswahl als seine Wahlkampfmanagerin aktiv. Im September 2024 hielt sie bei einer internationalen Kampagnenkonferenz von Rechtspopulisten einen Vortrag.^{[27][28]}

Kein Treffen mit Umweltverbänden

Reiche sucht die Nähe von Energiekonzernen und beendet die Kontakte zu Umweltverbänden. Seit ihrem Amtsantritt hat sich Reiche nach einem Bericht der Zeitungen der Funke Mediengruppe kein einziges Mal mit Vertretern von Naturschutzverbänden oder des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) getroffen.^[29] Der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH) erklärte laut Bericht, unabhängig von der Parteifarbe habe es in der Vergangenheit immer einen Austausch der Ministeriumsleitung mit den

Umweltverbänden gegeben: „Es gab auch immer die Bereitschaft, sich Argumente anzuhören – aber das passiert unter dieser Hausleitung nur sehr eingeschränkt“. Dagegen hat es regelmäßige Kontakte mit der Energiewirtschaft gegeben. Ein Ministeriumssprecher habe mitgeteilt: : „Die Bundesministerin für Wirtschaft und Energie hat sich seit Beginn ihrer Amtszeit mit Vertreterinnen und Vertreter von EnBW, RWE, EON und Leag im Rahmen von bilateralen Gesprächen, Roundtables, Unternehmensbesuchen und weiteren Öffentlichkeitsveranstaltungen getroffen.“^[30]

Auffallende Ähnlichkeiten zwischen einem Reiche-Papier zur Energiewende und Lobbyforderungen

Laut TABLE BRIEFINGS weist das [Zehn-Punkte-Papier zur Energiewende](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE), das Katharina Reiche zusammen mit dem [Monitoringbericht des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln](#) vorgestellt hat, erstaunliche Ähnlichkeiten zu Forderungen eines [Gemeinsamen Positionspapiers von RWE und E.ON](#) auf.^[31] Das BMWE-Papier habe sich stark an den Forderungen aus der Industrie orientiert, was u.a. am folgenden Beispiel illustriert wird: „RWE und Eon fordern, die 'Erneuerbaren-Ausbauziele' sollten 'kritisch überprüft werden'. Im BMWE-Papier heißt es, die 'Ausbauptide für erneuerbare Energien' sollten sich 'an realistischen Strombedarfsszenarien orientieren'. Der Monitoring-Bericht stellt dagegen fest: 'Selbst bei unterstellter geringerer Geschwindigkeit des Anstiegs des Brutto-Stromverbrauchs bleibt ein hohes Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren zur Erreichung klimapolitischer Ziele notwendig.'“ Auch viele weitere Formulierungen des BMWE-Papiers erschienen denen des RWE/Eon-Papiers ähnlich.

Die BMWE-Forderungen, die teilweise im Widerspruch zu den Aussagen des Monitoring-Berichts selbst gestanden hätten, seien laut TABLE BRIEFINGS ganz überwiegend von einem kleinen Kreis enger Mitarbeiter: innen der Ministerin erstellt worden. Die zuständigen Fachabteilungen des Ministeriums seien dagegen ganz überwiegend nicht eingebunden worden.

Die Änderungen des Monitoring-Berichts durch das BMWE sind von Greenpeace dokumentiert worden.^[32] Der [Vergleich zwischen der Originalfassung von August 2025 und der wenige Wochen später veröffentlichten Version des Gutachtens](#) zeige subtile inhaltliche Eingriffe, die weit über redaktionelle Änderungen hinausgehen: „Kritische Aussagen zu Gaskraftwerken, Versorgungssicherheit, Investitionsrisiken, sozialen Kosten und regulatorischen Versäumnissen wurden abgeschwächt oder umformuliert. Analysen, die das Institut für notwendig erachtet, werden in der geänderten Version des Ministeriums zu optionalen Handlungsempfehlungen. Aussagen zu den Kosten der Energiewende wurden unzulässig überhöht, um Katherina Reiches 10-Punkte-Plan plausibler erscheinen zu lassen.“^[33] So würden nicht nur Parlament und Öffentlichkeit in die Irre geführt – es drohe auch ein energiepolitischer Kurs, der auf geschönten Informationen beruhe.

Einflussnahme von Big Tech auf geplante Novelle des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG)

Nach Recherchen von LobbyControl und Campact ist die vom Bundeswirtschaftsministerium geplante Novelle des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) maßgeblich von Microsoft, Google und Co. beeinflusst worden.^[34] Dies habe ein Vergleich des geleakten Referentenentwurfs vom Dezember 2025 mit Lobbypapieren großer Tech-Konzerne ergeben. Betroffen seien vor allem die Passagen, in denen es um Mindestwerte für Abwärmenutzung in Rechenzentren gehe. Einige Vorschläge bzw. Formulierungen des Ministeriums fänden sich auch in Papieren von Microsoft, German Datacenter Association, Bitcom, eco und dem

Rechenzentrumsbetreiber Vantage Data Centers. Christina Deckwirth von LobbyControl warnt: Wenn Katherina Reiche das Energieeffizienzgesetz auf Geheiß von Microsoft und Google aushöhlt, „agiert sie erneut als Sprachrohr der Konzernlobby. Das verschärft die gefährliche Abhängigkeit von US-Techkonzernen.“ Schon im Koalitionsvertrag habe Google per E-Mail an die Verhandler erreicht, dass eine Passage zur netzorientierten Ansiedlung von Rechenzentren gestrichen worden sei.

Einsatz für die Gaswirtschaft

Reiche fordert die Abschaffung eines angeblich de facto bestehenden Betriebsverbots für Gasthermen, die vor 1991 eingebaut wurden, und den Bau neuer Gaskraftwerke zur Abfederung sogenannter Dunkelflauten.^[35] Robert Zurawski, Deutschlandchef von Vattenfall, kritisiert, dass Batteriespeicher nur eine Nebenrolle spielen: „Speichern gehört die Zukunft. Gaskraftwerke können aber nur erzeugen - das ist die alte Welt. Nach meiner Einschätzung muss sich die Bundesregierung das Gesamtkonzept noch einmal anschauen.“^[36] ntv stellt in diesem Zusammenhang die Frage: „Ist die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche der verlängerte Arm der Gaslobby im Bundeskabinett?“^[37] Reiche war zuvor Vorstandsvorsitzende der Westenergie, die auch Interessen im Bereich Gas und Gasnetze hat.^[38]

In einem Interview behauptete Reiche: „Es muß Schluss sein mit dem Zwang zur Wärmepumpe.“^[39] Hierzu stellt die Süddeutsche Zeitung richtig: „In Deutschland gibt es keinen Zwang zur Wärmepumpe. Wohl aber gibt es wie in vielen anderen Ländern Bedingungen, die für neu eingebaute Heizungen gelten. So müssen diese zu bestimmten Fristen zu 65 Prozent klimafreundlich sein. Die Wärmepumpe erfüllt diese Bedingungen, auch die Fernwärme, hybride Heizungen und selbst Gasheizungen, wenn sie theoretisch Wasserstoff nutzen können. All das ist im Gebäudeenergiegesetz (GEG) geregelt.“^[40]

Die Studie [Untersuchung der beihilferechtlichen Genehmigungsfähigkeit der von der Bundesregierung geplanten Förderung neuer Gaskraftwerke](#) der Kanzlei [K&L Gates](#) im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe kommt zum Ergebnis, dass die geplanten Back-up-Kraftwerke im Umfang von 20 Gigawatt (GW) Leistung nicht mit dem EU-Beihilferecht vereinbar sind.^[41] So heißt es in der Studie: „Die Notwendigkeit für 20 GW zusätzliche Leistung nur durch Gaskraftwerke ist nach aktuellem Stand nicht ausreichend belegt, da technologieoffen auch alternative Ansätze (z. B. Großbatteriespeicher sowie andere Formen der Flexibilisierung, Lastmanagement, grenzüberschreitende Kapazitäten oder eine Absicherungspflicht) berücksichtigt werden müssen.“ Auch dürften „keine Anreize für eine Energieerzeugung geschaffen werden, durch die weniger umweltschädliche Energieformen verdrängt werden.“

Eine nachhaltige Klimaschutzwirkung kann laut Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit nur mit grünem Wasserstoff erzielt werden.^[42] Gleichwohl will Reiche grünen Wasserstoff nicht länger bevorzugen. Laut einem neuen Gesetzentwurf soll künftig jede Form von Wasserstoff gefördert werden, auch solcher, der mit fossilen Quellen produziert wird.^[43]

Laut einer Spiegel-Recherche forderte Wirtschaftsministerin Katherina Reiche den Gaskonzern EnBW auf, ihr Argumente zur Kraftwerksstrategie zu liefern.^[44] Die Lobbyarbeit zielte offenbar darauf ab, Gaskraftwerke gegenüber Batteriespeichern zu favorisieren.

Noch am 24. Januar 2024 diskutierte Reiche als CEO von Westenergie beim Energiegipfel 2024 des Handelsblatts zum Thema „Wasserstoff-Check: Hochtrabende Pläne - was wurde daraus?“ mit einem Vorstandsmitglied von Siemens Energy und dem Hauptgeschäftsführer der Verbands en2x, der auch die Interessen der Wasserstoffwirtschaft vertritt.^[45] Die Verteilnetztöchter Westnetz von Westenergie betreibt die Gasnetze unterschiedlicher Unternehmen wie Stadtwerke oder Industrieunternehmen.

Bereits am 28. April 2025 hat LobbyControl gewarnt: „Mit Frau Reiche wird eine Energieunternehmerin zur Energieministerin gemacht. Sie wird sich in ihrer neuer Position kaum aus allen Entscheidungen zurückhalten können, die ihren jetzigen Arbeitgeber betreffen. Es ist höchst fraglich, ob Reiche die nötige kritische Distanz und Unabhängigkeit zur Energiewirtschaft einhalten kann, um ausgewogen zu entscheiden. Das gilt besonders für die im Koalitionsvertrag angekündigte Reform des Gebäude-Energiegesetzes. Der Lobbyverband VKU – Reiches langjähriger Arbeitgeber – war stark daran beteiligt, das sogenannte Heizungsgesetz zu verwässern – vor allem zugunsten großer Gaskonzerne.“ ^[46]

Einsatz für „Small Modular Reactors“ (SMR)

Anfang Februar 2026 erklärte Reiche bei einer Veranstaltung der BMW Foundation: „Wir sehen uns nicht nur Speicher und erneuerbare Energien an, sondern auch SMRs“.^[47] Reiche und Karel Havlíček, Tschechiens Minister für Industrie und Handel, erklärten am 5. Februar 2026 bei einem Treffen in Berlin, Tschechien und Deutschland könnten künftig im Bereich kleiner modularer Reaktoren (SMR) zusammenarbeiten.^[48] Tschechien plant in Tuschmitz (Tušimice), nahe der sächsischen Grenze, einen Mini-Reaktor mit neuartiger SMR-Technologie.^[49]

Nach Auffassung der EU-Kommission sind die Hauptvorteile von SMRs: „SMRs sind sowohl in der Größe als auch in der Leistung im Vergleich zu herkömmlichen Kernreaktoren kleiner. Dank ihres modularen Aufbaus können sie entweder vollständig in einer Fabrik gebaut und dann zu ihrem Betriebsstandort transportiert oder vor Ort aus Komponenten montiert werden, die an einem anderen Standort hergestellt werden [...] Sie können dazu beitragen, ein flexibles, sicheres und effizientes Energiesystem zu unterstützen und gleichzeitig einen wachsenden Anteil an sauberem Strom zu integrieren [...] Die Einführung und der Betrieb der ersten SMR in Europa könnten bereits Anfang der 2030er Jahre erfolgen. Der Erfolg dieser Projekte hängt vom Zugang zu Kapital, von behördlichen Genehmigungen, von der Entwicklung starker Lieferketten sowie von den erforderlichen personellen Ressourcen ab.“^[50] Die [Industrieallianz für SMRs](#) plant, die Entwicklung, Demonstration und den Einsatz von SMRs in Europa bis Anfang der 2030er Jahre zu erleichtern und zu beschleunigen.^[51] Nach Angaben von Siemens Energy produzieren auch SMRs Atommüll: „Die Menge und Art des Abfalls kann jedoch je nach spezifischem Design und Technologie des SMR variieren. Die Frage, ob SMRs weniger, ähnlich oder mehr Atommüll als herkömmliche Reaktoren produzieren, kann heute noch nicht abschließend beantwortet werden – dafür müssten erst mehrere dieser Reaktoren gebaut und betrieben werden.“^[52] Die [Europäische Industrieallianz für SMRs](#), der Siemens Energy Global angehört, plant, die Entwicklung, Demonstration und den Einsatz von SMRs in Europa bis Anfang der 2030er Jahre zu erleichtern und zu beschleunigen. Die BMW-Tochter Rolls Royce und Siemens Energy wollen zu den ersten gehören, die ein SMR in Betrieb nehmen.^[53] Bei der Siemens Energy AG, die sich auf dem Markt für SMRs betätigen will, sitzt die Reiche-Beraterin Veronika Grimm im Aufsichtsrat.

Ein internes Papier aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUKN) widerspricht in zentralen Punkten den Positionen der EU-Kommission zu den angeblichen Vorteilen der kleinen, modularen Reaktoren.^[54] Die Tagesschau berichtete: „Kernaussagen des Papiers: Auch für SMR müssten sehr hohe Anforderungen an die nukleare Sicherheit gelten. An den grundlegenden Risiken ändere die kleinere Bauweise nichts. Daher hätten "Mini-AKW" gegenüber herkömmlichen AKW auch keinen Kostenvorteil - im Gegenteil. Um die Leistung eines großen Reaktors zu erreichen, müssten etwa vier kleine Kernkraftwerke gebaut werden, von denen jedes einzelne die hohen Sicherheitsstandards erfüllen müsse [...] Ohne massive staatliche Förderung gäbe es daher für die SMR bisher keinen Markt, denn ein Kostenvorteil durch die "modulare Bauweise", also industrielle Vorfertigung, würde erst bei einer Massenproduktion greifen. Diese sei derzeit nicht in Sicht. Und durch die nötigen staatlichen Subventionen würden Mittel abgeschöpft, die an anderer Stelle für den Klimaschutz benötigt

würden. Außerdem käme die noch nicht ausgereifte SMR-Technologie zu spät für die jetzige Energiewende.“ Claudia Kemfert, Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kritisiert: „ SMRs lösen kein einziges der bekannten Probleme der Atomkraft, sondern schaffen neue. Die angebliche Serienfertigung existiert nur auf dem Papier [...] Sie sind weder schneller gebaut, noch günstiger, noch sicherer als konventionelle AKWs, produzieren aber mehr radioaktiven Abfall pro Kilowattstunde.“^[55]

Keine Kommunikation einer Studie zu positiven Effekten erneuerbarer Energien

Nach einer Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) im Auftrag des Wirtschaftsministeriums könnte der Ausbau regionaler Energien die regionale Wertschöpfung in Deutschland verdoppeln.^[56] Die Studie hat das Ministerium unter Reiche bislang nicht beworben oder anderweitig kommuniziert.^[57] Die Frage, warum das Ministerium eine Studie, für die es bezahlt hat, auf einer Unterseite des Ministeriums versteckt, blieb unbeantwortet.

Mitwirkung an der Reform des Heizungsgesetzes

Reiche hat federführend an der gasfreundlichen Reform des Gebäudeenergiegesetzes, auch Heizungsgesetz genannt, mitgewirkt.^[58] Das Eckpunktepapier der Koalition zum Heizungsgesetz sieht vor, dass die Verpflichtung der Eigentümer, neu eingebaute Heizungen mit mindestens 65 Prozent Erneuerbaren Energien zu betreiben, entfällt. Voraussetzung für den weiteren Einbau neuer Gas- und Ölheizungen ist, dass diese ab 1.1.2029 einen zunehmenden Anteil „CO₂-neutraler Brennstoffe“ nutzen.^[59] Beginnend mit 10 % soll ein weiterer Anstieg bis 2040 festgelegt werden (Bio-Treppe). Genannt werden Biomethan, grüner, blauer, orangener und türkiser Wasserstoff, Wasserstoffderivate sowie synthetisches Methan und Bioöl.^[60] Die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) solle es bis mindestens 2029 weiter geben.^[61]

Sogenannte Grüngase sind nach Einschätzung von Experten jedoch viel zu knapp: „Die Mengen, die man dafür bräuchte, sind gar nicht da, und sie sind vor allem aktuell und in den nächsten Jahren so teuer, dass das für Haushalte eine sehr problematische und sehr, sehr teure Lösung wäre.“^[62] Das Institut der deutschen Wirtschaft erläutert weiter: „Private Haushalte dürften damit in Zukunft mit der energieintensiven Industrie um knappes Grüngas konkurrieren. Die Folge: Die Kosten für Haushalte steigen und die begrenzten Mengen an Wasserstoff und Biogas – zu denen es beispielsweise in der chemischen Industrie kaum Alternativen gibt – werden vollkommen ineffizient genutzt.“^[63] Auch die Aufnahme von Biogas ins Erdgasnetz wird erhebliche Kosten verursachen: „Biogas müsse erst gereinigt und aufbereitet werden, damit es einen ähnlich höheren Brennwert wie Erdgas hat. Außerdem müsse eine neue Einspeiseanlage für das Biogas gebaut werden.“^[64] Kritiker befürchten, dass die Reform vor allem den Betrieb der deutschen Gasnetze verlängert, während Haushalte nicht auf klimafreundliche Heizsysteme wie Wärmepumpen oder Fernwärme umsteigen.^[65]

Reiche hat die Reform gegen Kritik verteidigt. Es gehe darum, die Bürger in die Lage zu versetzen, ihre Anlagen kosten- und klimaeffizient zu modernisieren.^[66]

Teilnahme an Konferenzen

CERAWeek in Houston/Texas

Die seit 1983 jährlich stattfindende [CERAWeek](#) – Cambridge Energy Research Associates Week, ausgerichtet von [S&P global Inc.](#) – ist die weltweit größte Konferenz zum Thema Energie, Technologie und Finanzen und wird als bedeutendes Treffen der Öl- und Gasbranche gesehen.

Bundeswirtschaftsministerin Reiche sprach im Leadership Dialogue am 24. März 2026 davon, dass Wirtschaftswachstum Vorrang habe, und dass die Klimaziele der EU 2050 möglicherweise noch eine Lücke von 5-10 % aufweisen würden. [Politico](#) berichtete ausführlich. Hier ist das Video des Dialogs zu sehen: [leadership dialogue](#)

Treffen atomfreundlicher Staaten

Am 16. Juni 2025 hat sich Reiche mit Vertretern atomfreundlicher EU-Staaten getroffen und fehlte auf dem am gleichen Tag stattfinden Gipfel der sogenannten „Freunde der Erneuerbaren“, die die sich für den ambitionierten Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen.^[67] Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) kommentierte: „Deutschland hat nicht daran teilgenommen, sondern es ist eine Einzelentscheidung meiner Ministerin, die natürlich frei ist in dem, was sie tut“.^[68]

Karriere

- seit 05/2025 Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
- 06/2020-05/2025 Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats der Bundesregierung
- 01/2020-05/2025 Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG (ehemals innogy Westenergie)
- 2016-2022 Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung
- 09/2015 bis 2019 Hauptgeschäftsführerin beim [Verband kommunaler Unternehmen](#) (VKU)
- 2014-2016 erneut Mitglied im Bundesvorstand der CDU
- 12/2013-02/2015 Parlamentarische Staatssekretärin im [Bundesverkehrsministerium](#)
- 2009-2013 Parlamentarische Staatssekretärin im [Bundesumweltministerium](#)
- 2005-2009 Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 2000-2010 Mitglied im Bundesvorstand der CDU
- 1998-2015 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1997-1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Potsdam
- 1997 Abschluss als Diplom-Chemikerin an der Uni Potsdam
- seit 1996 Mitglied der CDU

Quellen:^{[69][70][71][72]}

Verbindungen zur Wirtschaft

Wirtschaftsrat

Der [Wirtschaftsrat der CDU](#) ist ein einflussreicher Lobbyverband von unionsnahen Unternehmer:innen, dessen Vizepräsident [Friedrich Merz](#) bis November 2021 war. Reiche war bis zu ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Wirtschaft Vorsitzende der Landesfachkommission Energie und Nachhaltigkeit des Landesverbandes NRW des Wirtschaftsrats.^[73]

Am 19.05.2025 berichtete der Landesverband NRW wie folgt von seinem Parlamentarischen Abend: „Nach einer furiosen Auftaktveranstaltung der Wirtschaftstages 2025 unter anderem mit [Jens Spahn](#), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie Katherina Reiche, Bundesministerin für Energie und Wirtschaft, trafen sich Unternehmer aus dem Industrieland NRW im PwC Headquarter Berlin mit den Vertretern der CDU-Landesgruppe.“^[74]

Westenergie AG

Reiche war bis zu ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Vorstandsvorsitzende der [E.ON](#)-Tochter Westenergie AG. Beide Unternehmen sind im Bereich Gas tätig. Westenergie ist als alleinige Gesellschafterin der [Westnetz GmbH](#) von den regulatorischen Rahmenbedingungen des Verteilnetzgeschäftes in den kommenden Jahren unmittelbar betroffen.^[75] Westenergie ist Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#).

Landesverband NRW des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft

Reiche ist Vorstandsmitglied im Landesverband NRW des [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW)^[76] (Stand: 14. April 2025).

Aufgegebene Aufsichtsratsmandate

- [Schaeffler Group](#).^{[77][78][79]} Reiche hat ihr Aufsichtsratsmandat am 28. April 2025 niedergelegt.^[80]
- [Schwedischer Energiedienstleister Ingrid Capacity](#).^[81] Reiche hat ihr Aufsichtsratsmandat am 3. Mai 2025 niedergelegt.^[82]

Sonstige Verbindungen/Netzwerke

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied (Stand: 23.05.2025)
- [Atlantik-Brücke](#), Mitglied

- Bilderberg Konferenz 2025, Teilnehmerin.^[83] Im [Steering Committee](#) der Bilderberg Konferenz sitzen Mathias Döpfner, CEO der Axel Springer SE, und der rechtslibertäre Milliardär Peter Thiel, der als einer der wichtigsten Hintermänner der MAGA-Bewegung gilt.^[84] Döpfner pflegt enge Kontakte zu Thiel.^[85] Sein Sohn Moritz Döpfner baut einen Risikokapitalfonds auf, den Thiel mit 50 Mio. Dollar unterstützt.^[86] Ein weiteres Mitglied im Steering Committee ist Alex Karp, CEO von Palantir Technologies, deren Software-Einsatz bei Sicherheitsbehörden des Bundes kontrovers diskutiert wird.^[87]

Lebensgefährte Karl-Theodor zu Guttenberg

Reiche ist die Lebensgefährtin von Karl-Theodor zu Guttenberg, der sich auch unternehmerisch und als Lobbyist betätigt. Da das Ministerium Vorhaben über [Förderprogramme und Finanzhilfen](#) unterstützt, erscheinen bei dieser Konstellation Interessenkonflikte nicht ausgeschlossen und wurden bereits in Betracht gezogen.^[88]

Anfang Oktober 2025 fand in Seefeld/Tirol ein viertägiger privater Gipfel zu sicherheits- und wirtschaftspolitischen Themen mit dem Titel „Moving MountAlns“ statt, der vom österreichischen Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz und Guttenberg organisiert wurde.^[89] Kurz ist [Mitgründer und Präsident](#) des israelischen Cyber-Sicherheits-Startups [Dream](#), dessen potentielle Kunden Regierungen sind. Teilnehmer des Gipfels waren Unternehmer und Politiker. In der Teilnehmerliste wird Reiche als „Ihre Exzellenz Katherina Reiche“ und „Bundesministerin für Wirtschaft und Energie“ aufgeführt.^[90] Das Bundeswirtschaftsministerium hielt dennoch an seiner Darstellung fest, Reiche habe nicht in ihrer Funktion als Ministerin teilgenommen.^[91]

Weiterführende Informationen

- [Die Lobby-Ministerin? Transparency International 28.12.2025](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Betriebsführung Gas](#), westenergie.de, abgerufen am 24.05.2025
2. ↑ [Rechenzentren: Lobbycontrol kritisiert Einflussnahme von Big Tech auf Energie-Effizienz-Novelle](#), table.media vom 24.03.2026, abgerufen am 28.03.2026
3. ↑ [Pressemitteilung vom 04.09.2025](#)
4. ↑ [Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.03.2026
5. ↑ [Mitglieder](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 11.06.2025
6. ↑ [Mitglieder](#), stiftung-marktwirtschaft.de, abgerufen am 11.06.2025
7. ↑ [Unser Team](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 02.11.2025
8. ↑ [Clinch im Sachverständigenrat](#), tagesschau.de vom 21.02.2024, abgerufen am 31.01.2025

9. ↑ [Aufregung um Wirtschaftsweise: Warum Veronika Grimm sich aus dem Gremium zurückziehen sollte](#), fr.de vom 29.03. 2024, abgerufen am 01.02.2025
10. ↑ [Interessenkonflikt im Sachverständigenrat: Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), lobbycontrol.de vom 21.02.2024, abgerufen am 31.01.2025
11. ↑ [Interessenkonflikt: Grimm und Siemens Energy](#), lobbycontrol.de vom 25.03.2024, abgerufen am 31.01.2025
12. ↑ [Ökonomin Grimm klagt gegen Verhaltenskodex der Wirtschaftsweisen](#), transparency.de vom 02.10.2024, abgerufen am 31.01.2025
13. ↑ [Wirtschaftsrat stärkt Wirtschaftsweiser den Rücken](#), wirtschaftsrat.de vom 22.04.2024, abgerufen am 30.01.2025
14. ↑ [Wirtschaftsrat sieht sich in Kernkraft-Studie von „Wirtschaftsweiser“ Veronika Grimm bestätigt](#), wirtschaftsrat.de vom 10.10.2022, abgerufen am 30.01.2025
15. ↑ [22. Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik 2024](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 30.01.2025
16. ↑ [Gemeinsame Wirtschaftskonferenz von MIT und CDU am 23. Januar 2024](#), mit-bund.de, abgerufen am 31.01.2025
17. ↑ [Wirtschaftsministerin sucht externe Berater für Ministeriumsaufgaben](#), zeit.de, aufgerufen am 14.04.2026
18. ↑ [Stellenausschreibung](#), evergabe-online.de abgerufen am 10.04.2026
19. ↑ [Krisenhilfe für die Wirtschaftsministerin](#), zeit.de abgerufen am 14.04.2026
20. ↑ [FGS Global](#), wikipedia.de, abgerufen am 14.04.2026
21. ↑ [KKR kauft für 775 Millionen Dollar Mehrheit an Beratung FGS Global](#), handelsblatt.de, abgerufen am 14.04.2026
22. ↑ [Was macht Katherina Reiche eigentlich beruflich?](#), spiegel.de, abgerufen am 14.04.2026
23. ↑ [Ausschreibungsdetails](#), eververgabe-online.de, abgerufen am 03.04.2026
24. ↑ ^{24,024,1} [Reiche will Kernaufgaben des Wirtschaftsministeriums an externe Berater auslagern](#) - Spiegel.de aufgerufen am 14.04.2026
25. ↑ [Reiche sucht Berater für Wirtschaftsministerium – Mitarbeiter halten Auftrag für „fragwürdig“](#), welt.de vom 03.04.2026, abgerufen am 03.04.2026
26. ↑ [Carboni spricht künftig für Wirtschaftsministerin Reiche](#), politik-kommunikation.de vom 29.04.2026, abgerufen am 08.06.2026
27. ↑ [Lobbytreffen von Rechtspopulisten](#), lobbycontrol.de vom 02.09.2025, abgerufen am 08.06.2026
28. ↑ [Berlin Campaign Conference 2024](#), abgerufen am 08.06.2026
29. ↑ [Energiekonzerne ja, Naturschutz nein](#), fr.de vom 20.04.2026, abgerufen am 28.04.2026
30. ↑ [Energiekonzerne ja, Naturschutz nein](#), fr.de vom 20.04.2026, abgerufen am 28.04.2026
31. ↑ [Energiepolitik: Auffallende Ähnlichkeiten zwischen Reiche-Papier und Lobby-Forderungen](#), table.media.esg vom 24.09.2025, abgerufen am 01.10.2025
32. ↑ [Greenpeace deckt auf: Wirtschaftsministerium nahm Einfluss auf unabhängiges Gutachten zur Energiewende](#), presseportal.greenpeace.de vom 16.12.2025, abgerufen am 19.12.2025
33. ↑ [Greenpeace deckt auf: Wirtschaftsministerium nahm Einfluss auf unabhängiges Gutachten zur Energiewende](#), presseportal.greenpeace.de vom 16.12.2025, abgerufen am 19.12.2025
34. ↑ [Rechenzentren: Lobbycontrol kritisiert Einflussnahme von Big Tech auf Energie-Effizienz-Novelle](#), table.media vom 24.03.2026, abgerufen am 28.03.2026
35. ↑ [Lobby-Vorwurf gegen Ministerin - Reiches Angriffe auf Wärmepumpen werfen Fragen auf](#), n-tv.de vom 24.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
36. ↑ [Wirtschaftsministerin muss liefern - die Krux mit dem Kraftwerks-Kraftakt](#), rnd.de vom 19.05.2025, abgerufen am 24.05.2025

37. ↑ [Lobby-Vorwurf gegen Ministerin - Reiches Angriffe auf Wärmepumpen werfen Fragen auf](#), n-tv.de vom 24.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
38. ↑ [Betriebsführung Gas](#), westenergie.de, abgerufen am 24.05.2025
39. ↑ [Reiche setzt in der Wärmewende auf Populismus statt auf Fakten - und vergibt eine Chance](#), sueddeutsche.de vom 21.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
40. ↑ [Reiche setzt in der Wärmewende auf Populismus statt auf Fakten - und vergibt eine Chance](#), sueddeutsche.de vom 21.05.2025, abgerufen am 24.05.2025
41. ↑ [Reiches Gaskraftwerk-Pläne verstoßen gegen EU-Recht - Studie zeigt günstigere Alternative](#), merkur.de vom 11.10.2025, abgerufen am 11.10.2025
42. ↑ [Wasserstoff und Klimaschutz](#), bundesumweltministerium.de, abgerufen am 01.11.2025
43. ↑ [Grüße aus der fossilen Vergangenheit: 10 Wochen Wirtschaftsministerin Reiche](#), correctiv.org vom 15.07.2025, abgerufen am 01.11.2025
44. ↑ [Pressemitteilung von LobbyControl vom 15.04.2026](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 16.04.2026
45. ↑ [Energiegipfel 2024](#), handelsblatt.com, abgerufen am 30.11.2025
46. ↑ [Unions-Regierungspersonal: LobbyControl warnt vor Interessenkonflikten](#), lobbycontrol.de vom 28.04.2025, abgerufen am 24.05.2025
47. ↑ [Strom viermal so teuer wie in Frankreich: Energiekrise zwingt Deutschland zur Atomkraft-Debatte](#), fr.de vom 08.04.2026, abgerufen am 27.04.2026
48. ↑ [Deutschland und Tschechien wollen Zusammenarbeit bei SMR-Atomreaktoren prüfen](#), landesecho.cz vom 06.02.2026, abgerufen am 28.04.2026
49. ↑ [Deutschland und Tschechien wollen Zusammenarbeit bei SMR-Atomreaktoren prüfen](#), landesecho.cz vom 06.02.2026, abgerufen am 28.04.2026
50. ↑ [Fragen und Antworten zur Strategie für kleine modulare Reaktoren \(SMR\)](#), ec.europa.eu vom 10.03.2026, abgerufen am 28.04.2026
51. ↑ [Daten und Fakten - Small Modular Reactors \(SMR\)](#), siemens-energy.com 28.02.2025, abgerufen am 28.04.2026
52. ↑ [Daten und Fakten - Small Modular Reactors \(SMR\)](#), siemens-energy.com 28.02.2025, abgerufen am 28.04.2026
53. ↑ [Daten und Fakten - Small Modular Reactors \(SMR\)](#), siemens-energy.com 28.02.2025, abgerufen am 28.04.2026
54. ↑ [Experten kritisieren EU-Atomstrategie](#), tagesschau.de vom 20.04.2026, abgerufen am 28.04.2026
55. ↑ [Claudia Kemfert: Kurzschluss, Frankfurt/New York, S. 138 f.
56. ↑ [Reiche lässt Studie zu Wind und Solar verschwinden](#), t-online.de vom 24.04.2026
57. ↑ [Reiche lässt Studie zu Wind und Solar verschwinden](#), t-online.de vom 24.04.2026
58. ↑ [Union und SPD sind uneins über Reform des Heizungsgesetzes](#), zeit.de vom 10.11.2025, abgerufen am 03.02.2026
59. ↑ [Klimaschädlich und teuer - Kurzanalyse der Eckpunkte](#), bund.de, abgerufen am 02.03.2026
60. ↑ [Klimaschädlich und teuer - Kurzanalyse der Eckpunkte](#), bund.de, abgerufen am 02.03.2026
61. ↑ [Eckpunktepapier](#), verbraucherzentrale.de vom 25.02.2026, abgerufen am 02.03.2026
62. ↑ [Forschende sehen „katastrophale Verwässerung“](#), tagesschau.de vom 25.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
63. ↑ [Neues Heizungsgesetz: Zwei-Personen-Haushalte müssten jährlich 350 Euro mehr zahlen](#), iwkoeln.de vom 25.03.2026, abgerufen am 04.03.2026
64. ↑ [Neues Heizungsgesetz: Gas bleibt erlaubt, wird aber teuer](#), ndr.de vom 02.03.2026
65. ↑ [Heizungsreform 2026: Regierungsaussagen im Check](#), correctiv.org vom 27.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
66. ↑ [Klimaschutz](#), deutschlandfunk.de vom 25.02.2026, abgerufen am 03.03.2026

67. ↑ [Pikantes Detail: Merz-Ministerin fehlt auf Gruppenbild von Erneuerbaren Fans](#), focus.de vom 17.06.2025, abgerufen am 20.06.2025
68. ↑ [Pikantes Detail: Merz-Ministerin fehlt auf Gruppenbild von Erneuerbaren Fans](#), focus.de vom 17.06.2025, abgerufen am 20.06.2025
69. ↑ [Katherina Reiche](#) Webseite der CDU, abgerufen am 17.06.2016
70. ↑ [Katherina Reiche](#), westenergie.de, abgerufen am 01.05.2025
71. ↑ [Nach zehn Jahren Abwesenheit: Katharina Reiche mögliche Nachfolgerin von Habeck](#), merkur.de vom 30.04.2025, abgerufen am 01.05.2025
72. ↑ [Katherina Reiche](#), bundesregierung.de, abgerufen am 23.05.2025
73. ↑ [Wirtschaftsrat gratuliert zur Nominierung von Katherina Reiche und Dr. Karsten Wildberger](#), wirtschaftsrat.de vom 28.04.2025, abgerufen am 02.05.2025
74. ↑ [Parlamentarische Abend des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen in Berlin](#), wirtschaftsrat.de vom 19.05.2025, abgerufen am 23.05.2025
75. ↑ [Westenergie AG, Jahres- und Tätigkeitsabschluss für das Geschäftsjahr 2022](#), lobbyregister.de, abgerufen am 03.05.2025
76. ↑ [Über uns](#), bdew.de, abgerufen am 03.05.2025
77. ↑ [Schaeffler Group Organigramm](#), the officialboard.de vom 08.04.2025, abgerufen am 23.05.2025
78. ↑ [Schaeffler-Aufsichtsrat](#), manager-magazin.de vom 20.04.2023, abgerufen am 01.05.2025
79. ↑ [Änderung im Aufsichtsrat der Schaeffler AG](#), schaeffler.de vom 03.03.2023, abgerufen am 23.05.2025
80. ↑ [Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 13. Mai 2025 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), bundestag.de, abgerufen am 23.05.2025
81. ↑ [Katherina Reiche](#), handelsblatt.com vom 25.04.2025, abgerufen am 01.05.2025
82. ↑ [Antwort des Staatssekretärs Frank Wetzel vom 13. Mai 2025 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), bundestag.de, abgerufen am 23.05.2025
83. ↑ [Bilderberg Meetings List of Participants 2025](#), bilderbergmeetings.org, abgerufen am 18.01.2026
84. ↑ [Der Feind in meiner Drohne](#), sueddeutsche.de vom 18.12.2025, abgerufen am 18.01.2025
85. ↑ [Riskante Wette auf die KI? Das hat Döpfner mit Springer vor](#), br.de vom 30.08.2025, abgerufen am 18.01.2026
86. ↑ [Wie Moritz Döpfner mithilfe von Peter Thiel einen eigenen Fonds aufbaut](#), manager-magazin vom 22.02.2025, abgerufen am 18.01.2026
87. ↑ [Palantir erhält Rückendeckung von der Bundesregierung](#), handelsblatt.com vom 26.08.2025, abgerufen am 18.01.2026
88. ↑ [Zu Guttenberg und Bundeswirtschaftsministerin Reiche weisen Vorwürfe wegen Interessenkonflikten zurück](#), deutschlandfunk.de vom 08.12.2025, abgerufen am 06.01.2026
89. ↑ [Kleine Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 06.01.2026
90. ↑ [Ministerium spricht von „privater“ Teilnahme Katherina Reiche nahm wohl als „Ihre Exzellenz“ an VIP-Treffen statt](#), tagesspiegel.de vom 23.12.2025, abgerufen am 06.01.2026
91. ↑ [Ministerium spricht von „privater“ Teilnahme Katherina Reiche nahm wohl als „Ihre Exzellenz“ an VIP-Treffen statt](#), tagesspiegel.de vom 23.12.2025, abgerufen am 06.01.2026

Stiftung Familienunternehmen

Die **Stiftung Familienunternehmen** setzt sich in Politik und Medien für die Anliegen der größten deutschen Familienunternehmen ein. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung zuweilen als Vertretung des Mittelstands wahrgenommen, da die Begriffe Familienunternehmen und Mittelstand häufig synonym verwendet werden. Sie wird jedoch von über 600 Firmen "aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen" getragen.^[1] Das Kuratorium und die Unterstützer bestehen in erster Linie Großkonzerne und Superreichen. In ihrer politischen Arbeit konzentriert sich die Stiftung vor allem darauf, die stärkere Besteuerung von Reichtum abzuwehren (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Körperschaftsteuer).

Nach eigenen Angaben fokussiert sich die Stiftung auf die Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie den diesbezüglichen Erfahrungsaustausch zum Thema Familienunternehmen.^[2] Hierzu gehören beispielsweise die Förderung von Forschungsarbeiten sowie die Unterstützung von wissenschaftlichen Arbeiten und Lehrstühlen bzw. Instituten.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem Jahr 2019, in dem Attac die Gemeinnützigkeit abgesprochen wurde, ist die Stiftung Familienunternehmen um die nicht gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen und Politik** ergänzt worden, die für die Lobbyarbeit zuständig ist.^[3] Die Organe der neuen Organisation (Vorstand, Geschäftsführer und Kuratorium) sind mit denen der Stiftung Familienunternehmen identisch. Ein weiteres Organ ist der Förderkreis, dem ca. 600 umsatzstarke Firmen und Superreiche angehören, die die Ausrichtung der Organisation mitgestalten. Laut Greenpeace finanziert sich die Stiftung Familienunternehmen und Politik über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen, die individuell verhandelt werden.^[4] Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Stiftung Familienunternehmen und Politik



Rechtsform Rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts

Tätigkeitsbereich Politische Interessenvertretung der größten deutschen Familienunternehmen

Gründungsdatum 2002 (Stiftung Familienunternehmen), 2021 (Stiftung Familienunternehmen und Politik)

Hauptsitz Stuttgart (Sitz), München (Büro der meisten Beschäftigten)

Lobbybüro Haus des Familienunternehmens, Pariser Platz 6a, Berlin

Lobbybüro EU

Webadresse familienunternehmen.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 "Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"	59
2 Definition von Familienunternehmen	59
3 Lobbystrategien und Einfluss	60
3.1 Aktivitäten	60
3.2 Projekte	60
3.3 Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)	61
3.4 Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs Wolfram Weimer	61
3.5 Einfluss in der Wissenschaft	61
4 Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP	62

5 Erbschaftsteuer	62
5.1 Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer	63
5.2 Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016	64
6 Organisationsstruktur und Personal	65
6.1 Vorstand und Geschäftsführer	65
6.2 Kuratorium	65
6.3 Wissenschaftlicher Beirat	65
6.4 Förderkreis	66
7 Finanzen	67
8 Weitere Informationen	67
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	67
10 Einzelnachweise	68

"Stiftung Familienunternehmen" und "Stiftung Familienunternehmen und Politik"

Die gemeinnützige **Stiftung Familienunternehmen** mit Sitz in Stuttgart hat 2021 die (nicht gemeinnützige) **Stiftung Familienunternehmen und Politik** mit Sitz in Stuttgart als ihren Lobbyarm gegründet.

Laut [Satzung](#) besteht der Zweck der Stiftung Familienunternehmen in der Förderung, Information, Bildung und Erziehung sowie dem wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Familienunternehmertums in Europa. Stifter ist **Brun-Hagen Hennerkes**. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium. Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Nach ihrer [Satzung](#) ist der Zweck der Stiftung Familienunternehmen und Politik die Förderung des Familienunternehmertums, die Bildung von Netzwerken und der Diskurs politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Themen, soweit diese Familienunternehmen oder das Familienunternehmertum nachhaltig beeinflussen. Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand, das Stiftungskuratorium und der Förderkreis. Der Stiftungsvorstand besteht aus mindestens einem Mitglied und aus höchstens vier Mitgliedern. Bis zu zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der nicht vom Stifter ernannten Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium. Die ersten Mitglieder des Stiftungskuratoriums werden für deren erste Amtszeit durch den Stifter berufen. Die weiteren Mitglieder des Stiftungskuratoriums und die Nachfolger der ersten Mitglieder werden durch das gesamte Stiftungskuratorium mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Die Mitglieder des Stiftungskuratoriums dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungsvorstands oder des Förderkreises sein. Natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, können in den Förderkreis der Stiftung berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand.

Definition von Familienunternehmen

Die Stiftung Familienunternehmen definiert Familienunternehmen wie folgt:

„Ein Unternehmen beliebiger Größe ist ein Familienunternehmen, wenn:

- sich die Mehrheit der Entscheidungsrechte im Besitz der natürlichen Person(en), die das Unternehmen gegründet hat/haben, der natürlichen Person(en), die das Gesellschaftskapital des Unternehmens erworben hat/haben oder im Besitz ihrer Ehepartner, Eltern, ihres Kindes oder der direkten Erben ihres Kindes befindet, und
- die Mehrheit der Entscheidungsrechte direkt oder indirekt besteht, und/oder
- mindestens ein Vertreter der Familie oder der Angehörigen offiziell an der Leitung bzw. Kontrolle des Unternehmens beteiligt ist.

Börsennotierte Unternehmen entsprechen der Definition eines Familienunternehmens, wenn die Person(en), die das Unternehmen gegründet oder das Gesellschaftskapital erworben hat/haben oder deren Familie(n) oder Nachfahren, aufgrund ihres Anteils am Gesellschaftskapital mindestens 25 Prozent der Entscheidungsrechte hält/halten.“

Quelle: ^[5]

Lobbystrategien und Einfluss

Aktivitäten

Im [Lobbyregister](#) wird zu den Aktivitäten der Stiftung Familienunternehmen und Politik ausgeführt: „Zentrale Pfeiler der Stiftungsarbeit ist es, Unternehmensvertreter mit Politik und Wissenschaft in Austausch zu bringen. Gegenüber politischen Entscheidungsträgern nimmt die Stiftung die Interessen der Familienunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene wahr. Dazu zählt das Verfassen von Stellungnahmen i. R. v. Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Europäischen Union, die Organisation von Gesprächs- und Diskussionsformaten mit politischen Entscheidungsträgern insbesondere auf Bundesebene, aus der Bundesverwaltung sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem werden politische Entscheidungsträger in die Veranstaltungen interner Fachgremien einbezogen. Auch bringen Vertreter der Stiftung ihren Sachverstand in Expertenanhörungen im Deutschen Bundestag oder in Fachgespräche der Bundesverwaltung ein.“

Die bekannteste Veranstaltung ist der [Tag des Familienunternehmens](#), der jährlich in Berlin stattfindet.

Die Lobbyausgaben werden im Lobbyregister für 2024 mit 200.001 bis 2.210.000 Euro beziffert. Es werden 5,4 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.

Projekte

Zu den im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) genannten Regelungsvorhaben werden u.a. genannt:

- Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Belastungen
- Schutz personenbezogener Daten, von Betriebs- u. Geschäftsgeheimnissen im Online-Handelsregister
- Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie handhabbar und möglichst rechtssicher ausgestalten
- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch haushaltsverträgliche Absenkung der Körperschaftsteuer
- Abschaffung der Erbschaftsteuer
- Verbesserung der Thesaurierungsregelung für Personenunternehmen

Repräsentanz in Brüssel (Haus des Familienunternehmens)

Im [EU Transparenzregister](#) wird die Tätigkeit in Brüssel wie folgt beschrieben: „Die Stiftung Familienunternehmen und Politik verfolgt insbesondere die politischen und legislativen Initiativen im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wettbewerbspolitik, der Steuerpolitik sowie im Bereich der Euro-Zone. Hierzu kommuniziert sie die aktuellen Erwartungen der Familienunternehmen an die europäische Politik.“ Zu den aktuellen Themen zählten die inhaltliche Entwicklung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD, (EU) 2022/2464) und die damit im Zusammenhang stehende Entwicklung und Umsetzung europäischer Sustainability Reporting Standards, ebenso die inhaltliche Entwicklung und Umsetzung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD, (EU) 2024/1760). Weiterhin werden erwähnt: die Betrachtung politischer und legislativer Entwicklungen im Hinblick auf gesamtheitliche bürokratische Belastungen für Familienunternehmen sowie die Verschiebung und Entwicklung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte ((EU) 2023/1115).

Das [European Forum for Family Businesses](#) dient dem politischen Austausch zwischen Vertretern verschiedener Institutionen der Europäischen Union, Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern und Familienunternehmen zu spezifischen politischen Themen.

Kampagne zum Bürokratieabbau mit Medien des Kulturstaatssekretärs

Wolfram Weimer

Im März 2025 startete die Stiftung gemeinsam mit „Business Punk“ und „The European“ eine Initiative „Das kann weg“, um vermeintlich überflüssige Bürokratie abzubauen.^{[6][7]} Im Zwei-Wochen-Rhythmus präsentiert „Miss Bürokratieabbau“ [Dr. Gisela Meister-Scheufelen](#) Vorschläge, welche staatlichen Regelungen, Gesetze und Vorschriften ersatzlos gestrichen werden können. Business Punk und The European erscheinen bei der Weimer Media Group GmbH, deren Gesellschafter der Kulturstaatsministers Wolfram Weimer und dessen Ehefrau Christiane Götz-Weimer sind.^[8] Die Weimer Media Group veranstaltet auch den „Ludwig Erhard Gipfel“ unter dem Motto „Wir vernetzen Entscheider“. Am 28. April 2025 ist Wolfram Weimer aus der Geschäftsführung der Weimer Media Group ausgeschieden, bleibt jedoch deren Gesellschafter.

Auch Focus Online beteiligt sich an der Lobby-Initiative.

Einfluss in der Wissenschaft

Auch in der Wissenschaft ist die Stiftung bestens vertreten: Sie fördert unter anderem die Institute und Forschungsstellen für Familienunternehmen an den Universitäten Witten-Herdecke ([Wittener Institut für Familienunternehmen](#)), Friedrichshafen ([Friedrichshafener Institut für Familienunternehmen](#)) und Bayreuth ([Forschungsstelle für Familienunternehmen](#)). Es werden Aufträge für Studien vergeben und somit die wissenschaftliche Diskussion über Familienunternehmen geprägt. Stiftungsgründer Hennerkes selbst ist Honorarprofessor in Witten-Herdecke, der Geschäftsführer der Stiftung lehrt in Friedrichshafen^[9]. Die Stiftung betreibt auch Wissenschaftslobbyismus, indem sie gezielt die Forschung zu Themen wie der Erbschaftssteuer-Reform oder der Frauenquote unterstützt bzw. eigene Studien anfertigen lässt.^[10] Zusätzlich veröffentlicht die Stiftung Familienunternehmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten, wie dem arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut, wissenschaftliche Gutachten und Studien. In diesen Veröffentlichungen wird unter anderem die Steuerbelastung für Unternehmen thematisiert. Das Ergebnis der Studien ist dabei fast immer, dass die Unternehmenssteuern gesenkt/nicht erhöht werden.^{[11][12][13]}

Die Auswirkungen von Steuererhöhungen oder -senkungen auf Unternehmen sind in der Wirtschaftswissenschaft jedoch umstritten. So schreiben beispielsweise einige Expert:innen der Einführung einer Vermögenssteuer oder einer Reform der Erbschaftssteuer positive Effekte für die Gesellschaft zu.^[14]
^[15]

Hohe Spenden an CDU, CSU und FDP

Finanzwende hat 2024 Parteispenden von Personen ausgewertet, deren Zugehörigkeit zur Stiftung Familienunternehmen öffentlich nachvollziehbar ist – aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Stiftungskuratorium oder in der Geschäftsführung der Stiftung.^[16] Ausgewertet worden seien die Spenden ab 10.000 Euro für die Jahre 2017 bis 2022. Jüngere Zahlen seien noch nicht verfügbar. Das Ergebnis der Recherche: „Das Umfeld der Stiftung Familienunternehmen spendete in sechs Jahren mindestens 2,8 Millionen Euro an Union und FDP. Hauptprofiteure waren in erster Linie die Union (CDU 1.813.000 Euro und CSU 85.000 Euro) sowie die FDP (974.000 Euro). An die Grünen wurden 96.000 Euro gespendet. Für die SPD haben wir keine größeren Spenden aus dem Umfeld der Stiftung Familienunternehmen gefunden. Mit Abstand größter Spender war übrigens die Familie Oetker.“^[17]

Erbschaftsteuer

Laut „Finanzwende“ soll die Erbschaftsteuer ein wenig Chancengleichheit und Gerechtigkeit in der Gesellschaft herstellen.^[18] Nach Art. 123 der Bayerischen Verfassung dient die Erbschaftsteuer „auch dem Zwecke, die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern.“ Die Bundesverfassungsrichter:innen Baer, Gaier und Masing haben in einem Sondervotum im [Urteil des Ersten Senats vom 17. Dezember 2014 - 1 BvL 21/12](#), Rn. 3, den Sinn der Erbschaftsteuer wie folgt definiert: „Die Erbschaftsteuer dient (...) nicht nur der Erzielung von Steuereinnahmen, sondern ist zugleich ein Instrument des Sozialstaats, um zu verhindern, dass Reichtum in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumuliert und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwächst.“
^[19]

Die Stiftung setzt sich - ganz im Interesse der sie fördernden Superreichen - seit Jahren für die Abschaffung /Senkung der Erbschaftsteuer ein. Dabei hat sich nach Angaben von „Capital“ das Gesamtvermögen der 100 reichsten Deutschen seit 2001 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht.^[20] Das Bruttoinlandsprodukt habe sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt. Der bayerische Ministerpräsident Söder (CSU) kündige am 1. September 2025 an, die Erbschaftsteuer in Bayern mindestens um 50 Prozent zu senken.^[21] Dagegen hat Jens Spahn (Fraktionsvorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion) im September 2025 eine ungerechte Vermögensverteilung angeprangert („Wir hatten in den letzten Jahren, gerade in der Niedrigzinsphase, die Situation, dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun von alleine fast gewachsen ist“) und fordert eine Reform der Erbschaftssteuer.^[22] Das Institut der deutschen Wirtschaft kommt in der Studie „Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen“ vom Februar 2025 zu folgendem Ergebnis: „Das Spektrum geht von einer Abschaffung der Erbschaftsteuer bei der AfD (2025) bis hin zu einer deutlichen Erhöhung der Steuersätze bei der Linken (2025). Das BSW (2025) sieht eine einheitliche Besteuerung von Erbschaften vor. Die Parteien der demokratischen Mitte unterscheiden sich ebenfalls voneinander. CDU/CSU (2025) und FDP (2025) zielen auf eine Entlastung ab, indem die Freibeträge erhöht werden sollen. SPD (2025) und Bündnis 90/Die Grünen (2025) sehen Mehrbelastungen für Erben von großen Betriebsvermögen vor.“^[23]

Zur Erbschaftsteuer stellt der Sachverständigenrat zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 2025 fest: „Bei Erbschaften und Schenkungen werden verschiedene Vermögensarten ungleichmäßig besteuert. Vor allem Betriebsvermögen werden steuerlich stark begünstigt. Die Erbschaft- und Schenkungsteuer sollte reformiert werden, um für eine gleichmäßigere Besteuerung aller Vermögensarten zu sorgen. Dazu sollte die steuerliche Begünstigung von Betriebsvermögen deutlich verringert werden, indem die Verschonungsregelungen erheblich eingeschränkt und die Erbschaft- und Schenkungsteuer stärker am Leistungsfähigkeitsprinzip ausgerichtet werden.^[24] Zur Begründung heißt es u.: „Der umfassende nachträgliche Steuererlass führt häufig dazu, dass sehr große Vermögensübertragungen vollständig oder fast vollständig steuerfrei erfolgen, obwohl die betroffenen Unternehmen über ausreichende Finanzierungs- und Ertragsmöglichkeiten verfügen, um eine Steuerzahlung ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen oder der Unternehmensfortführung zu leisten.“^[25]

Einsatz für die Abschaffung/Reduzierung der Erbschaftsteuer

Im [Lobbyregister](#) (Stand: 23.07.2025) benennt die Stiftung die Abschaffung der Erbschaftsteuer als eines ihrer Regelungsvorhaben. Sie begründet dies wie folgt:

„Die Besteuerung von Erbschaften ist kompliziert. Die Erhebungskosten sind hoch, insbesondere wenn zu den Kosten der Finanzverwaltung auch diejenigen der Steuerpflichtigen, die sich nicht in den reinen Deklarationskosten erschöpfen, hinzugerechnet werden. Viele Länder verzichten auf die Besteuerung von Erbschaften. Dort, wo Erbschaften besteuert werden, sind vielfach Weitergaben innerhalb der Familie von der Erbschaftsteuer befreit oder Betriebsvermögen ganz oder teilweise freigestellt. Durch diese volkswirtschaftlich begründeten Freistellungen kommt es jedoch vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten. Alle genannten Schwierigkeiten ließen sich vermeiden, wenn Deutschland – wie beispielsweise Schweden, Österreich und Portugal – die Erbschaftsteuer abschaffen würde.“

In dem Positionspapier [Ist die Erbschaftsteuer ungerecht?](#) wird versucht, vermeintlich falsche Thesen zur Erbschaftsteuer zu widerlegen.

„Finanzwende“ geht in der Publikation [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#) auf die Argumente der Lobby ein.^[26] Dort wird u.a. festgestellt:

- Zwischen 2021 und 2023 lag der durchschnittliche gezahlte Steuersatz auf Multimillionen- und Milliardenvermögen im Schnitt bei nur 2,9 Prozent – im Jahr 2023 sogar bei lediglich 0,1 Prozent. Wer dagegen kleinere Beträge erbt, zahlte mehr als das Dreifache. Es gilt also: Je größer das Vermögen, desto kleiner der Steuersatz. Das ist Folge der sogenannten „Verschonungsbedarfprüfung“, einer Sonderregelung, durch die Multimillionär*innen und Milliardär*innen vollständig von der Steuer befreit werden können. Uns alle kostet das jedes Jahr bis zu 10 Milliarden Euro.
- Es gibt eine Vielzahl an Vorschlägen, wie die Erbschaftsteuer so gestaltet werden kann, dass sie Betriebe kaum belastet. Es wird zum Beispiel diskutiert, ob die Steuerschuld über Jahre gestreckt oder teilweise durch Übertragung von Unternehmensanteilen beglichen werden könnte. Die Höhe der Erbschaftsteuer wird im Übrigen ohnehin danach bemessen, wie viele Gewinne künftig aus dem Unternehmen zu erwarten sind – sind weniger Gewinne zu erwarten, fällt die Bewertung des Unternehmenswertes geringer aus und damit die anfallende Erbschaftsteuer.
- Die Unternehmenslobby warnt zwar oft vor Arbeitsplatzverlusten – Belege dafür gibt es aber nicht. Im Gegenteil: Die Ausnahmen für Unternehmensvermögen können dem Wirtschaftsstandort langfristig schaden und Arbeitsplätze kosten. Das zeigen der Beirat des Finanzministeriums und die OECD in ihren jeweiligen Berichten.

Einfluss auf Reform der Erbschaftsteuer 2016

Die Familienunternehmerlobby wertete die Reform der Erbschaftsteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[27] Gemeinsam mit dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) setzt sich die Stiftung gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum ein. In einem gemeinsamen Appell von Stiftungsgründer Hennerkes und Großunternehmen wie Bitburger, die Quandt-Erben und der Autovermieter Erich Sixt heißt es, die Erbschaftssteuer sei ein „bürokratisches Monster“ und gefährde Arbeitsplätze in Deutschland.^[28] ^[29]

Die Regierung reagierte im Sinne der Unternehmer. Im Ergebnis sah die Reform u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes beurteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[30] Bis Mitte 2016 musste die Regierung eine neue Regelung vorlegen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen wendeten sich vehement die Stiftung Familienunternehmen und [Die Familienunternehmer - ASU](#), worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[31] Der im Juni 2016 vorgelegte Entwurf der Erbschaftssteuerreform wurde in mehreren Kommentaren als ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer gewertet.^{[32][33]} Da sich im parlamentarischen Verfahren keine Einigung zwischen Bundestag und Bundesrat abzeichnete, kündigte das Verfassungsgericht im Juli an, das Verfahren wieder an sich zu ziehen, weil der Gesetzgeber die Frist für einer Änderung verpasst hatte.^{[34][35]} Im September 2016 einigten sich Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss auf einen Kompromiss, nach dem Firmenerben weiter weitgehend verschont werden. Die Ökonomen Birger Scholz und Achim Truger kamen in einer von Campact in Auftrag gegebenen Studie zu dem Schluss, dass "die verfassungswidrige übermäßige Privilegierung des Betriebsvermögens im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Ergebnis (fast) vollständig beibehalten" wird.^[36] Dies wurde auch in der taz heftig kritisiert.^[37] und Hermann-Ulrich Viskorf, ehemaliger Vizepräsident des Bundesfinanzhof, urteilte gar: "Der Gesetzgeber hat die neuen Regeln aber so gestaltet, dass sie leicht umgangen werden können und nur für ganz wenige Erben großer Betriebsvermögen Bedeutung haben werden. Mein Fazit lautet: Das Ziel wurde verfehlt."^[38]

Die Kontakte zwischen der Stiftung Familienunternehmen, dem Verband [Die Familienunternehmer, ASU](#) und der Politik waren während der Kompromissfindung zur Reform der Erbschaftssteuer 2015 und 2016 offenbar sehr eng. Wie aus einer schriftlichen Anfrage von der Bundestagabgeordnete Lisa Paus (Grüne) an die Bundesregierung hervorgeht, trafen Vertreter der Stiftung Familienunternehmen und des Verbands "Die Familienunternehmen - ASU" zwischen Februar 2015 und Juni 2016 zwölf Mal auf ranghohe Vertreter der Bundesregierung, darunter Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Darunter waren neun Treffen mit der Stiftung Familienunternehmen, drei Treffen mit [Die Familienunternehmer, ASU](#) sowie ein gemeinsames Treffen mit beiden Lobbyverbänden.^[39] Aufgelistet sind fünf Gespräche auf "Leitungsebene" mit dem Bundeskanzleramt, sieben weitere mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Finanzstaatssekretären der Union. Daneben hat es zahlreiche Treffen gegeben, bei denen am Rande "oftmals ein Gedankenaustausch" stattgefunden hat. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) empfing die Lobbyisten sogar in der Staatskanzlei. Auch zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) gab es gute Kontakte.^{[40][41]}

Laut Süddeutscher Zeitung zahlten 2018 Großerben auf Erbschaften im Gesamtwert von 31 Mrd. Euro nur etwa fünf Prozent Steuer.^[42] Als Großerben werden die gut 600 Deutschen bezeichnet, die 2018 mehr als zehn Mio. Euro erben oder geschenkt bekamen. Die Auswirkungen der Erbschaftssteuerreform 2016 und die verfassungsrechtlichen Zweifel am ErbStG 2016 werden in einer [Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit, der Bürgerbewegung Finanzwende und taxmenow vom Mai 2023](#) erläutert.

Organisationsstruktur und Personal

Stifter im Sinne der [Satzung](#) ist ihr Gründer [Brun-Hagen Hennerkes](#). Die Adresse in Stuttgart ist zugleich Sitz der Rechtsanwalts- und Steuerkanzlei Hennerkes, Kirchdörfer und Lorz, die auf die Beratung von Großunternehmen und vermögenden Unternehmerfamilien spezialisiert ist.^[43]

Die Organe der Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Stiftungskuratorium.

Vorstand und Geschäftsführer

Zwei Mitglieder des Stiftungsvorstandes werden vom Stifter ernannt. Die Bestellung der weiteren Mitglieder des Stiftungsvorstandes erfolgt durch das Stiftungskuratorium.

Vorstandsmitglieder sind:

- Rainer Kirchdörfer, Partner der Sozietät Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz in Stuttgart, einer auf die Beratung von Familienunternehmen und Unternehmerfamilien spezialisierten Sozietät, Mitglied zahlreicher Aufsichts- und Beiräte^[44]
- Ulrich Stoll, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festo SE & Co. KG in Stuttgart, Mitglied des [Wirtschaftsforums](#) der FDP im Deutschen Bundestag (bis zum Ausscheiden der FDP aus dem Parlament)

Geschäftsführer sind Stefan Heidbreder und David Deißner

Quelle: ^[45]

Kuratorium

Mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Stiftungskuratoriums müssen laut Satzung Gesellschafter von Familienunternehmen, deren Ehegatten oder (aktive oder ehemalige) Mitglieder der Geschäftsführung eines Familienunternehmens sein.

Ein genauer Blick in das 42-köpfige Kuratorium der Stiftung gibt einige Hinweise auf die Förderer der Stiftung. Hier sitzt kaum ein Vertreter eines mittelständischen Unternehmens.^[46] Stattdessen sind hier Superreiche wie Johannes Kärcher (Alfred Kärcher), Edwin Kohl (Kohlpharma) oder Nicola Leibinger-Kammüller (Trumpf) vertreten. Weitere Kuratoriumsmitglieder sind Vertreter und Vertreterinnen von Großunternehmen wie Haniel, Henkel, E. Merck und dm, deren Eigentümer-Familien Haniel, Henkel, Merck und Werner selbst zu den reichsten Deutschen zählen. Zu den Kuratoren gehören auch der ehem. FDP-Vorsitzende Christian Lindner, Bundesminister a.D. [Hans-Peter Friedrich](#) (CSU) und [Günther Oettinger](#) (CDU).

Wissenschaftlicher Beirat

Mitglieder sind (Stand: Oktober 2025)^[47]:

- Rainer Kirchdörfer (Vorstand der Stiftung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats), Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Kanzlei Hennerkes, Kirchdörfer & Lorz, Honorarprofessor an der Universität Witten/Herdecke
- [Udo di Fabio](#), Direktor für Öffentliches Recht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Mitglied des Kuratoriums und Träger des Publizistik-Preises der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Verfasser von Auftragsgutachten für die Stiftung Familienunternehmen, Bundesverfassungsrichter a.D.

- **Clemens Fuest**, Präsident des **ifo Institut für Wirtschaftsforschung**, Verfasser der Studie **Zur Debatte über die Einführung einer Nettovermögensteuer in Deutschland 2021** für die Stiftung Familienunternehmen
- **Gabriel Felbermayr**, Direktor des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
- **Hans-Werner Sinn**, Vorsitzender des Ausschusses „Ordnungspolitik und Grundsatzfragen“ der Lobbyorganisation **Wirtschaftsbeirat Bayern**, ehem. Präsident des **ifo Institut für Wirtschaftsforschung**. Bei der Anti-Windkraft-Initiative **Vernunftkraft** Thüringen äußerte Sinn im September 2024, die Pläne, auf Wind- und Sonnenstrom zu setzen, sei eine „irrsinnige Utopie“ und „erzwungene Deindustrialisierung“^[48] Dieser wiederholt vertretenen These wird von vielen Wissenschaftlern widersprochen.^{[49][50]} Auch die Studie von Sinn, in der er einen Tesla als klimaschädlicher als einen Diesel-Pkw einstufte, ist von Wissenschaftlern kritisiert worden.^{[51][52]}
- **Kay Windthorst**, Geschäftsführender Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen der Universität Bayreuth sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Haniel Stiftung und Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrat der Haniel & Cie. GmbH

Förderkreis

Laut **Satzung** können natürliche Personen und juristische Personen sowie Personengesellschaften, die sich zu den Zielen der Stiftung bekennen, in den Förderkreis berufen werden. Die Entscheidung über ihre Berufung in den Förderkreis trifft der Vorstand. Die Mitglieder des Förderkreises dürfen nicht zugleich Mitglieder des Stiftungskuratoriums sein. Der Förderkreis hat folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes bei der Umsetzung des Stiftungszweckes
- Beratung bei der Findung und bei der Festlegung der vom Vorstand umzusetzenden Zielsetzungen
- Mitwirkung und Unterstützung des Vorstandes bei Kongressen, Veranstaltungen, Schulungen, Diskussionen mit und in politischen Gremien
- Mithilfe bei der Bildung von Netzwerken

Die Mitglieder des Förderkreises leisten jährliche Förderbeiträge an die Stiftung. Das Nähere regelt der Vorstand der Stiftung.

Eine vollständige Liste der rund 600 Förderer:innen ist weder öffentlich zugänglich noch auf Anfrage erhältlich.^[53] Recherchen von Panorama konnten 123 Firmen identifizieren, die ihre Förderschaft bestätigt haben oder bei denen es gravierende Hinweise auf eine Unterstützung gibt und die dies nicht dementiert haben.^[54] Danach gehören zu den Unterstützern in erster Linie Großkonzerne und Superreiche. Als Beispiele werden genannt:

- Schwarz-Gruppe, zu der u.a. Lidl und Kaufland gehören
- Rossmann, einer der größten Drogeriemarkt-Ketten Europas
- Deichmann, Europas größter Schuhhändler
- Würth-Gruppe, weltweiter Marktführer für Montage- und Befestigungsmaterial
- Bertelsmann, Europas größter Medienkonzern

Lediglich zwei Firmen seien kleine und mittlere Unternehmen (KMU), also Firmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 50 Millionen Euro. Das entspreche einem Anteil von 1,6 Prozent. Demnach seien 98,4 Prozent der recherchierten Förderer Großunternehmen, also Firmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Millionen Euro.

Greenpeace hat in einer eingehenden Recherche einen Großteil der Förder:innen ermitteln können.^[55] Eine Liste der Unternehmen, die Greenpeace der Stiftung zugeordnet hat, ist [hier](#) abrufbar. Eine Ergänzung vom 16.10.2025 findet sich [hier](#). Laut Greenpeace gehören 67 Prozent der der Stiftung zugeordneten Unternehmen Wirtschaftszweigen an, deren Klima- und Umweltschädlichkeit aufgrund sehr hoher Treibhausgasemissionen als „äußerst kritisch“ zu beurteilen ist.^[56]

Finanzen

Die Umsatzerlöse der Stiftung Familienunternehmen sind nicht bekannt. Auf ihrer Webseite wirbt sie für finanzielle Unterstützung - von einmaligen Zustiftungen bis hin zu jährlichen Zuwendungen.^[57] Aus Gesprächen mit Insider:innen und internen Dokumenten hat Greenpeace erfahren, dass die jährliche Mindestspende für Förderer:innen bei 13.000 Euro pro Jahr liegt.^[58] Die Spendenbeträge werden danach für jedes fördernde Unternehmen individuell festgelegt. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit einmaliger Förderbeiträge. Von den Fördersummen würden beispielsweise die Gehälter der 25 Stiftungsmitarbeitenden gezahlt, Auftragsstudien vergeben, das Doktorand:innenprogramm der Stiftung finanziert, und wissenschaftliche Institute finanziell unterstützt, die gezielt zum Familienunternehmertum forschen.

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik finanziert sich laut Greenpeace^[59] hingegen nicht über Spenden, sondern über Dienstleistungsverträge mit Unternehmen. Diese würden individuell verhandelt, hätten aber ebenfalls einen Mindestumfang von 13.000 Euro pro Jahr. Die im Vertrag aufgeführten Hauptleistungen der Stiftung Familienunternehmen und Politik umfassten die strategische Positionierung der Interessen von Familienunternehmen in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Laut [Gewinn- und Verlustrechnung der Stiftung Familienunternehmen und Politik 2024](#) erzielte die Stiftung Familienunternehmen und Politik, deren Stiftungskapital 200 Tsd. Euro beträgt, 2024 Umsatzerlöse in Höhe von ca. 3,4 Mio. Euro.

Weitere Informationen

- [„Stiftung Familienunternehmen“ Lobby für Superreiche, tagesschau vom 25.09.2025](#)
- [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025](#)
- [Reschke Fernsehen: Die Macht der Superreichen, 31.07.2025](#)
- [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer, 17.09.2025](#)
- [Die Lobby der Superreichen: Gegen die Besteuerung von Reichtum, 17.02.2025](#)
- [Stellungnahme von Netzwerk Steuergerechtigkeit, Finanzwende und taxmenow an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der Verfassungsbeschwerde gegen das Erbschaftsteuer- und Schenkungsgesetz 2016 - Mai 2023](#)
- [Zeitenwende heißt: Steuerprivilegien für Superreiche kippen! Aktion beim Tag des deutschen Familienunternehmens, Finanzwende vom 01.07.2022](#)
- [Erbschaftsteuer - Die Lobby hat Erstaunliches erreicht, Süddeutsche Zeitung vom 10.06.2016](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Der Transparenz verpflichtet](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
2. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
3. ↑ [Presseinformation vom 07.06.2021](#), abgerufen am 01.10.2021
4. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
5. ↑ [Definition von Familienunternehmen](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 31.10.2025
6. ↑ [Das kann weg - Ideen für Bürokratieabbau](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 09.05.2025
7. ↑ [Das kann weg!](#), business-punk.com vom 13.03.2025, abgerufen am 09.05.2025
8. ↑ [Weimer Media Group](#), weimermedia.de, abgerufen am 09.05.2025
9. ↑ [Professor Brun-Hagen Hennerkes Uni Witten-Herdecke](#), abgerufen am 15.05.2017)
10. ↑ [Publikationen/Studien Website Stiftung Familienunternehmen](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [Standortfaktor Körperschaftsteuer Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024](#), abgerufen am 04.04.2024
12. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
13. ↑ [Der Beitrag der Familienunternehmen zum Steueraufkommen in Deutschland](#), Website Stiftung Familienunternehmen vom 02.02.2024, abgerufen am 09.04.2024
14. ↑ [Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern](#), Website DIW von 2021, abgerufen am 09.04.2024
15. ↑ [Deutschland braucht keine angebotspolitische Zeitwende](#), Website WSI von 2023, abgerufen am 09.04.2024
16. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
17. ↑ [Der Lobby-Einfluss der sogenannten Familienunternehmer](#), finanzwende.de vom 10.09.2024, abgerufen am 14.09.2024
18. ↑ [Verfassungswidrig ungerecht: Drei Gründe für eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Superreiche](#), finanzwende.de vom 04.11.2022
19. ↑ [Grüne Bundestagsfraktion verteidigt Erbschaftsteuer](#), gruene-bundestag.de vom 25.07.2025, abgerufen am 20.10.2025
20. ↑ [Reichster Deutscher nun knapp drei Milliarden reicher](#), zdfheute.de vom 08.10.2025
21. ↑ [Erbschaftsteuer nach Söder-Vorschlag: Tabelle zeigt Kosten für Erben](#), merkur.de vom 11.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
22. ↑ [Spahn kritisiert Ungleichheit - und erntet Beifall](#), tagesschau.de vom 12.09.2025, abgerufen am 21.12.2025
23. ↑ [Erbschaft- und Vermögensteuer in den Wahlprogrammen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [Pressemitteilung](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
25. ↑ [Jahresgutachten 2025, Ziffer 433](#), sachverstaendigenrat-wirtschaft.de, abgerufen am 13.11.2025
26. ↑ [Was die Milliardärslobby uns erzählt - und was wirklich stimmt. Mythencheck Erbschaftsteuer](#), finanzwende.de vom 17.09.2025, abgerufen am 20.10.2025
27. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
28. ↑ [Erbschaftsteuer- Das mittelstandsfeindliche Monster](#), Süddeutsche Zeitung, abgerufen am 15.05.2017

29. ↑ [Appell des Mittelstandes- Protestwelle gegen neue Erbschaftssteuer rollt](#), Handelsblatt, abgerufen am 15.05.2017
30. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 15.05.2017
31. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24.09.2015, abgerufen am 15.05.2017
32. ↑ [Familienunternehmen gewinnen Lobbysschlacht um die Erbschaftsteuer](#), sz.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
33. ↑ [Videokommentar zur Erbschaftsteuerreform: "Ein Lobbyerfolg der Familienunternehmer"](#), spiegel.de vom 20.06.2016, abgerufen am 15.05.2017
34. ↑ [Keine Einigung in Berlin Erbschaftsteuer wieder in Karlsruhe](#), tagesschau.de vom 14.07.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
35. ↑ [Nach Ablauf der in Sachen „Erbschaftsteuer“ gesetzten Frist zur Neuregelung soll das Normenkontrollverfahren erneut auf die Tagesordnung](#), Bundesverfassungsgericht: Pressemitteilung Nr. 41/2016 vom 14.06.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
36. ↑ [Erbschaftsteuer-Reform 2016: Eine Aktualisierung der Fallbeispiele nach dem Kompromiss im Vermittlungsausschuss. Kurzexpertise](#), Webseite von Campact, 11.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
37. ↑ [Kommentar Grüne und Erbschaftsteuer: Eine gefährliche Blamage](#), die taz, 14.10.2016, zuletzt aufgerufen am 15.05.2017
38. ↑ [Ex-Finanzrichter zur Erbschaftsteuer: Reform packt Grundprobleme nicht an](#), Stuttgarter Nachrichten, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
39. ↑ [<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/097/1809729.pdf> Bundestagsdrucksache 10/9729 sowie Personalien Eifrige Lobbyisten, Süddeutsche Zeitung vom 24./25.09.2016, S. 26
40. ↑ [Pressemeldung der Süddeutschen Zeitung](#), Das Presseportal, 18.04.2013, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
41. ↑ [Letzter Akt Erbschaftssteuer: Kretschmann und die Lobby der Vermögenden](#), LobbyControl, 13.10.2016, zuletzt abgerufen am 15.05.2017
42. ↑ [Wer viel erbt, zahlt kaum Steuern](#), sueddeutsche.de vom 02.12.2019, abgerufen am 07.12.2019
43. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
44. ↑ [Prof. Rainer Kirchdörfer](#), hennerkes.de, abgerufen am 24.10.2025
45. ↑ [Vorstand & Geschäftsführung](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 26.01.2025
46. ↑ [Kuratorium](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
47. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 18.10.2025
48. ↑ [Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn](#), thlemv.de vom 27.09.2024, abgerufen am 25.01.2025
49. ↑ [Wie Hans-Werner Sinns alte These, dass die Klimapolitik schlecht fürs Klima ist, immer neue Ehrenrunden dreht](#), ubermedien.de vom 05.08.2023, abgerufen am 25.01.2025
50. ↑ [Kommentar zu Hans-Werner Sinn sowie die Erwiderung von Sinn](#), in: Jahrbuch Ökologische Ökonomik, claudiakemfert.de, abgerufen am 26.01.2025
51. ↑ [Wissenschaftler kritisieren Studie scharf](#), wiwo.de vom 08.05.2019, abgerufen am 26.01.2025
52. ↑ [Was Hans-Werner Sinn bei seiner Elektroauto-Studie übersehen hat](#), wiwo.de vom 19.04.2019, abgerufen am 26.01.2025
53. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025

54. ↑ [Lobby für Superreiche?](#), tagesschau.de vom 25.09.2025, abgerufen am 19.10.2025
55. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
56. ↑ [Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert](#), Greenpeace September 2025, greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
57. ↑ [Förderer werden](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 22.20.2025
58. ↑ https://www.greenpeace.de/publikationen/Recherche_Stiftung_Familienunternehmen.pdf Der Club der Superreichen - Das geheime Netzwerk der Stiftung Familienunternehmen und wie sie gegen Klimaschutz und Steuergerechtigkeit agiert, Greenpeace September 2025], greenpeace.de, abgerufen am 21.10.2025
59. ↑ [Förderer werden](#), familienunternehmen.de, abgerufen am 22.20.2025